

D7426 E

AIB

DIE DRITTE-WELT-ZEITSCHRIFT

Nr.1/Januar 1985

16. Jahrgang

2,50 DM

Widerspenstiges Nikaragua



Äthiopien • Indien
Südafrika
Uruguay

Inhalt

| | |
|---|----|
| Kommentar: Äthiopien – ein gefundenes Fressen | 3 |
| Äthiopien 10 Jahre sind eine kurze Zeit | 4 |
| Daten | 6 |
| Direktive zum Zehnjahresplan | 7 |
| Die Hungerkatastrophe – Ursachen und Gegenmaßnahmen | 8 |
| Südafrika Militärische Zusammenarbeit BRD-Südafrika | 11 |
| Neue Stufe des Widerstands | 14 |
| Nikaragua „Die stärkste Waffe ist das Volk“ Ergebnisse der Wahlen vom 4. 11. 1984 | 16 |
| Gespräch mit Sergio Ramirez | 17 |
| Interview mit Fidel Castro | 19 |
| Uruguay Die Schwelle zur Demokratie | 20 |
| Chile Pinochet setzt auf Terror | 23 |
| AIB Register 1984 | 25 |
| Palästina Der Nationalrat von Amman | 33 |
| Interview mit A. Jihad | 35 |
| Libanon Die Verhandlungen von Naqoura | 37 |
| Indien Indien nach Indira Indiens große Probleme | 40 |
| Pazifik/Korea Korea in der „neuen Pazifikära“ | 43 |
| Seerecht Bonn steigt aus | 47 |
| Ausländerpolitik Internationale Konferenz gegen das neue Ausländergesetz: Rede von H. Özcan | 49 |
| Abschlussklärung | 50 |
| Kultur Ein Film über den Bluthandel | 51 |
| Rezension Bücher zur Lateinamerikapolitik der USA | 52 |
| BRD-Infodienst | 53 |
| Kurzinformationen Grenada, El Salvador, Bolivien, Argentinien-Chile, Nahostkonflikt, Westsahara-OAU, Angola-Namibia, Tschad, Informationsordnung, AKP-Abkommen, Neukaledonien | 54 |



Äthiopien

S. 3

Äthiopiens Hungersnot wurde in jüngster Zeit in den hiesigen Medien groß geschrieben. Der 10. Jahrestag der Revolution und die Gründung einer Avantgardepartei fanden hingegen kaum Beachtung. J. Ostrowsky geht beiden Ereignissen und einer tendenziösen Medienkampagne auf den Grund.

Worin sind die Ursachen der aktuellen Hungerkatastrophe zu suchen? Was tat und tut die Regierung Mengistu zu ihrer Bewältigung?

Nikaragua

S. 16

Kaum hatte die Sandinistische Front einen überwältigenden Sieg bei den ersten freien Wahlen in Nicaragua errungen, da eskalierte die Reagan-Administration ihren Invasionsdruck. Ihre psychologische Kriegführung erinnert an Grenada vor der Rückeroberung.

R. Lechleiter erlebte vor Ort die Volksabstimmung und anschließende Mobilmachung gegen den drohenden Angriff. Ruhe vor dem großen Sturm?

Indien

S. 40

Nach dem Mord an Präsidentin Indira Ghandi sind die inneren Gegensätze in Indien zum Zerreißen gespannt. Er überschattete auch die Parlamentswahlen zum Jahreswechsel, bei denen die Kongreß-I-Partei unter Rajiv Ghandi als Favorit antrat.

Was steckt hinter dem Sikh-Attentat? Droht nun die Balkanisierung Indiens?

Impressum

AIB (Antimperialistisches Informationsbulletin) – Die Dritte-Welt-Zeitschrift, gegr. 1970, erscheint monatlich.

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Wolfram Brönnner, Bernd Gäbler, Prof. Günter Giesenfeld, Mechthild Jansen, Herbert Lederer, Heinz-Jürgen Nieth, Werner Stürmann, Elisabeth Thölke-Sommer, Peter Wahl, Prof. Erich Wulff

Redaktion: Wolfram Brönnner (Chefredakteur), Nico Biver (stellvertretender Chefredakteur), Georg Diederichs, Pia Grund, Ute Kampmann, Doris Knabe, Marianne Kolter, Andreas Krajczek, Ulrich Rupp, Hans-Erich Schäfer, Petra Sittig

Ständige Mitarbeiter: Rainer Falk, Klaus D. Fischer, Peter Garcia, Alfonso Gonzales, Dr. Lothar A. Heinrich, Ivesa Lübben-Pistofidis, Fiaza Makumbi-Kidza, Katja Maurer, Hans Mayer, Nima Mina, Jürgen Ostrowsky, Ludger Schmitz, Christoph Sodemann, Rainer Werning

Weitere Mitarbeiter dieser Ausgabe: V. Klose, R. Lechleiter, V. Molina, G. Stein, U. Wöhrmann
Namentlich gezeichnete **Beiträge** geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion. Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

Redaktionsschluß: 7. 12. 1984

Jahresabonnement (inklusive Porto): Inland 25,- DM; Ausland normal 30,- DM, Luftpost Europa 35,- DM, übrige Länder 50,- DM; Förderabos 50,- DM oder mehr. Einzelheft: 2,50 DM, Doppelheft: 5,- DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung.

Kündigungen nur zum Jahresende. Spätester Termin: 15. November. Bestellungen unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (möglichst in Briefmarken), zuzüglich 0,60 DM Porto je Heft.

Adressenänderung bitte rechtzeitig bei der Redaktion in Marburg und bei der Post bekanntgeben.

Konten: AIB-Weltkreis-Verlag, Postscheckkonto 312 093-607, Postscheckamt Frankfurt/M., oder Marburger Volksbank, Rudolphsplatz (BLZ 533 900 00), Konto-Nr. 9660

Anschrift von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstraße 46, 3550 Marburg, Telefon 0 64 21/2 46 72

Verlag: Weltkreis Verlags GmbH, Dortmund
Druck: Plambeck & Co., Neuss

Anzeigen: Karibik Informationszentrum, Marx-Engels-Stiftung, Plambeck & Co, BUKO, links, Weltkreis Verlag, Lateinamerika-Nachrichten,

AIB-Sonderhefte sind mindestens einmal in 6 Monaten beigelegt.

Kommentar: Äthiopien – ein gefundenes Fressen

Vom „Weltblatt“ Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) über die alternative TAZ bis zur Provinzzeitung Bonner Rundschau: keine Zeitung, die sich nicht ausführlich mit dem Grauen des Massenelends in Teilen Äthiopiens beschäftigt hätte.

Darüber ist nicht zu streiten, und wenn es Hilfsbereitschaft mobilisiert, ist es gut so. Doch die derzeitige Hungerepidemie trifft nicht allein Äthiopien. Der Tschad ist z.B. in relativ größerem Ausmaß betroffen.

Wenn sich das Interesse nun fast ausschließlich auf Äthiopien reduziert, liegt das dann lediglich an den entsetzlichen Zahlen möglicher Opfer?

Eine Reihe von Berichten und Kommentaren macht deutlich, daß es vielen von ihnen nicht um das „humanitäre Anliegen“ geht. Der Massenhunger dient nur als Vorwand zur Generalabrechnung, denn Äthiopien ist sozialistisch. Und damit steht fest, wer am Hunger die Schuld trägt: das „rote Regime“.

Drastische Schilderungen des Elends zielen unmittelbar auf „Gemüt“ und „Herz“, sie umgehen oder durchbrechen Vernunftargumente. Aber in ihrem Schlepptau lassen sich politische Botschaften mitten ins bewegte Gemüt transportieren.

Die sehen dann so aus: Moskau liefert Waffen statt Brot – das kennt man ja. Äthiopiens Revolutionsregime hat die Landwirtschaft durch sozialistische Experimente ruiniert (die Neue Zürcher Zeitung (NZZ) war es, die dem entgegenhielt, daß Äthiopien eine der besten Ernten seit Jahren erwirtschaftete). Äthiopiens Revolutionsregime „leistet sich“ Kriege mit den Sezessionsbewegungen in Eritrea und Tigre. Es feiert seinen 10. Revolutionstag aufwendig, „statt“ seiner Bevölkerung zu helfen, importiert gar 500.000 Flaschen Whisky, um sich „die Sorgen über die Hungersnot zu erleichtern“ (Die Welt, 29.10.1984).

Sie haben ihr Handwerk gelernt – wie BamS-Kommentator Klaus Besser, dem in diesem Zusammenhang ein „Volks-genossen“ herausrutschte. Was vermag dagegen der Hinweis, daß die Ladung Feuerwasser für die europäische Kolonie in Addis Abeba bestimmt ist – also auch für jene Hotelbar-Korrespondenten, die sich das Zeug wirtschaftsschädigend über den Schwarzmarkt zu beschaffen pflegen? Ihre Devisen fließen jetzt wieder in die Staatskassen.

Übertroffen wird diese Meinungsmache nur noch von Vertretern der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV). In einem Beitrag in der Zeitungsschrift der GfbV (Pogrom Nr. 108/1984) spricht sich Kle-

mens Ludwig gegen humanitäre Hilfe aus, da dies nur zur Stabilisierung eines Regimes beitrage, „das – zumindest in Eritrea, Tigre und Oromia – das größte Hindernis für eine menschliche Entwicklung“ darstelle. Äthiopien würde „jährlich mehrere Mrd Dollar“ für den Krieg gegen diese Völker ausgeben – und das bei einem Staatshaushalt von nicht mal 2 Mrd Dollar. Bezahlt würden die Waffen aus der Sowjetunion mit... Getreide und Holz. Woher der Hunger kommt, ist damit auch klar: „Bodenerosion als Folge des hemmungslosen Kahlschlags für den Holzexport.“

Daß der Autor sich diese Ungeheuerlichkeiten aus dem Finger gesogen hat, belegt schon folgende Tatsache: Es ist ihm entgangen, daß die Sowjetunion Äthiopien nicht nur militärisch unterstützt, sondern aktuell sehr wohl auch wirksame Hungerhilfe leistet. Und dies, obwohl sie nicht wie die EG und die USA über riesige Getreideüberschüsse verfügt. Allerdings belassen es die sozialistischen Länder nicht bei Getreide. Sie schicken auch Babynahrung, Medikamente, Decken und Zelte. Und, was noch bedeutsamer ist, die Sowjetunion, die DDR und Bulgarien tragen vorrangig zur Lösung des Hauptproblems bei der Verteilung der Lebensmittel bei: 3/4 aller internationalen Hilfsgüter werden mit ihren Flugzeugen, Hubschraubern und Lastwagen in die Hungergebiete gebracht.

Die Beantwortung der Frage, ob Ost oder West mehr helfen, braucht der äthiopische Staatschef Mengistu Haile Mariam deshalb auch nicht zu scheuen: „Wenn man Vergleiche ziehen will, darf man sich nicht auf die heutige Zeit beschränken. Die Wirtschaftshilfe des Ostens hat uns ermöglicht, innerhalb eines Jahrzehnts größere Fortschritte zu machen als während der 40 vorangegangenen Jahre.“ (Le Monde, 19.11.1984) Daß in der Tat nicht die Missetaten der Militärs oder der Sowjetunion der Grund für den Hunger sind, hat die NZZ vom 1./2. September 1984 (Auszug siehe Kasten) belegt. Laut der in diesem Blatt, das der Revolution nicht gerade freundlich gesonnen ist, veröffentlichten Stu-

die liegen die Ursachen der gegenwärtigen Katastrophe in folgendem:

Sie rühren einmal her aus einer in Jahrhunderten der feudalen Herrschaft überkommenen Bewirtschaftungsweise des ohnehin kargen Landes mit ihren geringen Erträgen und ihrer extensiven Bodennutzung, die bewaldete und fruchtbare Gebiete verkarsten und verwüsten ließ. Sie resultieren weiter aus einer Dürre wie der jetzigen, durch welche die Knappheit zur Hungersituation eskaliert.

Regenfälle sind kein Segen mehr, sondern spülen Boden und Saatgut fort. Desweiteren verschlimmert die fehlende Infrastruktur, ebenfalls Erbe des von der jetzt so systemkritischen Presse gehätschelten Kaiserregimes vor 1974, die Lage, weil die Hungergebiete nicht zu erreichen sind.

Und die Kriege, die sich die Revolutionsregierung „leistet“ (FAZ, 8.11.1984)? Es sind die Regionalkriege, die von derselben Presse mit schlecht verhehltem Wohlwollen begleitet werden, da sie doch das verhaßte Regime destabilisieren könnten.

Daß die Volksbefreiungsfronten von Eritrea und Tigre (EPLF und TPLF) – in beider Aktionsbereich ist die Lage am schlimmsten – die Versorgung der Hungernden durch Überfälle sabotiert haben und jetzt zum Vehikel nutzen, politische Vorteile zu gewinnen (International Herald Tribune, 20.11.; Newsweek, 12.11.1984), läßt an deren selbstgerechten Behauptungen mehr als Zweifel zu. Um die „Inhumanität“ der äthiopischen Regierung zu beweisen, ist kein Mittel zu plump: „Zu spät“ habe sie auf die drohende Katastrophe hingewiesen, tönen die ach so Ahnungslosen von Washington bis Bonn. Auch gelogen: Schon 1982 wandte sich Addis Abeba an die Weltöffentlichkeit und speziell an die USA und die EG. Doch die Appelle wurden erst ignoriert und dann bestritten (IHT, 19.11.1984).

Zudem vergiftete eine Kampagne über den angeblichen Mißbrauch von Hilfssendungen zugunsten der äthiopischen Armee – angeheizt auch durch die EPLF (TAZ, 12.6.1984) – das Klima. Mehrere internationale Untersuchungen ergaben darauf keine Hinweise (bestätigten aber, daß die Revolutionsregierung eins der effizientesten Hilfsprogramme Afrikas aufgebaut habe), doch die US-Regierung z.B. strich die Äthiopien-Hilfe. Äthiopien erhielt 4,60 Dollar pro Kopf „westliche“ Entwicklungshilfe – die 31 ärmsten Entwicklungsländer, zu denen es gehört, im Gesamtdurchschnitt 16,50 Dollar.



Jürgen Ostrowsky

Der Hunger in Äthiopien diene – Hilfsorganisationen sprechen es offen aus (FR, 29.10.1984) – den USA und der EG als Druckmittel.

Er nährte die Hoffnung, das Regime werde darüber stürzen. Die angeblich „spontane“ Hilfe jetzt, die angeblichen Tränen der Frau Thatcher – sie sind wesentlich auch eine Propagandashow, für deren publikumswirksames Timing bereits Zehntausende hatten sterben müssen. Und ein Großteil der Presse überschlägt sich bei dem Versuch, der auf einmal spendablen US-Regierung eine Moral anzudichten, die sie in Vietnam wie in Nicaragua längst verspielt hat.

Zudem: Die Hilfssendungen jetzt – so kurzfristig hilfreich sie sind – beseitigen nicht die Ursachen. Sie sind von der US-Regierung auch gar nicht dazu gedacht, denn derartige langfristige Hilfe würde die Politik der Revolutionsregierung stützen – die mit derartigen grundlegenden Maßnahmen in „beispielloser“ Weise (NZZ, 1./2.9.1984) schon kurz nach der Revolution begonnen hatte: Erosionsbekämpfung durch großangelegte Aufforstung und Anlage von Grabensystemen. Das allerdings wurde erst durch Bodenreform und zentrale Planungen möglich – die Revolution eben.

In so etwas kann die sinnig AID (engl.: Hilfe) abgekürzte US-Entwicklungsbehörde nicht ihre Aufgabe sehen. Ihre Geschichte weist sie vielmehr aus als Stabilisatorin von Abhängigkeiten und Wegbereiterin für US-Exporte und -Kapital. Und spätestens seit der aus den USA stammenden Studie „Weizen als Waffe“ (1975) sollte klar sein, daß der humanitären Gebefreude ein brutales Kalkül zugrunde liegt: Die USA, die EG und Kanada verfügen zur Zeit über Rekordüberschüsse an Getreide – Äthiopien muß als Markt zurückgewonnen werden. Die Hungerkatastrophe kommt da als Einstieg gelegen.

Die Verweigerung langfristiger Unterstützung, um die Ursachen des Hungers zu beseitigen, erhält die Abhängigkeit: landflüchtige Scharen Hungernder, die mit teuren Importen am Leben erhalten werden. Auf wieder schrumpfenden Anbauflächen müssen Exportprodukte angebaut werden statt Nährpflanzen. Hilfslieferungen verändern zudem die Ernährungsgewohnheiten. Der Kreis schließt sich, indem die Importabhängigkeit restauriert wird: die sozialistische Zielsetzung kommt unter Druck.

Die Hungerkatastrophe ist für unsere pluralistischen Medien ein gefundenes Fressen. Der entsetzte Aufschrei ist überwiegend ein Heuchelei von denkwürdiger Infamie: Hunger als Vehikel, eine Revolution zu diskreditieren – das zeigt, wie wenig die betroffenen Menschen zählen.

Jürgen Ostrowsky



Jürgen Ostrowsky

10 Jahre sind eine kurze Zeit

„Die besonders heftige Hungersnot von 1972 bis 1974 trug zum Sturz von Kaiser Haile Selassie und zum Ende der sich auf König Solomon und die Königin von Sheba zurückführenden Solomonischen Monarchie bei.“¹

Die Verachtung des kaiserlichen Regimes über den Hungertod von mindestens 50.000 Menschen (Schätzungen gehen bis zu 200.000) war ein Beweggrund für die revolutionären Militärs am 12. Dezember 1974 die Macht zu ergreifen. Eine der ältesten Monarchien der Welt sollte einen sozialistischen Weg einschlagen. „Ethiopia Tikdem“ (Äthiopien zuerst) als Losung wurde in einer Deklaration vom 20. Dezember 1974 interpretiert als „Hibretesebawinet“ (Äthiopischer Sozialismus).

Eine düstere Bilanz?

Ein Jahrzehnt später scheint sich die Geschichte zu wiederholen. Seit dem vorigen Jahr leiden weite Landesteile unter einer Hungersnot, die 7 Mio Menschen bedroht. Grund genug für die Kritiker und Gegner der äthiopischen Revolution die Regierung in Addis Abeba für den tausendfachen Hungertod verantwortlich zu machen und jeglichen Fortschritt

in Äthiopien in Abrede zu stellen (zu den Hungerursachen und seiner Ausschlichtung durch die Medien siehe Kästen).

In der Tat kann man auf den ersten Blick eine düstere Bilanz nach 10 Jahren Revolution ziehen.

Äthiopiens jährliches Pro-Kopf-Einkommen rangiert weltweit am Ende der Skala (zumal, wenn eine Volkszählung die bisherigen Angaben von ca. 33 Mio auf geschätzte 45 Mio korrigieren sollte).

Die Kriege verschiedener Separatistenorganisationen – vor allem in Eritrea und der Tigre-Provinz – zermürben Finanzen und untergraben den Aufbau des Landes (allein die Aufrechterhaltung der Sicherheit in Eritrea soll an die 500.000 Dollar täglich verschlingen). Aus unterschiedlichen Gründen sind Hunderttausende Äthiopier auf der Flucht – in Somalia werden 700.000 gezählt.

Alles also wie gehabt? Keinerlei Fortschritt? Der Eindruck ist von mancher Seite her gewollt. Die wirklichen Gründe der meisten Probleme sollen verdeckt, die Erfolge der äthiopischen Revolution wenn nicht völlig unterschlagen, so wenigstens drastisch relativiert werden. Das Äthiopien von 1974 war eins der ärmsten Länder der Erde. Es wurde aus-

gebeutet von etwa 300 Feudalsippen, an ihrer Spitze die des Kaisers, von ein paar ausländischen Firmen, die Plantagen bewirtschaften ließen, sowie von einem Gemisch einheimischer Spekulanten und kleiner Unternehmer, die wiederum eng mit dem Herrschaftsapparat liiert waren. Zugleich entstammten nahezu alle Mächtigen und Besitzenden im Lande dem amharischen „Herrenvolk“, dessen Adel sich mit der mächtigen koptischen Kirche den Grundbesitz im Verhältnis 2:1 aufgeteilt hatte. Und dieses Äthiopien war – bei allem außenpolitischem Manövriergeschick des despotischen Herrschers – ein Eckpfeiler des globalen Stützpunktsystems der USA.

„Revolution von oben“

Die Hauptaufgabe der Revolution von 1974 war damit klar. „Völlige Beseitigung des Feudalismus, des Imperialismus und des bürokratischen Kapitalismus in Äthiopien“ mit dem Ziel einer auf „Freiheit, Gleichheit, Einheit und Wohlstand der Völker Äthiopiens“ gegründeten „Volksdemokratischen Republik“. So formulierte es das Programm der Nationaldemokratischen Revolution Äthiopiens vom 21. April 1976. Aber wer sollte diese Revolution führen?

War auch der Sturz des Kaisers von einer breiten Volksbewegung getragen, so entstand gleichwohl ein Machtvakuum. Politische Oppositionsorganisationen hatte es nicht gegeben; linke Gruppierungen hatten sich vornehmlich unter Studierenden im Ausland gebildet. Der 1963 zugelassene Gewerkschaftsverband CELU (mit etwa 30.000 Mitgliedern) war vor allem eine Vertretung von Facharbeitern und Angestellten mit besseren Einkommen und zudem vom US-amerikanischen AFL/CIO beeinflusst.

So konnte und mußte der Derg (amharisch für Ausschuß), ein Gremium von ursprünglich rund 120 Militärs, die Führung übernehmen. Er war erst kurz vor dem September 1974 gebildet worden, um die Reformforderungen zumal jüngerer, nicht mehr so eng an die amharische Feudalschicht gebundener Offiziere zu vertreten.

Fraglos: der vom Derg – in dem sich die Gewichte rasch zu einer deutlichen Linksorientierung hin verschoben – eingeleitete Prozeß kann mit dem Begriff „Revolution von oben“ bezeichnet werden.

Aber die Wesenszüge dieses Prozesses widerlegen diejenigen Kritiker, die es dabei bewenden lassen ebenso wie die linksradikalen internen Oppositionsgruppen, etwa die Äthiopische Revolutionäre Volkspartei (EPRP), in der sich vor allem Intellektuelle sammelten. Von der Radikalisierung des Derg sozusagen

überholt, wies die EPRP beispielsweise Diskussionsangebote zurück und verlegte sich nach Zurückweisung ihrer Forderung nach sofortigem Übergang zu ziviler Herrschaft 1976 auf Terrorakte.

Der Derg reagierte mit einer Kampagne des „roten Terrors“, in dem die K'ebele genannten neuen Basisorganisationen eine bedeutende Rolle spielten. Die EPRP besiegelte ihre Entwicklung durch ihre Allianz mit dem reaktionären Widerstand entmachteter Feudalherren in der Tigre-Provinz.

Eine wirklich tragische Entwicklung stellt die Fortsetzung und Verschärfung der Auseinandersetzung in Eritrea dar. Ungeachtet der vom Derg proklamierten Prinzipien einer neuen Nationalitätenpolitik wies die linke Guerillaorganisation Eritreische Volksbefreiungsfront (EPLF) jedweden Verständigungsansatz zurück und sprach der Politik des Derg im allgemeinen und in Eritrea im besonderen jede fortschrittliche Eigenschaft ab.²

Schwer nachvollziehbar, zumal sich die programmatischen Vorstellungen des Derg und der EPLF in vielen Punkten deckten, manövrierte sich die EPLF so in eine objektiv konterrevolutionäre Position und verstärkte im Derg zunächst eine Tendenz zu einer militärischen „Lösung“ der Eritrea-Frage (siehe AIB 7-8/1982, S. 20ff.).³

Todesstoß für Leibeigenschaft

Die Ignorierung des revolutionären Charakters der Politik des Derg, nicht nur ein Privileg der EPLF, zeugt von Realitätsverlusten. Auch der äthiopischen Entwicklung gegenüber skeptische Beobachter sehen das anders.

In einer Analyse von 1981 heißt es z.B.: „Den vor 1974 in Äthiopien herrschenden Klassen, dem politischen Bündnis von Kirche, feudalem Großgrundbesitz und kaiserlicher Zentralgewalt ist durch die Agrarreform die ökonomische Grundlage entzogen worden. Mindestens in diesem Sinne ist es gerechtfertigt, von der 'äthiopischen Revolution' zu sprechen.“

Die agrarpolitischen Bestimmungen der Agrarreform sind geeignet, die Entstehung neuer ländlicher Klassengegensätze (z.B. Kulaken) weitgehend zu verhindern. (...) Während im vorrevolutionären Äthiopien die politische Isolation der Massen systemimmanent war, machten die Agrarreform und die städtische Landreform erstmals in der Geschichte des Landes deren breite Mobilisierung notwendig. Sie findet ihren institutionalisierten Ausdruck in den Bauernvereinigungen und in den K'ebeles.“⁴

Anders formuliert: Die Ziele, die sich die „Revolution von oben“ gesetzt hatte,

sind ohne die aktive Beteiligung der Massen nicht denkbar und gegen sie schon gar nicht.

Das Land war die Machtbasis der Feudalschicht, das Land erbrachte den Hauptanteil der Exporte (1983 waren es noch 90% der Erlöse), auf dem Land leben 85% der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung Äthiopiens.

Eine der ersten Maßnahmen der Revolutionsregierung traf diesen Lebensnerv des alten Regimes: die Verstaatlichung des Landes am 4. März 1975. Seither gibt es keinen privaten Grundbesitz mehr, jede Familie darf seither maximal zehn Hektar bewirtschaften. Die Landreform wurde als Befreiungsakt aufgenommen – insbesondere in den südlichen Landesteilen, wo Völker siedelten und in Leibeigenschaft vegetierten wie die Oromo, die im Amharischen verächtlich Galla genannt worden waren, was soviel



Jubiläumskundgebung in Addis Abeba

wie Sklaven heißt.

Probleme hatte die Landreform allerdings auf zwei Ebenen. Im nördlichen Hochland hatten die Bauern seit langem relativ gesicherte Besitzrechte an Grund und Boden gehabt und ihr Verhältnis zu den Feudalherren hatte sich eher in patriarchalischen Formen bewegt. Die Bodenreform erschien vielen deshalb als Verschlechterung, regionale konterrevolu-

Äthiopien-Daten

Territorium: 1.221.900 qkm
Bevölkerung: 34,4 Mio Einwohner (1984); ethnische Hauptgruppen: Amharen 40%, Oromo 36%, Tigrai 9%, Sidamo 5%, Somali 4%

Hauptstadt: Addis Abeba; 1,2 Mio Einwohner (1979)

Religion: 55% Christen (meist Kopten), 35% sunnitische Moslems, 10% Anhänger von Naturreligionen

Sprache: die Amtssprache ist amharisch; außerdem Sprachen der einzelnen ethnischen Gruppen

Währung: Birr (BR); 1 BR = 1,46 DM (September 1984)

Staatsordnung: Seit der Absetzung Kaiser Haile Selassies am 12.9.1974 steht der Provisorische Militärische Verwaltungsrat (PMAÇ) an der Spitze des Staates. Staats überhaupt ist Mengistu Haile Mariam.

Wirtschaft: Äthiopien ist eines der am wenigsten entwickelten Länder der Erde. Das Brutto sozialprodukt betrug 1982 140 Dollar pro Kopf. Anteile am Bruttoinlandprodukt: Industrie 16%, Landwirtschaft 49% (1982), Anteile an den Beschäftigten: Industrie 7%, Landwirtschaft 80% (1980). 90% der Industrieproduktion wird in Staatsunternehmen erzeugt. Wichtigstes Exportgut ist Kaffee (ca 2/3). Haupthandelspartner sind die USA, Japan, Italien, BRD. Öffentliche Auslandsverschuldung: 875 Mio Dollar

Soziale Kennziffern: Lebenserwartung: 47 Jahre (1982); 39 Jahre (1977). Analphabetenrate: 37% (1984); 93% (1974). Anteil der Bevölkerung mit Zugang zu gesundheitlicher Versorgung: 45% (1984); 15% (1974)

Geschichte:

1889 Machtantritt Kaiser Menelik II.

1890 Italien erobert Eritrea

1896 In der Schlacht von Adua wird die italienische Kolonialarmee, beim Versuch ganz Äthiopien zu erobern, vernichtend geschlagen. Eritrea bleibt bis 1941 Kolonie

1935 Italienische Truppen besetzen gesamt Äthiopien. Sie werden 1941 mit Hilfe britischer Truppen vertrieben

1974 Sturz Kaiser Haile Selassies



1976 Verkündung des Programms der National-Demokratischen Revolution

1978 Somalische Truppen werden beim Versuch, die Provinz Ogaden zu erobern, zurückgeschlagen

1984 Gründung der Arbeiterpartei Äthiopiens (WPE)

lutionäre Bewegungen konnten sich dies zum Teil zunutze machen.

Das andere, gravierende Problem betraf die traditionalistische Einstellung der neuen Landnutzer und die staatliche Aufkaufpolitik für die Hauptnahrungsmittel. Aus erklärlichen Gründen niedrige Abnahmepreise für Feldfrüchte veranlaßten viele Bauern, allein den eigenen Verbrauch zu erhöhen und kaum noch Überschüsse für die Versorgung etwa der Städte zu produzieren. Zusammen mit der Reduzierung der Anbauflächen durch Dürre und Erosion und der Verringerung der Erträge durch die jahrelange Trockenheit schuf diese Versorgungsprobleme.

Die Lösung des Derg für dieses Problem besteht im mittel- und langfristigen Aufbau einer Landwirtschaft auf Kooperativenbasis. In diesen – finanziell und damit maschinell gut ausgestattet – wäre



Ernteeinsatz einer Kooperative im Erer-Tal

die private Nutzung auf kleine Flächen eingegrenzt, über die Selbstversorgung hinaus wären sie in der Lage ausreichende Überschüsse zu produzieren. Vorerst operieren Staatsfarmen erst auf einem Hundertstel der Anbauflächen; nach dem Zehn-Jahres-Plan sollen es 50% sein.

„Priorität dem Agrarsektor“

Ungeachtet der zahlreichen Probleme sind Äthiopiens Bauern die Hauptnutznießer der Revolution. Unter großen Schwierigkeiten faßte die Alphabetisierungskampagne von 1979 auf dem Lande Fuß, doch inzwischen gelang die Reduzierung der Analphabetenquote von 93 auf 75%. Oder: „Absolute Priorität wurde dem Agrarsektor eingeräumt“, resümierte Oberstleutnant Mengistu Haile Mariam, seit 1977 an der Spitze des Derg, in einer Rede 1983: „Von allen

Straßen und Kliniken, die in den vergangenen sieben Jahren gebaut wurden, befindet sich die Mehrzahl, genauer: die große Mehrzahl, in den ländlichen Gebieten.“⁵

Die Verbesserung des Lebens auf dem Land, wiewohl durch Dürre, aber auch durch verheerende Regengüsse regional zunichte gemacht, die den entwaldeten Boden fortschwemmen, spiegelt sich aber auch in einem weiteren Bereich wider: der Beteiligung der Bauern an der Gestaltung ihres Lebens. Sie findet über die Bauernvereinigungen statt, die – anfangs zum Teil bekämpft – heute aus dem ländlichen Leben nicht mehr wegzudenken sind. In etwa 20.000 solcher lokaler Gruppen sind an die 23 Mio Landbewohnerinnen und -bewohner organisiert.

Sie besorgen die Landaufteilung und organisieren Gemeinschaftsaufgaben wie

die Bestellung der Äcker kranker Mitglieder, in ihre Zuständigkeit fallen soziale Aufgaben und nicht zuletzt die Durchführung der mit großem Einsatz und sehr effizient betriebenen Terrassierung und Wiederaufforstung zur Bekämpfung der Erosion.⁶

Das Pendant zu den Besitzverhältnissen auf dem Land bildeten die in den Städten. Adel, hohe Beamte und Kirche hatten ihre Gewinne in städtischen Liegenschaften investiert. In Zahlen: 95% des städtischen Bodens befanden sich vor der Revolution in den Händen von nur elf Familien, 40% gehörten der des Kaisers.⁷ Der Militärrat enteignete mit einem Schlag alle Zweit- und Mietshäuser sowie den gesamten Grundbesitz.

Die Durchführung der Enteignungen und Wohnraumverteilung war Aufgabe der im Oktober 1976 u.a. als Reaktion auf den beginnenden Terror der EPRP gegründeten Stadtteilkomitees namens

Direktive zum Zehnjahresplan

Auf dem Gründungskongreß der Arbeiterpartei Äthiopiens (WPE), der vom 6.-10. September 1984 in Addis Abeba stattfand, wurde u.a. eine „Direktive zum Zehnjahresplan der ökonomischen und sozialen Entwicklung“ verabschiedet.

Allgemeine Ziele und Strategie

(...) Wie im Parteiprogramm ausführlich erläutert, ist es das langfristige Ziel des Landes, die materiell-technische und kulturelle Basis für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft zu schaffen. (...)

Zu diesem Zweck sind Maßnahmen notwendig, um die sozialistischen Produktionsverhältnisse zu erweitern und zu festigen. Das wiederum erfordert eine beschleunigte Vergesellschaftung der weit verbreiteten kleinen Warenproduktion und des Sektors der kapitalistischen Kleinproduktion, insbesondere in der Landwirtschaft. Beim gegenwärtigen Entwicklungsstand des Landes hängt alles von der Landwirtschaft ab. Um ihre schnelle Entwicklung herbeizuführen, ist es erforderlich, angemessene Voraussetzungen für die Einrichtung von Großwirtschaften zu schaffen. Die bestehenden Produktionsverhältnisse sind zu Fesseln für die Umgestaltung der Landwirtschaft geworden und müssen daher verändert werden.

Um die Entwicklung der Produktivkräfte fördern und die sozialistischen Produktionsverhältnisse festigen zu können, ist es wichtig, den Bildungsstand der Bevölkerung zu heben. Der Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft erfordert die bewußte Teilnahme der Massen an den ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Aktivitäten des Landes. (...)

Das Hauptziel des Zehnjahresperspektivplanes besteht darin, das Programm der Nationaldemokratischen Revolution zu erfüllen und ein festes Fundament für den sozialistischen Wirtschaftsaufbau zu legen. Um die genannten allgemeinen Ziele zu fördern und zu verwirklichen, werden folgende spezifische Ziele gesetzt:

Zielstellungen

- Erhöhung der Produktionskapazität der Wirtschaft durch Entwicklung und Verbesserung der Produktivkräfte. Dieses Ziel orientiert auf die Steigerung der Produktion in der Landwirtschaft und in der Industrie, insbesondere im Bergbau und in der Bauindustrie, und ist für die genannten ökonomischen Aktivitäten unumgänglich. (...)

- Aufbau einer starken Volkswirtschaft mit entsprechenden Beziehungen zwischen den unterschiedlichen Sektoren auf der Grundlage einheimischer Ressourcen. Es ist eine starke, auf sich selbst gestützte Volkswirtschaft aufzubauen, wobei Industriezweige, die einheimische Materialien und Ressourcen nutzen, ausgeweitet sowie die Verbindungen zwischen den Sektoren, vor allem zwischen Landwirtschaft und Industrie sowie zwischen Bergbau und Industrie, gefestigt werden.

- Erhaltung, Erkundung, Erschließung und rationelle Nutzung der natürlichen Ressourcen



Gründungskongreß der WPE

des Landes. Einerseits sind die regenerierbaren Ressourcen der Nation, wie Wälder, Böden, Wasser, Vieh- und Wildbestand usw., zu erhalten und zu entwickeln, andererseits Forschungen zur Erkundung, Erschließung und Gewinnung der nicht regenerierbaren Ressourcen des Landes zu betreiben.

- Erweiterung und Festigung der sozialistischen Produktionsverhältnisse. Dieses Ziel schließt ein, das staatliche und das Kollektiveigentum zu erweitern, die sozialistische Verteilung und den Wettbewerb zu fördern, ein Potential für die sozialistische Wirtschaftsführung aufzubauen und die sozialistische Disziplin und Kultur zu fördern, um einen Zuwachs an Erzeugnissen und einen höheren Stand der Arbeits- und Produktionsorganisation zu erzielen.

- Schrittweise Hebung des materiellen und kulturellen Wohlstands des Volkes. Mit der Entwicklung der Produktivkräfte und der Zunahme des Mehrprodukts werden die allmähliche Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung, eine entsprechende Versorgung mit Nahrungsgütern und Lebensmitteln, sauberem Wasser, Kleidung und Wohnraum, Bildungsmöglichkeiten, Gesundheitsschutz und andere soziale Dienstleistungen, die schrittweise Beseitigung der Arbeitslosigkeit und weiterer sozialer Probleme sowie die Entwicklung des schöpferi-

schen Potentials der Bevölkerung gesichert.

- Gewährleistung einer ausgeglichenen Entwicklung aller Regionen des Landes. Damit wird jede Region befähigt, ihre potentiellen Ressourcen zu erschließen und so zur Entwicklung der Volkswirtschaft beizutragen. Durch gerechte und angemessene Verteilung der Früchte der sozialökonomischen Entwicklung der Nation auf die verschiedenen Regionen und Völker des Landes und durch die Schaffung von ökonomischen Verbindungen und Wechselbeziehungen zwischen den Regionen wird das Land imstande sein, seine nationale Integrität zu verteidigen und zu festigen. Des weiteren sind Nomaden und andere Bewohner von Grenzgebieten stärker in die politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Aktivitäten des Landes einzubeziehen.

Strategisches Vorgehen

Zur Verwirklichung der Ziele des Zehnjahresperspektivplans wird folgendes strategisches Vorgehen festgelegt:

- Um den Nahrungsgüterbedarf der Bevölkerung decken zu können und zugleich die Eigenversorgung mit diesen Gütern zu erreichen, sind eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion und eine verbesserte Effektivität des Vermarktungs- und Verteilungssystems für landwirtschaftliche Erzeugnisse von Bedeutung.

- Erhebliche Steigerung der Arbeitsproduktivität in allen Sektoren der Wirtschaft durch Ausbildung sowie geeignete moralische und materielle Stimulierung der Arbeiter.

- Entwicklung der Infrastruktur auf dem Lande durch den sich gegenseitig ergänzenden Bau von Straßen, Brunnen und Bewässerungssystemen sowie durch Mechanisierung und Dorfbauprogramme.

- Ermutigung und Diversifizierung des Exports sowie Förderung von Importablösungen, wo immer dies als ökonomisch vertretbar eingeschätzt wird.

- Entwicklung eines einheimischen Potentials für Forschung, Wissenschaft und Technik sowie Auswahl, Anpassung, Entwicklung und Schaffung von neuen Technologien, die den objektiven Bedingungen des Landes entsprechen.

- Ausbau der Handelsbeziehungen und Zusammenarbeit auf ökonomischem und wissenschaftlich-technischem Gebiet mit allen befreundeten Staaten, insbesondere mit den sozialistischen Ländern. (...)



New Muger, Äthiopiens größtes Zementwerk

K'ebele (amharisch für Bezirk). Ein wesentliches Ergebnis dieser städtischen Besitzreform verwundert noch heute manche Autoren: „Daß die Mieten heute etwa zehn Prozent niedriger sind als vor der Revolution, stellt wohl ein äthiopisches Phänomen dar. Nur an wenigen Orten auf der Welt sind die Ausgaben für Wohnen im Vergleich zum Einkommen so gering wie in Addis Abeba.“⁸

In der Entwicklungsstrategie der äthiopischen Revolution nimmt die Industrie perspektivisch die wichtigste Stelle ein als Basis für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft. In der Praxis mußte die Revolution nahezu bei null beginnen: 50.000 Industriearbeiter gab es 1974 im Land, ganze 417 Betriebe mit zehn und mehr Beschäftigten. Von diesen wurden 180 verstaatlicht, parallel dazu Banken, Versicherungen und Handel. 1982 war der Außenhandel zu drei Vierteln in staatlicher Hand (der Anteil am Binnenhandel freilich, kritisierte Menigistu, ging aufgrund von Unzulänglichkeiten in der Vertriebsorganisation auf 70% zurück).⁹

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

Mit den Besitzverhältnissen änderte sich die Stellung der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften. Ihre aktive Beteiligung und einschneidende Veränderungen ihrer Situation sehen die im Dezember 1975 erlassenen Arbeitsgesetze vor; ihr organisatorischer Hebel ist der 1978 – nach der Auflösung der CELU – neugebildete Gesamtäthiopische Gewerkschaftsverband AETU.

Zwar haben sich die Löhne aufgrund der kritischen wirtschaftlichen Lage nur geringfügig erhöht, aber die traditionellen gewaltigen Lohnunterschiede in den einzelnen Sektoren haben sich verringert – nicht zuletzt wegen des nun gesetzlich festgeschriebenen Mindestlohns. Achtstundentag und Vetorechte in Fragen, die Löhne und Entlassungen betreffen, sind für Äthiopiens Lohnabhängige buchstäblich Schritte in ein neues Jahrhundert.

Noch viel mehr sind sie es für Frauen: Über das Diskriminierungsverbot des Nationaldemokratischen Programms hinaus verlangt das Arbeitsgesetz z.B. gleiche Entlohnung für Frauen für gleiche Arbeit.

Mit den Buchstaben eines neuen Gesetzes sind selbstverständlich jahrtausendealte Verhältnisse nicht auf der Stelle abgeschafft. Aber sie schaffen neue Voraussetzungen, etwa dadurch, daß Frauen erstmals eigene Landbesitz- und Bebauungsrechte erhielten. Und die neuen Gesetze sichern die Arbeit der Frauenorganisationen ab, die heute auf allen Ebenen tätig sind, vormals als Frauenassozia-

Die Hungerkatastrophe – Ursachen und Gegenmaßnahmen

(...) Über 5 Mio Menschen sind gegenwärtig in Äthiopien mit der Dürre und ihren Folgen konfrontiert, und fast die Hälfte der Betroffenen sind Kinder unter 15 Jahren. Hinzu kommen rund zwei Millionen Flüchtlinge. Zusammen ist das ein Fünftel der gesamten Bevölkerung des Landes. (...)

Im letzten Erntejahr wurden gemäß offiziellen Angaben 6,7 Mio t Nahrungsmittel eingebracht. Dies war zwar der höchste Ertrag seit Jahren, doch in vielen Regionen war die Ernte wegen der anhaltenden Dürre bereits in der zweiten oder dritten aufeinanderfolgenden Saison entweder völlig unzureichend gewesen oder aber überhaupt ausgefallen, und das Nahrungsmitteldefizit bis zur nächsten Erntesaison beträgt mindestens 900.000 Tonnen.

Über Nacht war die Hungerkatastrophe nicht hereingebrochen, und die Regierung hatte, in Kenntnis der Entwicklung, frühzeitig internationale Organisationen Hilfsappelle gerichtet. Aber dennoch besteht keine Hoffnung, daß dieses Defizit auch nur annähernd gedeckt wird.

Da gibt es vor allem schier unüberwindbare logistische Probleme. Selbst wenn Äthiopien in ausreichender Menge Hilfszusagen erhielt oder auf dem Weltmarkt Getreide kaufen könnte, würden die meisten Nahrungsmittel die Hungernden nie erreichen.

Selbst wenn Getreide rasch und in ausreichender Menge in den äthiopischen Häfen Assab und Massawa und im Hafen von Djibouti an Land gebracht werden könnte – das Straßennetz ist völlig unzureichend für eine Verteilung großer Gütermengen, und es existieren viel zu wenige Lastwagen für den oft extrem weiten Transport zu den Hilfszentren.

Hungerhilfe – zu spät und zu wenig

Und selbst wenn genügend Hilfsgüter in den nahe den wenigen Straßen errichteten Verteilzentren einträfen, so leben doch viele der von Dürre und Hunger am heftigsten betroffenen Äthiopier zu weit entfernt von ihnen, um die Nahrungsmittel abholen zu können. (...)

So ernst die Lage in weiten Regionen Äthiopiens ist und so sehr sich das Regime in Addis Abeba auch bemüht, die beschränkte Hilfe in halbwegs geordnete Bahnen zu lenken, es hat nicht gerade eine überwältigende Antwort auf sein Hilfsgesuch erhalten. Mitarbeiter ausländischer, regierungsungebundener Hilfsorganisationen befürchten, daß die Zusagen für Nahrungsmittellieferungen 100.000 Tonnen nicht übersteigen werden. (...)

Ohne Zweifel ist das heute bestehende Regime entschlossen, eine Hungerkatastrophe jenes Ausmaßes (wie die von 1972-74; d. Red.) zu verhindern, und es hat mit der Relief and Rehabilitation Commission (Hilfs- und Wiederaufbaukommission; d. Red.) unter den gegebenen Umständen auch einen recht effizienten institutionellen Rahmen geschaffen. Damit die unmittelbare Not von Millionen Menschen gemildert werden kann, braucht Äthiopien rasch und in ausreichender Menge internationale Hilfe. Aber



Hungernde beim Eintreffen in einem Notlager

auf längere Sicht muß mehr getan, muß der Hungerzyklus gebrochen, müssen dessen Bestimmungsgründe beseitigt werden. Denn Dürre und Hunger sind ja nicht allein als Naturkatastrophe erklärbar – oder gar als ein Akt Gottes, wie einst Menelik meinte.

Einer der Gründe für die heftigen Folgen ausbleibenden oder zur falschen Zeit fallenden Regens ist das Vorherrschen von Subsistenzlandwirtschaft, in der es keine Reserven gibt. 80 Prozent der äthiopischen Bevölkerung sind in der Landwirtschaft tätig, aber die meisten Bauern können gerade so viel Getreide einbringen, wie sie zum knappen Überleben bis zur nächsten Ernte benötigen.

Bis zur Revolution von 1974 verhinderten die ausgeprägt feudalen Herrschaftsverhältnisse die Entstehung einer Überschussproduktion: In den südlichen Landesteilen standen den lokalen Feudalherren bis zu drei Viertel des Ernteertrags zu, und auch im Norden mußte der Bauer trotz einem etwas weniger ausbeuterisch gestalteten Landbesitzsystem die Hälfte seiner Ernte abführen.

Das Erbe der Vergangenheit

Aber auch nach der Revolution und den anschließend verkündeten Landreformen unterliegen die Bauern weiterhin den Zwängen der Subsistenzwirtschaft. Jetzt ist das Land zwar an die Bauern verteilt – und niemand darf mehr Land besitzen, als er mit seiner eigenen Familie bearbeiten kann –, doch die zugeteilte Ackerfläche ist vor allem im stark bevölkerten Hochland viel zu klein und die traditionelle Bewirtschaftungstechnik viel zu einfach, als daß in besseren Jahren eine Notreserve zurückgelegt werden könnte. Jede Laune des Wetters kann da zur Katastrophe führen.

In der zunehmenden Heftigkeit der Hungersnöte spiegelt sich die fortschreitende Verwüstung Äthiopiens. Nicht, daß sich Sanddünen über das an sich sehr fruchtbare Hoch-

land wälzten, aber wohl kein anderes Land der Welt ist so stark mit Erosion und rückläufiger Bodenfruchtbarkeit konfrontiert. Topographische und klimatische Gegebenheiten spielen da eine große Rolle. Niederschläge fallen im äthiopischen Hochland in kurzen, aber heftigen Schauern, und das nicht so rasch versickernde Regenwasser reißt von den Berghängen fruchtbare Erde mit sich. Dieser Prozeß findet seit biblischen Zeiten statt: Die hohe Fruchtbarkeit des landwirtschaftlich genutzten Niltals war seit je abhängig von den vom äthiopischen Hochland stammenden, während der Überflutungen abgelagerten Sedimenten.

Vor einigen Jahrzehnten hatte sich die Erosion allerdings dramatisch verschärft. Unter den Feudalbedingungen des Kaiserreiches war nur ein Teil des wirklich fruchtbaren Landes bewirtschaftet worden, denn die Krone ließ große Landflächen brachliegen, damit sie stets freie Hand hatte, durch Lehensvergabe Loyalität zu kaufen; zudem hielten die Grundherren durch das Knapphalten des Landangebots die Bodenrente hoch. Die wachsende Bevölkerung mußte immer steilere Berghänge roden und unter den Pflug nehmen.

Der äthiopische Bauer wurde folglich mit einem für ihn unlöslichen, direkt zur Katastrophe führenden Prozeß konfrontiert: Je steiler die Hänge sind, um so intensiver wirkt die Erosion, um so rascher geht fruchtbare Erde verloren. Die Erträge nehmen ab, und die Bauern sind gezwungen, noch weniger geeignetes Land zu bebauen. Mit der zunehmenden Rodung wird Brennholz, die wichtigste Energiequelle, immer knapper. Die noch existierenden, zunehmend übernutzten Wälder können sich nicht mehr regenerieren und verschwinden immer rascher.

Und in entwaldeten Regionen führten Überweidung durch große Viehherden häufig sogar zur Zerstörung der Grasnarbe. Die dann bloßgelegte Erde ist den erodierenden Kräften von Sonne, Wind und Regen schutzlos ausgesetzt: Die tropische Sonne dörft den Boden aus, Regen sickert nicht mehr ein, sondern läuft ab und zieht tiefe Erosions-

gräben in das Land; bleiben Niederschläge dagegen aus, verbläst der Wind die Erde in Staubstürmen.

Das Regime in Addis Abeba hat klar erkannt, daß der Hungerzyklus nur zu brechen ist, wenn der gravierenden Erosion Einhalt geboten und das Land wieder aufgeforstet wird. In einem wohl beispiellosen Programm sind in weiten Regionen an den entwaldeten Hängen horizontale Gräben gezogen worden, die ablaufendes Regenwasser bremsen und die Versickerungsrate erhöhen. Für Zehntausende von Kilometern sind von Bauern solche Gräben gezogen worden; selbst bei relativ flacher Hangeigung müssen pro Hektar mehrere Kilometer Gräben ausgehoben werden. Diese Technik ist zwar weniger effizient als die auch durchgeführte Terrassierung von Hängen, dafür aber weniger arbeitsaufwendig und schneller ausgeführt.

Den Hungerzyklus durchbrechen

Die Regierung stellt Planungskräfte zur Verfügung; für ihren von den Massenorganisationen anberaumten Arbeitseinsatz erhalten die Bauern Nahrungsmittel, die zum Teil vom World Food Programme stammen. Auch kleine Staudämme werden gebaut, in denen Regenwasser zusammenlaufen kann. Nächste Stufe des Programms sind großflächige Wiederaufforstungen, und jedes Jahr werden 150 Millionen Baumsetzlinge in die gezogenen Gräben verpflanzt. Überraschend schnell sind die ersten Resultate eingetreten: Am Fuß von aufgeforsteten Berghängen sind längst versiegte Quellen wieder aufgetreten – was ein untrügliches Zeichen dafür ist, daß Regenwasser wieder im Boden versickert. Und auch die sich in den tiefen Erosionsgräben ansiedelnde Vegetation zeigt, daß das Regenwasser nicht mehr so rasch abläuft.

Das äthiopische Programm gegen Erosion ist eines der wenigen Erfolgsbeispiele im Kampf gegen die zunehmende Verwüstung der Erde. (...)

(Quelle: Neue Zürcher Zeitung, 1./2.9.1984)

tionen, inzwischen als Revolutionäre Frauenvereinigung (REWA; 5,1 Mio Mitglieder). Die neue Erfahrung gemeinsamer Stärke, noch bezogen auf die frühere Organisation, drückten Frauen 1981 so aus: „Was auch immer kommen mag, die Frauenvereinigung lassen wir uns nicht mehr nehmen.“¹⁰

Frauenvereinigung, Gewerkschaften (die heute etwa 350.000 Mitglieder zählen), Jugendorganisation (REYA; 3,8 Mio Mitglieder) – sie sind aktive Kräfte im Umgestaltungsprozeß des Landes. Ihre Eigenständigkeit ist jedoch stets mit der Arbeit der Bauernvereinigungen oder städtischen K'ebes verbunden. Es gibt Beobachter, die in diesen Basisorganisationen „basidemokratische“ Ansätze sehen und damit offenbar Opposition gegen die Revolutionsführung und perspektivisch gegen die neugegründete Arbeiterpartei meinen.¹¹

Was zutrifft, ist, daß etwa die von den Stadtteilbewohnern gewählten K'ebes in einem spannungsreichen Vermittlungsverhältnis zu den Organisationen stehen – alles andere wäre schlimm. Was übersehen wird, ist, daß sie Bestandteil und lebendiger Ausdruck des Revolutionsprozesses sind – nicht „daneben“, schon gar nicht ihm im Wege stehend. Addis Abeba, mit einer Einwohnerzahl von geschätzten 1,3 Millionen, hat 284 solcher K'ebes, die in 25 „Higher K'ebes“ zusammengefaßt sind.

Arbeiterpartei gegründet

K'ebes und deren Unterausschüsse kümmern sich um die Behandlung kleinerer Delikte, führen Lebensmittelläden, Teestuben und Leserräume, haben Kindergärten, Erste-Hilfe-Stationen und natürlich Büros, organisieren Sicherheitskomitees und Alphabetisierungskampagnen.

Daß in Äthiopien heute immerhin 40% der Bevölkerung Zugang zu gesundheitlicher Versorgung haben (1974: 15%), ist auch ein Verdienst der K'ebes und ihrer ländlichen Gegenstücke.

„Um den neuen Menschen zu entwickeln, der die neue Gesellschaftsordnung aufbauen wird“, heißt es im Statut der neuen Arbeiterpartei Äthiopiens (WPE), werde diese bemüht sein, „die Werktätigen vom geistigen Zwang des alten Systems zu befreien sowie die neue Generation im Sinne neuer moralischer Eigenschaften und eines neuen Persönlichkeitsbildes zu erziehen.“

Diese große Aufgabe hat sich eine Partei gestellt, die sich als Instrument definiert, den gewaltigen Transformationsprozeß aus einer unterentwickelten Gesellschaft in eine neue Gesellschaftsformation zu bewältigen.¹² Die ursprünglich einmal gehegte Hoffnung, aus den existierenden





Alphabetisierungskurs. Bis 1990 soll das Analphabetentum ganz überwunden sein

linken Oppositionsgruppen eine solche Partei zusammenzuschweißen, stellte sich als unreal heraus.

Nach langer Arbeit der Kommission zur Organisation der Partei der Werktätigen Äthiopiens (COPWE, seit Dezember 1979) konstituierte sich die WPE zum zehnten Jahrestag der Revolution. Ihre soziale Zusammensetzung macht die Dimension der Aufgabe deutlich: erst ein knappes Viertel der Mitglieder sind Arbeiterinnen und Arbeiter. Aber die selbstgesetzten Kriterien und Ziele ihrer Arbeit weisen sie als revolutionäre Kraft aus: die Verbesserung des Lebensniveaus der arbeitenden Bevölkerung. Der Zehn-Jahres-Plan soll dieses Ziel realisieren (siehe Kasten). Und noch etwas charakterisiert die Politik der Revolutionsführung und der Partei: die Teilnehmer des Gründungskongresses repräsentierten 72 Nationalitäten.

In der extrem schwierigen Nationalitätenpolitik – Ansatzpunkt für innere und von außen geschürte Bestrebungen gegen die Revolution – bewies der Derg zunehmend Geschick. Nachdem die bedrohlichste Phase 1977/78 überwunden war, wurden aufwendige Kampagnen in Gang gesetzt, die z.B. dazu führten, daß inzwischen alle wichtigen Sprachen des Vielvölkerstaates anerkannt sind und an



Schneider-Kooperative in Sidamo

Schulen gelehrt werden.

In Eritrea setzte die Revolutionsregierung seit 1982 auf ein umfangreiches Wiederaufbauprogramm und auf die Beteiligung der Bevölkerung an diesen Projekten. Mit dem Erfolg, daß die EPLF ihre Basis schwinden sah und sich gerade gegen die Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensbedingungen in Eritrea wandte.

Nur Militärhilfe?

Daß Frieden und damit günstige Aufbaubedingungen für Äthiopien immer noch fern sind, hat ersichtliche Ursachen. Äthiopien ist keine Insel: An die 2.000 Kilometer lang ist die Grenze zum verfeindeten Sudan des Numeiri-Regimes, das wiederum ein Hauptstützpunkt der USA ist; über 1.500 Kilometer beträgt die zu Somalia, das sich nach einer revolutionären Phase zum US-Stützpunkt erniedrigt hat. Sudan und Somalia sind Schachfiguren in der US-amerikanischen Militärstrategie am Horn von Afrika.

Allein das begründet die umfangreiche Hilfe vor allem aus der UdSSR und Kuba. Doch diese geht weiter als der „westliche“ Blick auf Militärhilfe erlaubt: Alphabetisierung, Gesundheitsvorsorge und Landwirtschaftsprojekte finden mit Hilfe von Experten aus diesen Ländern statt. Ehrgeizige Industrievorhaben werden mit Unterstützung aus der Sowjetunion, der DDR oder Kuba realisiert. Fast zwei Drittel des Landes sind mit solchem Beistand inzwischen geologisch erforscht, zahlreiche Naturreichtümer dabei entdeckt worden.

Sie werden im Zehn-Jahres-Plan eine wesentliche Rolle zu spielen haben, der unter anderem – um die Abholzung für Feuerholz abzubauen – die Ausschöpfung der eigenen Energievorräte vorsieht. Es ist ein Komplexplan „miteinander verbundener und einander ergän-

zender quantitativer und qualitativer Veränderungen“, heißt es in der Präambel des Plans. Das klingt trocken, aber es setzt auf die schöpferische Bereitschaft vor allem der Bauern und Arbeiter.

Die Bildung landwirtschaftlicher Großfarmen ist ebenso vorgesehen wie der Ausbau von Grundindustrien – etwa Zementwerken, um den Wohnungsbau voranzutreiben –, der Infrastruktur – um die Landbevölkerung besser versorgen zu können –, des Bildungswesens als wesentlicher Voraussetzung einer höheren Qualifizierung der arbeitenden Bevölkerung. Letzteres ist ein „strategisches Ziel der Partei, das höchste Priorität genießt“, denn es geht um „die bewußte Teilnahme der Massen an den ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Aktivitäten des Landes“.¹³

Diejenigen, die sich keine andere Herkunft als das freie Unternehmertum vorstellen können, „sorgen“ sich darum, woher das gewaltige Finanzvolumen kommen soll, das diese Pläne erfordert. Recht haben sie mit dem Hinweis darauf, daß der Welt möglicherweise ärmstes Land es schwer haben wird. Phantasielos sind sie, vor allem aber in der Unterschätzung der äthiopischen Revolution. Diese hätte trotz internationalistischer Hilfe nie überlebt, stünde nicht die Bevölkerungsmehrheit hinter ihr: Weil ihre Ererungenschaften trotz enormer Probleme unverkennbar sind und damit ihre Ziele glaubwürdig und realisierbar.

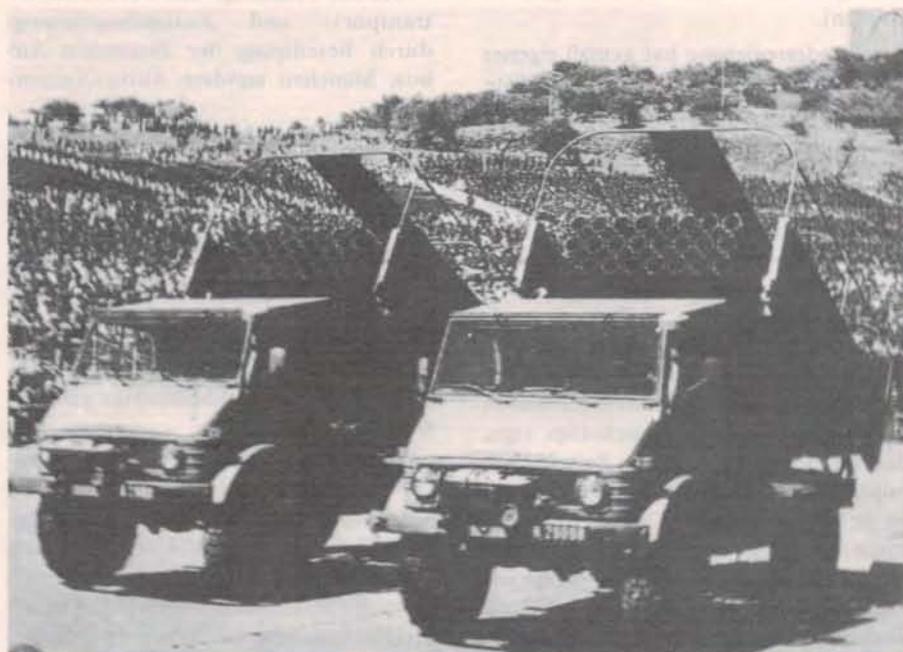
In der Verteidigung seiner Unabhängigkeit hat Äthiopien eine lange Tradition. Vor knapp neun Jahrzehnten schlug es italienische Eroberer in der Schlacht von Adwa zurück. Zehn Jahre, die das revolutionäre Äthiopien hinter sich hat, sind dagegen wenig. Revolutionen brauchen viel Zeit.

Anmerkungen:

- 1) Neue Zürcher Zeitung, 1./2.9.1984
- 2) Vgl. das EPLF-Programm in: „Was wollt ihr denn hier?“ Zu Besuch bei einer Revolution: Eritrea, Freiburg 1981
- 3) Vgl. ausführlich zur Eritrea-Diskussion: J. Ostrowsky, „Sozialistische Entwicklung und revolutionäre Nationalitätenpolitik in Äthiopien/Eritrea“, in: Forum entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Kiel, Nr. 61, 1982, S. 3-18
- 4) Stefan Brüne, Äthiopien – die umstrittene Revolution, in: Blätter des IZ3W, Freiburg, Nr. 96, Sept. 1981, S. 19
- 5) Le Monde Diplomatique, Paris, April 1984, S. 11
- 6) Tageszeitung (TAZ), Berlin (West), 27.8.1984
- 7) Probleme des Friedens und des Sozialismus, Prag, Nr. 9, 1984, S. 1245
- 8) TAZ, a.a.O.
- 9) African Business, London, März 1983, S. 21
- 10) Blätter des IZ3W, a.a.O., S. 42
- 11) So nach Süddeutsche Zeitung, München, 12.9.1984
- 12) Ethiopian Herald, Addis Abeba, 8.7.1984
- 13) Horizont, Berlin (DDR), Nr. 10, 1984

Wolf Geisler

Militärische Zusammenarbeit BRD – Südafrika



„Für nichtmilitärische Zwecke bestimmt“: Daimler Unimogs und Bo-105-Hubschrauber in Südafrika



Die herrschenden Kreise der Bundesrepublik tragen nicht nur durch ihre Wirtschaftsbeziehungen mit Südafrika zum Überleben des Apartheidregimes bei, sondern sie erhalten auch weiterhin eine militärische Zusammenarbeit aufrecht. Da damit die aggressive Politik Südafrikas gegen die Frontstaaten und die Unterdrückung im Innern gefördert werden, war die militärische Zusammenarbeit BRD-Südafrika eines der Hauptthemen der Kölner Konferenz zum Südlichen Afrika vom 12.-14. Oktober 1984 (siehe AIB 11-12/1984, S. 4ff.). Wir dokumentieren die hierzu von Wolf Geisler (Anti-Apartheid-Bewegung) in Köln vorgelegte Studie. Das Kölner Forum beschloß außerdem eine Aktionswoche für 1985, die sich hauptsächlich gegen die militärische Zusammenarbeit mit Südafrika richtet (siehe Kasten).

Das Apartheidregime in Südafrika ist trotz und wegen des unveröffentlichten Vertrages mit der Volksrepublik Angola vom 16.2.1984 und des Vertrages mit der Volksrepublik Moçambique vom 16.3.1984 eine Gefahr für jeden Staat in Afrika, der den Kampf gegen den Rassismus unterstützt. Es hält weiterhin Namibia besetzt, kontrolliert gemeinsam mit angolischen Einheiten den Süden Angolas gegen SWAPO-Freiheitskämpfer, unterhält den Kampf von Terrorgruppen in Zimbabwe, bedroht Lesotho. Vor allem aber hält es weiterhin 80% der Bevölkerung Südafrikas rechtlos und in Ausbeutung. Wenn in Filmen des Rassenstaates

„Hippo“-Fahrzeuge als die meist benutzten Fahrzeuge der Polizei bei z.B. Schülerdemonstrationen in Soweto gezeigt werden, wenn als Standardfahrzeuge der Armee „Samil“-Fahrzeuge gezeigt werden (z.B. Internationale Wehrrevue, Genf, Nr. 3/1983), dann fällt sofort das bundesdeutsche Engagement für die Erhaltung der rassistischen Herrschaft ins Auge: Der „Hippo“ ist ein auf dem Fahrgestell Unimog-Militär-LKW von Daimler-Benz aufgebauter gepanzerter Mannschaftstransporter. Die „Samil“-Fahrzeuge sind von Magirus-Deutz/Iveco gelieferte Militär-LKWs, die in Südafrika noch einige regionspezifische Zusätze erhielten. Völkerrecht und Grundgesetz der Bun-

desrepublik verbieten Rüstungslieferungen an das Apartheidregime.

Durch das Friedensgebot im Grundgesetz (GG), Art. 26 ist die Bundesregierung bei der Anwendung von Rüstungsexportbestimmungen festgelegt. Hinzu kommen internationale Verträge, zu deren Einhaltung sie verpflichtet ist.

Seit Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland (BRD) in die Vereinten Nationen am 18.9.1973 ist sie völkerrechtlich an die UNO-Charta gebunden. Der Atomwaffensperrvertrag wurde von der Bundesrepublik am 3.5.1975 ratifiziert und auch das Rüstungsembargo des Weltsicherheitsrates gegenüber Südafrika vom 4.11.1977 ist verbindlich.

Im Grundgesetz-Artikel 25 heißt es diesbezüglich: „Die allgemeinen Regeln des Völkerrechts sind Bestandteil des Bundesrechts. Sie gehen den Gesetzen (der Bundesrepublik) vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes.“ Zur Friedenspflicht heißt es in Artikel 26 GG: „Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der

Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig."

Artikel 2, Absatz 4 der UNO-Charta sagt: „Alle Mitglieder sollen sich in ihren internationalen Beziehungen der Drohung mit Gewalt oder der Anwendung von Gewalt, die sich gegen die territoriale Unverletzlichkeit oder politische Unabhängigkeit irgendeines Staates richtet oder in sonstiger Weise mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbar ist, enthalten."

Der Atomwaffensperrvertrag verbietet außerhalb der Kontrolle der Internationalen Atomenergiebehörde den Export sensitiver Teile und Anlagen, die zur Atomwaffenfertigung wichtig sind in Staaten, die 1969 keine Atomwaffen besaßen.

UNO-Rüstungsembargo gegenüber Südafrika

Der Weltsicherheitsrat hat in seinem Rüstungsembargo vom 4.11.1977, Resolution 418, gegenüber Südafrika beschlossen, daß „alle Staaten ab sofort die Lieferung von Waffen und dazugehörigem Material aller Art nach Südafrika einzustellen haben, einschließlich des Verkaufs oder der Weitergabe von Waffen und Munition, von Militärfahrzeugen und -ausrüstungen, von paramilitärischen Polizeiausrüstungen sowie von Ersatzteilen für die vorgenannten Gegenstände, und daß sie gleichermaßen sowohl die Bereitstellung aller Arten von Ausrüstungen und Materialien als auch die Gewährung von Lizenzvereinbarungen für die Herstellung oder Wartung der vorgenannten Rüstungsgegenstände einzustellen haben;

(...) fordert alle Staaten auf, angesichts der Ziele dieser Resolution alle in bezug auf die Herstellung und Wartung von Waffen, von Munition aller Art und von militärischen Ausrüstungen und Fahrzeugen mit Südafrika bestehenden vertraglichen Vereinbarungen und Südafrika dafür gewährten Lizenzen im Hinblick auf deren Beendigung zu überprüfen;

(...) beschließt ferner, daß sich alle Staaten jeglicher Zusammenarbeit mit Südafrika bei der Herstellung und Entwicklung von Kernwaffen zu enthalten haben; ..."

Trotzdem, zu Wasser, zu Lande und in der Luft wurden und werden die Truppen Pretorias mit Material aus der BRD versorgt. Von keinem anderen Staat sind so viele einzelne Rüstungslieferungen an die Rassisten nach Verhängung des Rüstungsembargos bekannt wie von der BRD.

Auch der durch die Regierung angegebene Umfang von Rüstungslieferungen

übertrifft alles, was von anderen Staaten bekannt wurde: „Im Jahre 1983 sind Genehmigungen für den Export von Waren des Teil I der Ausfuhrlisten nach der Republik Südafrika erteilt worden. Es handelt sich hierbei ausschließlich um nichtmilitärische Waren, die von dem Embargo nach der Resolution 418 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 4. November 1977 nicht betroffen sind. Der Gesamtwarenwert betrug rund 350 Millionen DM." (Antwort des Staatssekretärs Dr. von Würzen vom 27. April 1984 auf die Anfrage des MdB Schwenninger/Die Grünen).

Die Bundesregierung hat gemäß eigener Definition in Teil I der Ausfuhrliste ausschließlich Waren „von strategischer Bedeutung" aufgelistet. Unter I, A sind „Waffen, Munition und Rüstungsmaterialien", unter I, B „Internationale Kernenergieliste" und unter I, C „Sonstige Waren von Strategischer Bedeutung" gemäß Unterschriften aufgeführt. Auf die Anfrage des MdB Czaja nach der Qualität der dort aufgelisteten Waren antwortete die Bundesregierung am 15.9.1982: „Danach müssen die Waren und Technologien so beschaffen sein, daß sie einen bedeutenden Beitrag zum militärischen Potential der vom Embargo betroffenen Länder leisten und sich somit nachteilig auf die Sicherheit der Mitgliedsstaaten auswirken. Generell sind es Materialien, Ausrüstungen und Technologien, die für die Waffenproduktion besonders konstruiert sind und dafür verwendet werden, bei denen eine in einem angemessenen Zeitraum nicht behebbare Mängellage besteht..."

Diese Aussage bezieht sich offensichtlich auf die Staaten des Warschauer Vertrages. Da aber Südafrika gewiß weniger selbständig in der Rüstungsproduktion als die Sowjetunion ist und mit Zustimmung der Bundesregierung in der Resolution 418 als „Gefahr für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit" bezeichnet wurde, trifft die bezüglich der Warschauer Vertrags-Staaten gemachte Definition auch auf Südafrika zu.

Die Behauptung, die nach Südafrika gelieferten genehmigungsbedürftigen Waren seien „nichtmilitärisch und vom Embargo nicht betroffen", ist also falsch.

Verletzungen des Rüstungsembargos bis 1981...

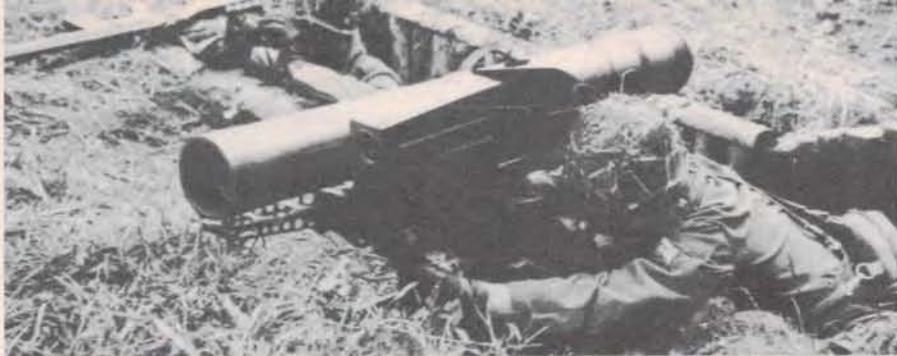
Bereits in einer Pressemeldung der Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) anlässlich der Bekanntmachung, daß zwei Minenkampfboote und die Lizenz zum Bau weiterer derartiger Boote durch die Bremer Werft Abeking & Rasmussen an

Südafrika geliefert wurden, die die AAB am 29.6.1981 herausgab, wurden folgende Brüche des Rüstungsembargos aufgelistet:

- Isotopenmeß- und Überwachungsgerät für die Urananreicherungsanlage durch die Farian GHH, Oberhausen-Sterkrade lieferte dafür Spezialkompressoren;
- Elektrostrahlenperforiermaschine für die Urananreicherungsanlage durch die Firma Steigerwald in München;
- Spezialmotoren für Raketschnellboote durch MTU, Friedrichshafen;
- Airbus Flugzeuge mit Verwundetentransport- und Auftankausrüstung, durch Beteiligung der Deutschen Airbus, München an dem Airbus-Konsortium;
- 3.000 Militärfahrzeuge durch Magirus-Deutz, Ulm;
- 300 Unimog-Militärfahrzeuge durch Daimler-Benz, Stuttgart;
- ein militärisches Verschlüsselungsgerät durch die schweizer Siemens-Tochter Crypto;
- 150.000 in Portugal mit bundesdeutscher Lizenz gefertigte und mit Genehmigung an Apartheid-Südafrika gelieferte G-3-Gewehre;
- Jeep-Produktion durch die südafrikanische VW-Tochtergesellschaft;
- Produktion von Motoren für gepanzerte Fahrzeuge und Militär-LKWs nach Daimler-Benz-Lizenz, in der durch hauptsächlich bundesdeutsche Firmen errichteten Fabrik Atlantis Diesel Engines;
- Produktion von Militärelektronik durch die Siemens-Tochter SAMES;
- Produktion von Treibstoff für die Rassisten-Streitkräfte und von Sprengstoff-Ausgangsprodukten durch die nach BRD-Technologie und von BRD-Firmen hauptsächlich erbauten Sasol-Fabriken.

...und jene, die nach 1981 bekannt wurden

- Inzwischen sind 10.000 Militärfahrzeuge von Magirus-Deutz, Ulm, angeliefert worden (Angabe von Werksangehörigen).
- Schätzungsweise 6.000 Unimogs wurden geliefert (Berechnung nach Angaben im Bundestag). Es sind Fahrzeuge, die für die Aufnahme von Waffen, z.B. den Raketenwerfer Valkiri, speziell ausgerüstet sind und daher nur mit Genehmigung Bonns ausgeführt werden durften.
- Die Kanone G-5 wird in der Selbstfahrversion von einem 75-PS Magirus-Deutz-Motor gezogen (Armed Forces, Dezember 1982 und Janes Defense Review, Jg. 4, Nr. 1/1983).
- Die 525 PS für die Panzerhaubitze



Milan-Panzerabwehrsystem: bundesdeutscher Südafrikaexport über Frankreich

G-6, die nach Auskunft von Rassisten-Verteidigungsminister Malan auch Atomgeschosse verschießen kann (The Citizen, 13.9.1982), werden ebenfalls von einem luftgekühlten Motor von Magirus Deutz erbracht.

– Die Firmen Rheinmetall, Düsseldorf, Wasag, Dülmen, Otto Junker, Lamersdorf, Süddeutsche Baubeschlägefabrik, München, lieferten die Munitionsfüllanlage für die Artilleriegeschosse, die durch die G-5 bzw. G-6 verschossen werden (eigene Information).

– Die Luftwaffe des Marionettenstaates Bophuthatswana ist mit einem Aufklärungsflugzeug P 68 B Observer, das von einer italienischen Firma in Zusammenarbeit mit der MBB (Messerschmitt-Bölkow-Blohm)-Tochter Sportavia-Pützer gebaut wurde, ausgerüstet (Milavnews, Aviation Advisory Services, Januar 1983, S.20; Janes All, The World's Aircraft, 1981-82, S. 137/138).

– Der Marionetten-Staat Transkei ist mit einem Militär-LKW von MAN ausgerüstet (eigene Information).

– Die Marionetten-Armee Namibia National Home Guard ist mit G-3-Gewehren und HH-21-Maschinengewehren, deren Verkaufsrechte die Firma Heckler & Koch hat, ausgerüstet (mehrere Kommuniqués der SWAPO).

– Firma Mahr, Eßlingen, lieferte ein Präzisionsmeßgerät zur Prüfung von schwerer Munition an den Armscor Betrieb Naschem (Factory Equipment & Material, Juli 1983).

– SEL, Stuttgart lieferte fiberoptische Systeme (Sunday Times, Johannesburg, 30.8.1981, S.5). Die Ausfuhr ist genehmigungsbedürftig.

– Firma Jost, Neu-Isenburg ist mit der Herstellung von Flugzeugfahrgestellen in der Niederlassung in Kempton Park beschäftigt (Factory Equipment & Materials, Johannesburg, Juli 1983 und Transport & Traffic, Juli 1983).

– Die Sondereinheit Special Commandos der rassistischen Streitkräfte ist mit G-3-Gewehren, Schlauchbooten von BMW und Romika Gummi-Schuhen ausgerüstet (Augenzeugen).

– Im Marionetten-Staat Ciskei haben bundesdeutsche Firmen eine Waffenfabrik errichtet (Argus, 24.6.1983; Radio Südafrika, Johannesburg, 21.00 gmt, 22.6.1983).

– BMW lieferte an die Apartheid-Streitkräfte 40 Motorräder (Rand Daily Mail, 7.1.1984).

– Die Firma Siemens installierte den Streitkräften der Rassisten ein hochmodernes Telefonsystem (Uniform, 27.1.1984; = Zeitschrift der rassistischen Streitkräfte). Derartige Zentralen dürfen als „strategische Waren“ nicht in die Sowjetunion geliefert werden (Die Welt, 23.7.1984).

– Die Firma Liebherr lieferte Maschinen „zum Bau von Rollbahnen und Flächen für zwei Flugplätze“ (Construction Week, Johannesburg, 30.1.1984).

– Die Hamburger Firma Servotech des Großaktionärs der Firma Otrag Press lieferte 1980 100.000 Granaten, 1981 13.000 Gewehre, Granaten, 100.000 Schuß Munition aus Südkorea und stellte mit den Flugzeugen der Frankfurter Firma FG Flugleasing die Transportmittel (z.B. Neue Kronen Zeitung, Wien, 14.5.1981; Times, London 14.5.1981; Observer, London, 17.5.1981; General Anzeiger, Bonn, 25.2.1982; Sunday Tribune, Johannesburg, 14.10.1982).

– Auch die Bremer Speditionsfirma Kühne & Nagel war durch eine Niederlassung in London mindestens 31mal an diesen Waffentransporten beteiligt (Die Wochenzeitung, Zürich, 21.1.1983).

– Und auch die südafrikanische Niederlassung der Duisburger Firma Haniel diente sich als Spediteur der staatlichen Waffenfirma Armscor an (Finance Week, Johannesburg, 26.5.1983).

Die Firma IBCOL, Ottobrunn, eine Verkaufagentur der Firma MBB, vertritt auch angeblich in Südafrika hergestellte, ferngelenkte Kleinflugzeuge (Interavia, Nr.4/1983, S.345). Da die Rassisten nur Bruchteile derartiger Flugzeuge selber produzieren, dürften wohl in Wirklichkeit MBB/IBCOL-Flugzeuge in Ottobrunn und in Südafrika ausgeliefert werden.

Rüstungstechniker des Apartheidstaates erwarben sich 1984 wie schon 1982 auf den internationalen Tagungen des staatlichen Fraunhofer Instituts für Treib- und Explosionsstoffe, Karlsruhe, Kenntnisse zur Vervollkommnung ihrer Mordgeräte. Auf die Frage des MdB Schwenninger (Die Grünen) antwortete Staatssekretär Würzbach vom Bundesverteidigungsministerium, die Teilnahme der Rassisten „liegt im Interesse der Bundesrepublik Deutschland“ (Deutscher Bundestag, 7.3.1984).

In der offiziellen Bundeswehr-Zeitschrift „Kampftuppen“, Nr. 6/1983,

Aktionswoche gegen militärische Zusammenarbeit

Im Sommer oder Herbst 1985 findet eine bundesweite Aktionswoche zu den drei Schwerpunktthemen

- Rassismus im Südlichen Afrika,
 - Kolonialismus gegen Namibia,
 - Militärische Kollaboration der BRD mit dem Rassistenregime
- statt. Schwerpunkt der Aktionswoche werden 3- bis 7tägige Blockaden gegen Firmen oder Einrichtungen sein, die militärische Güter oder Ausrüstungen an Südafrika liefern.

Die Aktionswoche wird abgeschlossen mit einer großen Massenaktion (Menschenkette, Demonstration, Kundgebung), auf der vor allem authentische Vertreter der Befreiungsbewegungen im Südlichen Afrika zu Wort kommen.

Zur Mobilisierung für die Aktionswoche wird eine mehrmonatige Informationskampagne zu den drei Schwerpunktthemen ab Jahresbeginn stattfinden.

Zur Vorbereitung der Aktionswoche hat sich eine Gruppe aus AAB, BUKO, PAX CHRISTI und BUF gebildet.



Ein Motto der Kölner Konferenz zum Südlichen Afrika (12.-14. 10. 1984)

schreibt ein H.J. Kreker sogar, er und seinesgleichen könnten ohne die Rassisten nicht leben. „Wir müssen endlich begreifen, daß dieses Land ein lebenswichtiger Verbündeter des Westens ist.“ In der offiziellen „Europäischen Wehrkunde“, Nr. 7/1984, darf neben einem Artikel von Generalinspekteur Altenburg über das Attentat vom 20. Juli 1944 auf Hitler, Konteradmiral a.D. Poser einen rassistischen Pro-Apartheid-Artikel verbreiten. Ulrich Wegener, Bundesgrenzschutzkommandeur, bezeichnet die Befreiungsbewegung ANC als „Terroristen“ (Die Welt, 3.2.1984). Der BND wiederum – angeblich ohne Wissen und Auftrag des Bundeskanzlers und auf Geheiß von Bayerns Ministerpräsident Strauß – arbeitet der in Moçambique operierenden südafrikanischen Terrororganisation MNR zu (Spiegel, 2.1.1984).

Wie schon 1967, als die Rassisten dem BND einen gefangenen sowjetischen Kundschafter Loginow zum Austausch für sechs in der Sowjetunion gefangene BND-Kundschafter zur Verfügung stellen, so stellten die Rassisten auch 1982 den gefangenen sowjetischen Kundschafter Koslow, der dann von Bonn gegen acht BND-Leute ausgetauscht wurde, zur Verfügung (RSA Presse-Report, 12.8.1982; S.A. Panorama, Juli 1982). Über ein Jahr konnten die rassistischen Streitkräfte mittels einer Adresse in 7094 Unterschneidheim und mit Annoncen in Söldnerzeitschriften (z.B. Eagle, April 1984) Mordwillige anwerben, obwohl derartige Anwerbungen hier verboten sind.

Unbefangen urteilende Personen müssen angesichts all dieser Aktivitäten zu der Erkenntnis kommen: Die Regierung der BRD unterstützt bewußt das rassistische Regime in Südafrika.

Zur Zeit arbeiten kirchliche Gruppen, Solidaritätsgruppen, Teile der Friedensbewegung für die Einführung gleicher Rechte für alle Menschen in Südafrika und für die Beendigung der bundesdeutschen Beteiligung am Kampf der Rassisten.

Was ist zu tun?

Informationen der hiesigen und internationalen Öffentlichkeit sowie Behinderungen, Blockierungen der verfassungswidrigen Lieferungen und Aktivitäten können und werden dazu beitragen, die blutigen Aktivitäten der Rassisten in Südafrika einzuschränken.

ANC und SWAPO, die einzigen Organisationen in Südafrika bzw. Namibia, die allen Menschen offen stehen, müssen als die wirksamsten Kräfte zur Überwindung des Apartheidsystems unterstützt werden. ●



Demonstrierende Studenten: „Das Volk soll regieren“

Marianne Kolter Neue Stufe des Widerstands

Generalstreik in Transvaal, gewaltsame Auseinandersetzungen in den schwarzen Wohnvierteln, den „townships“, Boykott von Schulen und Universitäten, das sind die Schlagzeilen, die bis Ende 1984 die Informationen über Südafrika bestimmten.

Wenn es nach dem Willen der Herrschenden Südafrikas gegangen wäre, wäre das Jahr 1984 durch die sogenannte Verfassungsreform, die den Indern und Farbigen in einem Dreikammernparlament eine scheinbare Mitregierung ermöglichen soll, und durch die außenpolitischen „Friedensaktivitäten“ des Apartheidstaates gegenüber seinen Nachbarstaaten geprägt worden (vgl. AIB 5/1984, S. 4ff.).

Der Plan des neuen Staatspräsidenten Pieter W. Botha ging jedoch nicht auf. Nicht die Regierungsinitiativen bestimmten das Bild Südafrikas in der Weltöffentlichkeit, sondern die Aktionen der schwarzen Bevölkerungsmehrheit gegen die Apartheid.

Seit Januar 1984 dauern die Studenten- und Schülerstreiks an. Anlässlich der „Wahlen“ für die Farbigen und Inder Ende August 1984 erreichten sie mit

800.000 Beteiligten ihren Höhepunkt. Die Jugendlichen fordern die Abschaffung der diskriminierenden Bantu-Erziehung, beteiligen sich aber auch an weitergehenden politischen Kampagnen, z.B. gegen die neue Verfassung oder für die Freilassung politischer Gefangener. Einer ihrer Forderungen mußte die Regierung bereits nachgeben. Die Einführung von schwarzen Schülerräten wurde Anfang Oktober 1984 zugesagt.¹

Gegen die Wahlfarce für Inder und Farbige mobilisierte die Vereinigte Demokratische Front (UDF) einen erfolgreichen Boykott. Lediglich 18% der Wahlberechtigten gingen an die Urnen (siehe AIB 10/1984, S. 25ff.). Botha erhielt auch hier nicht die angestrebte Legitimation seiner Politik, deren Kernstück die Leugnung des Selbstbestimmungsrechts der überwältigenden Bevölkerungsmehrheit des Landes ist.

Diese Entwicklungen vollzogen sich vor dem Hintergrund einer tiefen wirtschaftlichen Krise. Die Inflationsrate betrug 1984 mindestens 12,5%, der Wechselkurs des Rand sank von 0,85 auf 0,5 (September 1984) Dollar. Ein Vertreter der Barclays Bank stellte zur wirtschaft-

lichen Lage des Landes fest: „Die Lage hat sich erheblich verschlimmert. Unsere Konjunkturzahlen für September zählen zu den düstersten, die unsere Wirtschaft je erleben mußte.“²

Diese wirtschaftliche Krise trifft die Schwarzen am härtesten: steigende Arbeitslosigkeit – für sie lag sie 1984 bei mehr als 20% –, sinkende Reallöhne und überdurchschnittliche Verteuerung der lebensnotwendigen Güter wie Nahrungsmittel und Energie.

In dieser Situation mußte die Ankündigung der Erhöhung der Mieten und kommunalen Dienstleistungen in den „townships“ zum 1.9.1984 durch die schwarzen Stadträte wie der sprichwörtliche Tropfen, der das Faß zum Überlaufen bringt, wirken.

Diese schwarzen Stadträte sind Ende 1983 gewählt worden, in einigen Orten mit Wahlbeteiligungen unter 10%. Ihre Einrichtung im Rahmen der neuen Verfassung sollte den Anschein von Selbstverwaltung auch für die afrikanische Bevölkerungsgruppe erwecken. Dabei besteht ihre vornehmste Aufgabe darin, sich selbst zu finanzieren – aus den Geldbeuteln der meist ohnehin am Rande des Existenzminimums lebenden „township“-Bewohner.

So nimmt es nicht Wunder, daß sich der Widerstand in den „townships“ zunächst gegen diese „Vorposten der Apartheid“ richtete; öffentliche Einrichtungen der sog. Bantuselbstverwaltung, Geschäfte, Tankstellen und Trinkhallen schwarzer Stadträte wurden zerstört.

Die Stadträte selbst ließen sich von ihren weißen Herren schützen, nachdem einige von ihnen von aufgebrachten Schwarzen getötet worden waren. Ihnen wurde Korruption und Wirtschaften in die eigenen Taschen vorgeworfen.

Das Faß zum Überlaufen gebracht

In nahezu allen „townships“ rund um Johannesburg und Pretoria, aber auch in der Kapprovinz kam es zu derartigen Angriffen auf öffentliche Einrichtungen, sowie zu Protestversammlungen und -demonstrationen. Unterstützt wurden diese Aktionen in den schwarzen Wohnvierteln durch Schul- und Universitätsboykotte, Aktionen des Umkhonto we Sizwe (Speer der Nation) dem bewaffneten Flügel des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) und in einigen Orten durch eintägiges „Wegbleiben“ vom Arbeitsplatz.

Das Regime in Pretoria reagierte auf diese Protestwelle mit den „bewährten“ Mitteln: Verhaftungen, Bannungen von politischen Veranstaltungen – darin eingeschlossen waren die Beerdigungen der von der Polizei Ermordeten –, sowie dem Einsatz von Tränengas, Schrot und

Hartgummigeschossen gegen Demonstrierende.³

In der Nacht zum 23.10.1984 wurde erstmals massiv Militär in den „townships“ eingesetzt. 7.000 Mann der Armee und Polizei umstellten die Ghettos Sebokeng, Sharpeville und Boipatong, durchsuchten in wenigen Stunden mehr als 15.000 Häuser und überprüften ca. 226.000 Menschen,⁴ angeblich auf der Suche nach „kriminellen und revolutionären Elementen“, so der Minister für Recht und Ordnung, Louis LeGrange.⁵ Die UDF erklärte, der Einsatz des Militärs komme einer „Kriegserklärung an das Volk von Südafrika“ gleich.⁶

Auch der Weltsicherheitsrat verurteilte am 23.10.1984 Südafrika wegen des Vorgehens der Sicherheitskräfte. Bei der Abstimmung enthielten sich – bezeichnenderweise – nur die USA.⁷

„Der größte politische Streik“

Die Razzien in den „townships“ und die wachsende Brutalität der Polizei waren der Auslöser für den Generalstreik in der Provinz Transvaal vom 5./6.11.1984. Von Februar bis Ende Oktober waren immerhin mehr als 130 Menschen in den Auseinandersetzungen getötet, Hunderte verletzt⁸ und mehr als 3.000 verhaftet⁹ worden, darunter zahlreiche Führer des Widerstandes, vor allem der UDF.

Der Generalstreik, mit dem es gelang, das industrielle Zentrum des Landes nahezu lahmzulegen, war von einem breiten Bündnis aus Gewerkschaften, Studenten- und Schülerorganisationen und anderen Widerstandsgruppen ausgerufen worden. Es war der „größte politische Streik von Schwarzen in der Geschichte des Landes“.¹⁰ Selbst offizielle Stellen mußten zugeben, daß sich nahezu zwei Drittel, in einigen Orten mehr als 90% der Arbeiter an dem Streik beteiligt hatten.

Die Streikenden forderten den Abzug der Sicherheitskräfte aus den „townships“, den Rücktritt der schwarzen Stadträte, Freilassung aller politischen Gefangenen, die Verringerung der erhöhten Mieten, der Preise für Dienstleistungen und der ungerechten Steuern.¹¹

Der Präsident des Streikkomitees Thami Mali erklärte zum Ausgang des Ausstandes: „Wir haben der Regierung bewiesen, daß wir über Macht verfügen und, daß wir sie einsetzen können wie wir es wünschen. Keine Einschüchterung durch den Staat kann das Volk auf seinem Weg zur Befreiung aufhalten.“¹²

T. Mali hob außerdem die Beteiligung der beiden Gewerkschaftsföderationen Gewerkschaftsrat Südafrikas (CUSA) und Föderation südafrikanischer Gewerkschaften (FOSATU) hervor, die über 300.000 Mitglieder verfügen. Es war

das erste Mal, daß sich diese beiden Organisationen an einem politischen Streik beteiligten.

Alfred Nzo, Generalsekretär des ANC betonte in einer Stellungnahme den politischen Charakter des Streiks und die Einheitlichkeit des Handelns der unterschiedlichen Gruppen des Widerstandes. Die Regierung Botha hatte auch dem Generalstreik nichts anderes entgegensetzen als neuerliche Verhaftungen, bewaffnete Überfälle auf Demonstranten (während des Streiks kamen 22 Menschen ums Leben) und Durchsuchungen der Büros wichtiger gewerkschaftlicher und politischer Organisationen.

Daß diese Einschüchterungspolitik der Regierung den Widerstand zerstören kann, ist mehr als fraglich.

Der erfolgreiche Boykott der Wahlfarce vom August 1984, die Lahmlegung der schwarzen Stadträte, der Generalstreik und der gemeinsame Kampf von Gewerkschaften, Schüler- und Studentenorganisationen, Frauen-, kirchlichen und politischen Verbänden hat die Widerstandsbewegung sowohl politisch als auch organisatorisch gestärkt.

Die nichtrassistischen Gewerkschaften konnten ihre Mitgliederzahlen weiter erhöhen. Die bevorstehende Bildung eines gewerkschaftlichen Dachverbandes wird ein wichtiges Element bei der Vereinheitlichung des Widerstandes gegen das Apartheidregime sein. Die Vereinheitlichung des Widerstandes drückt sich auch im Anwachsen der UDF auf mittlerweile 700 Organisationen aus. Wegen ihrer führenden Rolle bei den Massenaktionen ist sie zur Hauptzielscheibe der Angriffe des Regimes geworden. Die meisten ihrer Führer sind verhaftet, und der Minister für Recht und Ordnung LeGrange versucht sie zu isolieren, indem er ihre Ziele mit denen des ANC und der Südafrikanischen Kommunistischen Partei (SACP) gleichsetzt.

Daß die UDF bisher noch nicht verboten wurde, hängt u.a. mit ihrem wachsenden Einfluß sowie mit der internationalen Anerkennung, die sie auch durch den Friedensnobelpreis für einen ihrer Schirmherren, Bischof Tutu, genießt, zusammen.

Anmerkungen:

- 1) Siehe: Süddeutsche Zeitung (SZ), München, 11.10.1984
- 2) Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5.11.1984
- 3) Vgl. SZ, 5.11.1984
- 4) Angaben nach: International Herald Tribune (IHT), Paris/Zürich, 24.10.1984
- 5) Ebenda
- 6) Frankfurter Rundschau, 9.10.1984
- 7) Siehe: Le Monde, Paris, 25.10.1984
- 8) Angaben nach: Guardian, London, 30.10.1984
- 9) Angaben nach: Tageszeitung, 20.11.1984
- 10) IHT, 13.11.1984
- 11) Vgl. Guardian, 5.11.1984
- 12) IHT, 8.11.1984

René Lechleiter

„Die stärkste Waffe ist das Volk“



Sandinistische Wahlsieger: D. Ortega (r.) und S. Ramirez; Menschenschlange vor einem Wahllokal (Fotos: R. Lechleiter)

„Wir bieten hier nichts Spektakuläres. Unser Hauptziel ist es, den revolutionären Prozeß fortzusetzen, ihn zu konsolidieren. Wir wollen allen Schichten die Möglichkeit geben, sich daran zu beteiligen und letztendlich die Vorherrschaft der arbeitenden Massen sichern.“

Der dies in einem Gespräch, kurz vor dem 4. November 1984 sagt, ist der Vorsitzende des Staatsrates und Revolutionskommandant, Carlos Nuñez. „Wir wollen beweisen, daß diese Revolution auf eine legitime Mehrheit innerhalb des nikaraguanischen Volkes bauen kann. Diese Wahlen sind ein revolutionäres Plebiszit gegen alles, was mit dem Wort Somoza verbunden ist und insbesondere gegen den nordamerikanischen Imperialismus.“

Ein einwandfreier Wahlprozeß

Dieser Beweis ist tatsächlich und in überzeugender Weise gelungen.

Von den über 400 zum Wahltag in Nicaragua anwesenden ausländischen Beobachtern ließ sich nur gerade einer dazu hinreißen, dem Urnengang die Legitimität abzuspochen, weil angeblich „die Pressefreiheit“ nicht gewährleistet gewesen sei. Dabei konnte sich gerade in den letzten Wochen vor den Wahlen das Sprachrohr der Rechtsopposition, „La Prensa“, Verdrehungen und Unterschlagungen erlauben, welche die Toleranzgrenze mehr als strapazierten.

Von überall her waren sie gekommen, aus Westeuropa, den USA und Kanada; Parlamentarier, Vertreter von Parteien, Kulturschaffende, Universitätsprofessoren, Intellektuelle. Und sie stellten, jeder mit seinen Worten und Schwerpunkten, übereinstimmend fest: Dieser Wahlprozeß war in politischem und technischem Sinne einwandfrei, ja in geradezu vorbildlicher Weise durchgeführt worden.

Das allgemeine, freie und geheime Wahlrecht war gewährleistet, auch kleinere Parteien hatten umfassende Möglichkeiten zur politischen Propaganda.

Diese Feststellungen sind insofern wichtig, weil in den USA diese Wahlen von vornherein als „Farce“, als unrechtmäßig und undemokratisch abgestempelt wurden, und ein Teil der großen Massenmedien diese Behauptung übernahmen.

Nora Astorga, Vize-Außenministerin, von den USA wegen ihrer Guerilla-Vergangenheit als Botschafterin in Washington abgelehnt, meinte dazu lakonisch: „Die einzigen Wahlen, welche die USA als 'sauber' akzeptieren würden, wären solche, die mit einer Niederlage der FSLN enden würden.“

Rückblickend kann man sagen, daß die Wahlen in Nicaragua einen weiteren Markstein im revolutionären Prozeß darstellen.

Die beiden Hauptziele sind erreicht worden: Konsolidierung nach innen und juristisch/politische Absicherung nach

außen. Dem wiedergewählten US-amerikanischen Präsidenten Reagan steht in Nicaragua eine vollauf legitimierte Regierung gegenüber. Und das ist angesichts der Interventionsgelüste äußerst wichtig. Einen ersten Beweis für die innenpolitische Konsolidierung der Revolution hatte die massive Einschreibung in die Wählerregister gebracht. Ein Schlag, der mit allen Boykottaufrufen nicht mehr wettgemacht werden konnte. Dann konnten Notstandsmaßnahmen aufgehoben und die Zensur weitgehend gelockert werden (außer in Militär- und Sicherheitsfragen).

Schließlich kam ein umfassender Diskussions- und politischer Definierungsprozeß in Gang, der nicht nur die Massen, sondern auch die Parteien selbst erfaßte. Selbst die regierende FSLN hatte ihre Vorstellungen in einer 23 Punkte umfassenden Wahlplattform genauer umschrieben (siehe AIB 10/1984, S. 10f.) und die Strukturen der Organisation, die im Befreiungskampf herangewachsen waren, parteimäßigeren Formen angepaßt.

Am Wahltag kam dann die quantitative Bestätigung: 75% Wahlbeteiligung, 2/3 wählten die FSLN, 1/3 die Oppositionsparteien. Die traditionelle Rechte, die sich beteiligte (Demokratisch-Konservative und Unabhängig-Liberale), stellt mit 24% eine nennenswerte Kraft dar. Auf die links von der Mitte stehende Christlich-Soziale Volkspartei entfiel über 5%. Die drei Linksparteien hatten einen

schweren Stand, operierten mit Grundsatzeinstellungen, die schwer auf die konkrete Realität des Landes anwendbar waren und erreichten zusammen knappe 4% der Stimmen.

Es würde einer eurozentristischen Betrachtungsweise entsprechen, wenn man die Wahlen vom 4. November auf das Einwerfen des Stimmzettels reduzieren würde.

Nach einem halben Jahrhundert, in dem es nur frisierte oder gar keine Wahlen gab, die Regierungsgewalt von Partei zu Partei oder Familie zu Familie vererbt wurde, bedeutet dieser erste wirklich freie Wahlgang in sich schon eine demokratische Errungenschaft.

Dies ist jedoch nur ein Teil eines viel umfassenderen Prozesses. Daniel Ortega sagte auf einer Kundgebung vor Arbeiterinnen und Arbeitern der Carratera Norte in Managua: „Es wäre für uns viel einfacher gewesen, sofort nach dem Sieg der Revolution Wahlen durchzuführen. Aber wir erachteten es als viel demokratischer und gerechter, daß unser Volk zuerst schreiben und lesen lernt, und daß das Volk zuerst seine Massenorganisationen aufbauen kann, bevor wir hier Wahlen abhalten.“

Mit dem angeeigneten Wissen und durch die Organisierung kamen in allen Bereichen des öffentlichen Lebens Bewußtseinsprozesse in Gang, die dann wieder auf die Wahlkampagne zurückwirkten. Die Menschen wollen mitreden und bestimmen, wie es weitergeht in den Stadtteilen, am Arbeitsplatz, mit der Gesellschaft.

Anschauungsunterricht, was da für ein Neubeginn, eine wahre Aufbruchstimmung herrscht, bekommt man in Nicaragua auf Schritt und Tritt zu sehen.

Es sind diese Emanzipationsprozesse, welche die wütende Reaktion der früheren Herrschaftskreise und speziell der Administration in Washington hervorgerufen. Dem US-Imperialismus fällt ein Zacken aus der Krone, wenn eines seiner

bisherigen Schäfchen den Weg der nationalen Unabhängigkeit und Selbstbestimmung beschreitet.

Es waren denn auch die Rechtsparteien der Demokratischen Koordination (CDN), die durch ihr durch nichts zu begründendes Abseitsstehen, undemokratisch handelten und ihren Anhängern keine Möglichkeit gaben, sie zu wählen. Den undemokratischsten Eingriff überhaupt leisten sich die USA durch Ausrüstung und Finanzierung der konterrevolutionären Söldnerbanden. Nachdem diese schon während der Tage der Einschreibung in die Wahlregister acht Bauern umgebracht hatten, sind in der Zeit unmittelbar vor dem 4. November ein Wahlschutzpolizist sowie zwei Verantwortliche von Urnenlokalen brutal ermordet worden.

Krieg auf allen Ebenen

Diese Vorgehensweise entspricht exakt den Leitlinien, wie sie in dem vom CIA ausgearbeiteten Handbuch für „Psychologische Operationen im Guerillakrieg“ vorgegeben werden.

Demnach sollen Funktionäre des Staates gezielt „neutralisiert“ (im Klartext: umgebracht) werden, sollen „Märtyrer“ geschaffen werden, die für die Propaganda gegen die Regierung genutzt werden sollen. Außerdem will man die Unzufriedenheit unter dem Lumpenproletariat schüren, um antisandinistische Demonstrationen inszenieren zu können.

Dieser „nicht erklärte Krieg“ gegen Nicaragua hat nach Angaben von Innenminister Tomas Borge – einmal abgesehen von den riesigen materiellen Schäden – bis zum Oktober 1984 7.300 Menschenopfer (Tote, Verwundete, Verschleppte) gekostet. Das sind, auf die Einwohnerzahl bezogen, prozentual mehr Tote, als die USA im Vietnamkrieg zu verzeichnen hatten.

Besondere Abscheu erregte der Überfall

auf die landwirtschaftliche Genossenschaft „Jaime Meza“ bei San Gregorio. Ein 60-mm-Mörsergeschöß explodierte am Frühstückstisch einer Gruppe von Kindern. Sechs wurden zerfetzt und drei weitere gräßlich verletzt.

Die mörderischen Umtriebe der „Contras“ sind nach wie vor nur eine der Achsen des Aggressionskrieges der USA gegen Nicaragua. Dieser wird gleichzeitig auf weiteren Ebenen geführt:

- wirtschaftlich: Verweigerung jeglicher Wirtschaftshilfe, Austrocknen der Kreditzuflüsse, Boykott der Ersatzteillieferungen,
- diplomatisch: Hintertreibung der Contadora-Friedensverhandlungen, Druck auf die Regierung in Westeuropa,
- publizistisch: Verbreitung eines falschen Nicaragua-Bildes: ein Land das aufrüste und eine Bedrohung darstelle, das dem Totalitarismus anheim falle usw.,
- psychologisch: permanente Drohung mit Bombardierungen und der sichtbaren Militärpräsenz der USA,
- militärisch: Verminung, Spionageflüge, Kriegsschiffe vor den Küsten, Flottenmanöver im Golf von Fonseca und in der Karibik, Mobilisierung der Luftlandtruppen, Ausbau der Truppenpräsenz und Aufrüstung in Honduras.

Eskalation nach der Wahl

Die US-Intervention erreichte kurz nach den Wahlen ihren bisherigen Höhepunkt. Am 6. November 1984, dem Tag des Wahlsiegs Präsident Reagans, machte die US-Administration ein sowjetisches Schiff aus, das angeblich mit MiG-Flugzeugen beladen den nikaraguanischen Hafen Corinto ansteuerte.

Dies nahm Washington zum Anlaß, Nicaragua mit militärischen Maßnahmen zu drohen, wenn es Kampfflugzeuge einführen sollte. Ungeachtet der Dementis aus Managua setzte die Reagan-Administration Truppen in Panama und den USA in Alarmbereitschaft. Sie ordnete ein Marinemanöver in der Karibik (an ihm beteiligte sich u.a. die Bundesmarine; d. Red.) an, und SR-71 Spionageflugzeuge überflogen mehrmals nikaraguanisches Territorium.

Nicaragua behält sich trotzdem weiterhin das Recht vor, alle notwendigen Waffen für seine Verteidigung zu beschaffen. Doch sind es nicht diese Waffen, die Washington so sehr fürchtet. „In Tat und Wahrheit“, so der gewählte Präsident Daniel Ortega, „fürchtet Reagan unsere stärkste Kampfzunge, die wir haben, und das ist unser Volk.“

Auf die Anzeichen einer US-Invasion reagierten denn auch die Revolutionskommandanten. 22.000 Helfer für die wichtige Kaffeernternte hielten sie für die

Ergebnisse der Wahlen vom 4. 11. 1984

| | | |
|--|--|---------------------------|
| Eingeschriebene Wähler: | 1.551.579 | |
| Abgegebene Stimmen bei der Wahl des Präsidenten: | 1.170.142 | |
| Wahlbeteiligung: | 75,4 % | |
| Ungültige und leere Stimmzettel: | 71.205 | |
| Parteien | Wählerstimmen (Präsidentschaft) | Sitze im Parlament |
| Sandinistische Front der Nationalen Befreiung (FSLN) | 735.967 (67,0%) | 61 |
| Demokratische Konservative Partei Nicaraguas (PCDN) | 154.327 (14,0%) | 14 |
| Unabhängige Liberale Partei (PLI) | 105.560 (9,6%) | 9 |
| Christlich-Soziale Volkspartei (PPSC) | 61.199 (5,6%) | 6 |
| Kommunistische Partei Nicaraguas (PCN) | 16.034 (1,5%) | 2 |
| Sozialistische Partei Nicaraguas (PSN) | 14.494 (1,3%) | 2 |
| Bewegung der Volksaktion-ML (MAP-ML) | 11.352 (1,0%) | 2 |
| | 1.098.933 (100%) | 96 |



Mobilisierung in Managua: Panzer fahren auf, Schützengräben werden ausgehoben

Verteidigung Managuas zurück. „Wir ziehen es eher vor“, erklärte Landwirtschaftsminister Jaime Wheelock, „daß der Kaffee fällt als unsere Hauptstadt.“ Wenig später wurde der allgemeine Alarmzustand ausgerufen. Auf dem Weg über die Sandinistischen Komitees zur Verteidigung der Revolution (CDS) wurden in den Wohnquartieren Zivilschutzmaßnahmen und die Bewaffnung des Volkes organisiert.

Eine wirksame militärische Reaktion auf einen Totalangriff ist mit ein paar veralteten Düsenflugzeugen, den 100 T-54-Panzern und den wenigen Küstenwachbooten ein Ding der Unmöglichkeit. Ziel ist es denn auch vielmehr, dem Feind klarzumachen, daß ihn hier kein Spaziergang erwartet, sondern ein sehr hoher Eintrittspreis zu entrichten wäre.

Es gibt viele denkbare Szenarien wie die USA weiterhin vorgehen werden. Sie reichen von der wirtschaftlichen Destabilisierung über Spekulationen hinsichtlich

einer (wenn auch nur sehr theoretisch denkbaren) Spaltung innerhalb der FSLN bis hin zu einem (durch Selbstgriffe ausgelöst) „Grenzkonflikt“ mit Honduras, das dann Hilfe beim großen Bruder anfordern würde. Auch politisch und diplomatisch werden die Abwürgungsversuche intensiviert.

So gesehen stehen Nicaragua schwierige Monate bevor.

Der Ausfall der Erntehelfer kann auch durch zusätzliche Mobilisierungsanstrengungen nicht voll wettgemacht werden. Die „Contra“ versucht jetzt, das Einbringen der Ernte zu verhindern. Die Deviseneinnahmen werden dadurch noch knapper, viele für die Versorgung und Produktion wichtigen Güter können nicht mehr eingeführt werden.

Dieser düsteren Perspektive stehen die ungeheure Willensanstrengung der Nicaraguaner und die Vorteile einer allmählich etwas diversifizierten Wirtschaft gegenüber. Einigend und stärkend wirkt das Bewußtsein, nur ja nicht zu den

Zuständen vor dem Sommer 1979 zurückzukehren.

Wirtschaftlich bieten die Beziehungen zu Westeuropa, zu den sozialistischen Ländern und zu anderen Ländern der Dritten Welt gewisse Perspektiven. Auf politischer Ebene ist Nicaragua eher in der Offensive. Die Bereitschaft zur Unterzeichnung der revidierten Contadora-Friedensakte, die Wahlen und die Gespräche mit den USA in Manzanillo sind Zeichen der Stärke.

Innenpolitisch sind, zumal durch das Zustandekommen eines „nationalen Dialogs“ (siehe Kasten), die Weichen eher auf Kompromißbereitschaft als auf Konfrontation gestellt.

Nicaragua allein kann dem übermächtigen Druck nicht widerstehen.

Immer wieder wird einem in Nicaragua die Frage gestellt, wie es denn in Westeuropa mit der Unterstützung aussehe. Jedes Anzeichen von Solidarität und sei es auch noch so unscheinbar, wird mit großer Begeisterung registriert. Zwar laufen in allen Ländern Kampagnen und Hilfsprojekte. Zwar fahren Brigadisten zum Arbeitseinsatz nach Nicaragua. Aber die notwendige und mögliche Breite hat die Solidaritätsbewegung noch nicht erreicht. Vor allem die Regierungen haben bis jetzt schweigend zugeesehen.

Es wird sehr wesentlich von der Bewegung in Westeuropa abhängen, ob dem US-Imperialismus in den Arm gefallen und dem ausgebluteten Nicaragua das wirtschaftliche Überleben gesichert werden kann. Beides ist entscheidend für den Frieden in der Region und letztlich für die Emanzipationsbestrebungen der Völker!

Gespräch mit Sergio Ramirez

„Wir wollen einen nationalen Konsens“

Kurz nach den Wahlen vom 4.11.1984 sprach René Lechleiter mit dem neuen Vizepräsidenten Sergio Ramirez über die zukünftige Entwicklung der demokratischen Institutionen Nicaraguas.

AIB: Wie geht es nach dem 4. November weiter?

S. RAMIREZ: Wir sahen schon vor einiger Zeit, daß es Gruppen gibt, die den Wahlsieg der FSLN zum Anlaß nehmen zu behaupten, wir würden die massive Unterstützung des Volkes ausnützen, um den politischen Spielraum wieder einzuengen.

Uns geht es jedoch genau um das Gegenteil. Die Wahlen waren sozusagen die Eingangstür zu einer demokratischen Gesellschaftsordnung, in der periodisch wieder gewählt werden kann.

Wir richten hier ein Parlaments- und Präsidialsystem ein, unter Beteiligung der verschiedenen Parteien in der Verfassungsgebenden Versammlung. Das erweitert den

politischen Spielraum. Wir öffnen die Tür für eine Periode der Stabilität und der Demokratie, in der sich dieser Spielraum immer besser bewähren kann.

AIB: Kurz vor den Wahlen war ein „nationaler Dialog“ eröffnet worden, der auch nachher fortgesetzt wurde. Was ist damit beabsichtigt?

S. RAMIREZ: Der legitimste nationale Dialog war für uns der Wahlprozeß. Aber unter den besonderen Umständen, unter denen diese Wahlen stattfanden, war parallel dazu ein „nationaler Dialog“ eröffnet worden.

Dieser geht nicht auf eine Initiative der FSLN, sondern der anderen Parteien, die an den Wahlen teilnahmen, zurück. Es geht darum, möglichst alle politischen, sozialen, gewerkschaftlichen, kulturellen und religiösen Organisationen mit einzubeziehen.

Im Moment ist noch nicht abzusehen, wohin dieser Dialog führt. Die nächste wichtige Etappe, die bevorsteht, ist der Beginn der

Arbeiten der Verfassungsgebenden Versammlung am 10. Januar 1985. Ihr obliegt es, alle Prinzipien der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Organisation der Republik Nicaragua auszuarbeiten und zu verankern.

Die neue Verfassung sollte, ganz unabhängig von den Mehrheitsverhältnissen im Parlament, möglichst auf einem nationalen Konsens beruhen. Die FSLN würde niemals eine Verfassung durchdrücken wollen, die einem Konsens zuwiderläuft. Wir wollen den Pluralismus beibehalten.

Was also sollen die sozialen, politischen und wirtschaftlichen Kräfte, die nicht direkt in der Verfassungsgebenden Versammlung vertreten sind, tun? Es werden ja weiterhin Unternehmerverbände, Standesorganisationen, religiöse Vereinigungen usw. existieren. Sie alle können über den Dialog die Arbeit des Parlaments ergänzen und wichtige Beiträge einbringen.

Interview mit Fidel Castro

„Keine Möglichkeit Nikaragua zu helfen“



Das folgende Interview, das der schwedische Fernsehjournalist Peter Torbjörnsson mit Kubas Präsident Fidel Castro führte, wurde nach den Wahlen in Nicaragua von der kubanischen Regierung für die Öffentlichkeit freigegeben. Es befaßt sich mit den Konsequenzen einer US-Invasion gegen Nicaragua und mit der Frage, inwieweit Kuba und das sozialistische Lager Nicaragua in diesem Fall zu unterstützen vermöchten. René Lechleiter hat für das AIB Teile aus dem dreistündigen Gespräch zusammengestellt und bearbeitet.

FRAGE: Könnte Nicaragua im Falle einer Aggression und einer Blockade durch die USA militärische und wirtschaftliche Unterstützung erwarten?

F. CASTRO: Die Verteidigung eines Landes ist in erster Linie seine eigene Aufgabe. Bei einer Intervention der USA müßte man von einer totalen Blockade und der Unmöglichkeit ausgehen, diesem Land direkte Hilfe zukommen zu lassen. Unter diesen Bedingungen hätten wir nicht die Möglichkeit, Nicaragua zu helfen.

Wir verfügen gar nicht über Streitkräfte, die offensive Operationen ausführen können. Wir sind auf rein defensive Aufgaben in einem beschränkten Aktionsradius vorbereitet, um bei einem Angriff Widerstand leisten zu können und dem Feind einen möglichst hohen, unbezahlbaren Eintrittspreis abzuverlangen. Dasselbe gilt für alle sozialistischen Länder, die keine schnellen Eingreiftruppen, keine Panzerkreuzer und keine Flugzeugträger entwickelt haben, sondern lediglich die Mittel, um einen Angriff wirksam beantworten zu können. Im Gegensatz dazu besitzen die USA Streitkräfte mit offensivem Charakter. Sie haben Militärstützpunkte in jedem Winkel der Erde, verfügen über Flugzeugträger und Bombenflugzeuge. Kurz, der Imperialismus entwickelte Kräfte der Aggression und Intervention.

Die Predigten der USA, die sozialistischen Länder wollten sich der Weltherrschaft bemächtigen, sind eine komplette Lüge, eine Erfindung und ein Betrug an der ganzen Welt. Selbst bei einer Invasion in unserem Land würden die sozialistischen Länder nicht über ausreichende Mittel verfügen, dies gilt erst recht bei der Distanz eines Landes wie Nicaragua. Da lüfte ich keinerlei Geheimnis.

Wenn die USA ihre Panzerkreuzer auffahren und ihre Flugzeugträger um Nicaragua herum stationieren, ist jegliche

militärische Hilfe unmöglich. Das wissen die Nicaraguaner und wissen die USA, auch die Welt muß es wissen. Das war genauso auch im Falle von Grenada.

FRAGE: Aber liegt nicht gerade da ein Anreiz zur Invasion?

F. CASTRO: Die USA sind sich ihrer militärischen Stärke bewußt und wissen auch, auf welche Stärke Kuba, Nicaragua und andere Länder zählen können. Weil die Sowjetunion eine so große Verteidigungskapazität entwickelt hat, konnten Interventionsgelüste gezügelt werden. Weil Nicaragua ein kleines und schwaches Land ist, könnten die USA relativ ungestraft eine militärische Aggression entfesseln.

Einen hohen Preis abverlangen

Den Preis dafür müßten sie aber nachher bezahlen, wenn sie sich einem Volkskrieg gegenübersehen. Das haben wir auch in Vietnam gesehen.

Sie könnten zwar in einer Blitzaktion einige Punkte und Städte besetzen, aber nicht das Volk liquidieren und so auch nicht den Volkswiderstand verhindern. In einen Volkskrieg verwickelt, müßten sie die Konsequenzen ihres Irrtums einsehen und bekämen die Niederlage zu spüren.

FRAGE: Ist das nicht bitter, Nicaragua angegriffen zu sehen und nichts tun zu können?

F. CASTRO: Doch, das ist sehr bitter, doch sollen wir stattdessen die USA angreifen? Tatsache ist, daß alle fortschrittlichen Länder für Nicaragua getan haben, was für sie möglich war und wir werden das auch weiterhin tun, soweit das unseren wirtschaftlichen Möglichkeiten entspricht.

Ähnlich wie in Grenada würde eine US-Invasion in Nicaragua den revolutionären Geist unseres Volkes vervielfältigen.

Nach Grenada sind wir und auch die Nicaraguaner viel stärker geworden. Bei jedem Verbrechen, das der Imperialismus gegen ein lateinamerikanisches Volk begeht, wird er die Antwort von ebendiesen Lateinamerikanern erhalten, die aus ihrem Haß gegen den Imperialismus ihre Kampfanstrengungen vervielfältigen werden. Dadurch wird der Unabhängigkeitsprozeß beschleunigt.

Eine Invasion könnte also keine unmittelbare Antwort nach sich ziehen, aber ohne Zweifel eine historische. Man darf die Dinge nicht nur in militärischen Kategorien sehen, sondern man muß sie in erster Linie unter politischen und revolutionären Aspekten betrachten.

Wenn wir Revolutionäre auch nicht die Mittel für eine sofortige militärische Antwort haben, so verfügen wir doch über die Möglichkeit, einer Invasion auf unbestimmte Zeit zu widerstehen.

Wir würden den Imperialisten einen hohen Preis abverlangen, in Form von Menschenleben und darüber hinaus durch das Vorantreiben der Revolution in der Hemisphäre. Schon die Tatsache, daß man sich vor dem Imperialismus nicht mehr fürchtet, der Beweis, daß man gegen die Armee der USA kämpfen kann, die Erkenntnis, daß das gar keine Supermänner und sie sogar besiegt sind — das wird den Kampfgeist und die Kampfbereitschaft der Völker Lateinamerikas und der Welt erhöhen.

Wir wünschten nicht, daß die USA eine Aktion dieses Typs starten, obwohl ich sagen kann, daß dies der Beginn des Niedergangs des Imperialismus bedeuten würde und gleichzeitig den Haß aller hervorriefe, ebenso wie eine Vervielfältigung der Anstrengungen aller fortschrittlichen und sozialistischen Länder.

Wir sind der Meinung, daß sich die Probleme der Welt nicht durch Kriege oder gar durch kollektiven Selbstmord lösen lassen. Wer ein Gewissen hat und bestimmte Werte hochhält, der kann nicht apokalyptisch denken, die Welt werde untergehen müssen. Im Gegenteil, der Kampf muß geführt werden um das zu verhindern; ohne Angst vor dem Tod und vor überhaupt nichts.

Alfonso Gonzales

Die Schwelle zur Demokratie



Colorado-Anhänger feiern ihren Sieg

In der Nacht vom 25. zum 26. November 1984 wurde der „18 de Julio“, die Hauptstraße Montevideos zu einem Menschen- und Flaggenmeer. Die roten Fahnen mit der gelben Sonne der siegreichen Colorados (die Roten) zusammen mit den blau-weißen der Blancos (die Weißen) und den rot-blau-weißen der Frente Amplio (Breite Front). Die Uruguayer feierten das Ende der Militärdiktatur.

Die demokratischen Sektoren der Colorados und der Blancos, zusammen mit der Frente Amplio (FA) hatten fast 90% der Stimmen auf sich vereinigt. Die Kollaborateure mit der Diktatur innerhalb der Coloradopartei mit ihrem Präsidentschaftskandidaten Jorge Pacheco, dem Favoriten der Generäle, kamen nur auf 9%, und der Rechtskandidat der Blancos Carlos Paysée auf wenig mehr als 1%.

Das ganze Volk hatte also Grund zum Feiern, die Colorados des Präsidentschaftskandidaten Julio María Sanguinetti natürlich einen doppelten, da sie sowohl im Lande als auch in der Hauptstadt Montevideo – mit nur 2% Vorsprung vor der FA – eine relative Mehrheit errangen.

Auf die rechtsliberalen Colorados entfielen 41% der Stimmen und damit 13

von 31 Senatssitzen und 41 von 99 Sitzen im Parlament. Für die links von der Mitte stehenden Blancos wurden 35% der Stimmen abgegeben (12 Senatsmitglieder und 35 Abgeordnete). Auf die linke FA entfielen 21,5% der Stimmen (6 Senatoren und 21 Abgeordnete). Die rechte Abspaltung der Christdemokraten, die Bürgerunion, mußte sich mit 2,5% und 2 Parlamentssitzen begnügen. Da die Wähler gezwungen waren bei allen Wahlgängen dieselbe Partei zu wählen,

Wahlsieger J. Sanguinetti



waren die Stimmenergebnisse sowohl für die Präsidentschaft als auch für die Parlaments-, Senats- und Bürgermeisterwahlen identisch. Auf der Wahlliste einer Partei hatte der Bürger die Auswahl zwischen mehreren Gruppierungen.

Innerhalb der FA gab es 5 verschiedene Listen mit gemeinsamen Kandidaten für die Präsidentschaft und den Provinzvorsitz. Bei den Blancos und Colorados kandidierten sogar verschiedene Präsidentschaftskandidaten. Die Stimmen der unterlegenen Kandidaten wurden dem meistgewählten der Partei zugeschlagen. Lediglich die Parlaments-, Senats- und Stadtratssitze wurden proportionell aufgeteilt.

So kam es, daß der Kandidat der FA für das Oberbürgermeisteramt von Montevideo Mariano Arana mehr Stimmen erhielt als der Colorado-Kandidat Aquiles Lanza, letzterer aber trotzdem siegte, weil ihm die Stimmen der faschistischen Liste innerhalb der Partei zugeschlagen wurden.

Jedoch ergab sich eine Verzerrung des Wahlergebnisses, vor allem zu Ungunsten der FA, nicht nur durch das Wahlsystem. In Uruguay standen die Wahlen im Schatten der, im Rückzug befindlichen, aber immer noch regierenden Militärdiktatur. Der von der Nationalen Partei (oder Blancos) erkorene Präsidentschaftskandidat Wilson Ferreira Aldunate war nach seiner Rückkehr aus dem Exil verhaftet worden und ist noch immer im Gefängnis. Hätte er anstelle des weniger bekannten Redakteurs der Wochenschrift „Democracia“ der Partei, Alberto Zumarán, kandidiert, so wäre möglicherweise er, zum Präsidenten gewählt worden.

Auch der General Liber Seregni, der Präsident der FA, der fast 10 Jahre im Gefängnis saß und seiner Standhaftigkeit wegen zu einem wahren Symbol des Widerstandes und der Selbstbefreiung der Uruguayer geworden war, blieb „proscripto“, d.h. von der Wahl ausgeschlossen. An seiner Stelle kandidierte als Präsident Dr. Juan José Crottogini, der in der Zeit der Illegalität der FA vorgestanden hatte, und als Vizepräsident der ehemalige Präsident der Einheitsgewerkschaft CNT, José D'Elía.

Obwohl im Juli 1984 die FA legalisiert worden war, blieben 7 der ihr angehörenden Organisatoren, darunter die Kom-

munistische Partei (PCU) weiterhin verboten. Das wäre nicht weiter von Bedeutung gewesen, denn um sich politisch zu betätigen, fragt niemand mehr um Erlaubnis. Jedoch blieben alle 5.770 ehemaligen Kandidaten dieser Organisationen, von denen viele besonders in der Arbeiterklasse und auch in Kreisen der Kunst und Wissenschaft einen Namen haben, von einer Kandidatur ausgeschlossen.

Diese Noch-Verbotenen, die Kommunisten und ihre Verbündeten, wurden innerhalb der FA von der Liste „Democracia Avanzada“ (Fortgeschrittene Demokratie) vertreten. Sie konnte 28% der für die FA abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen. Auf die anderen Listen der FA entfielen: Bewegung für eine Volksregierung (eine 1971 von den Colorados abgespaltene Linksfraktion) 38%; Sozialistische Partei 16%; Christdemokratische Partei 11%, Unabhängige Demokratische Linke 6%.

Sie traten mit einem gemeinsamen Programm zur Wahl an, indem u.a. eine Agrarreform, die Verstaatlichung der Banken, des Außenhandels und der Exportindustrie sowie die Demokratisierung des Bildungswesens gefordert wird. Es sieht außerdem die Beteiligung der sozialen Gruppen an der öffentlichen Verwaltung sowie eine antiimperialistische Außenpolitik vor.

Waren zwar die Wahlen vom 25. November ein Wendepunkt der Rückkehr zur Demokratie und, nachdem einmal die Bedingungen ihrer Durchführung von allen de facto akzeptiert worden waren, verliefen sie demokratisch und friedlich, so entsprach der aufgezwungene Rahmen eher den Wünschen der Militärs und ihrer Hintermänner im US-State Department und in der Wallstreet, als irgend einem demokratischen Modell.

Nichtsdestotrotz ist die Abhaltung der Wahlen und somit natürlich auch ihr Resultat, als ein großer Sieg des gesamten Volkes und in erster Linie als treibende Kraft der Frente Amplio und der Gewerkschaftsbewegung zu werten.

Auf der einen Seite lastet der Anteil der Stimmen Pachecos, dem natürlich auch die Sitze im Parlament und in den Stadtverordnetenversammlungen entsprechen, wie eine schwere politische Hypothek auf Sanguinetis Regierungsaktion. Dies gilt vor allem für das Verhältnis zur Armee und zum Repressionsapparat. Gleiches gilt auf wirtschaftlichem Gebiet für die Parlamentarier der Colorado-Liste Jorge Batlles, die für kostspielige Kompromisse mit dem internationalen Finanzkapital und dem Internationalen Währungsfonds eintreten.

Auf der anderen Seite aber verfügen im Senat, Parlament und im Stadtrat von Montevideo FA und Blancos zusammen über die absolute Mehrheit, so daß Sanguinetti wie Lanza ohne eine Übereinkunft mit ihnen nicht regieren können. Bei der relativen Parität der drei politischen Koalitionen, wäre natürlich auch jeder andere mögliche Präsident in der gleichen Lage gewesen. In Voraussicht dessen hatte Seregni bereits Monate zuvor angeregt, die Zusammenarbeit aller Oppositionsparteien gegen die Diktatur, auch nach deren Sturz, beim Neuaufbau der Republik fortzusetzen. So war die „Concertacion Nacional Programática“ (Nationale Programmatische Übereinkunft) geschaffen worden. Sie umfaßt alle Parteien – mit Ausnahme der kollaborationistischen Sektoren –, sowie die Gewerkschaftszentrale PIT-CNT, die Industrie- und Handelskammer, die Agrarföderation und andere soziale Sektoren, wie Kooperativen und Menschenrechtsorganisationen. Sie soll Richtlinien für eine künftige Regierung ausarbeiten und

später als neue verfassungsmäßige Institution weiterbestehen.

Bisher allerdings gelang es nur, gemeinsame Beschlüsse über folgende Themen zu fassen: Wiederherstellung aller Rechte, Freiheiten und Garantien; Rückkehr der Exilierten, volle Anerkennung der Menschenrechte, Aufhebung aller politischen Betätigungsverbote; Wohnungsbaupolitik; nationales Gesundheitswesen; Autonomie der Universität und Übergabe ihrer Verwaltung an die gewählten Repräsentanten der drei Stände (Dozenten, Studenten und Akademiker); Unabhängigkeit der richterlichen Gewalt; und Situation der aus politischen Motiven aus dem Staatsdienst Entlassenen.

In anderen wesentlichen Fragen konnte allerdings zwischen FA und Blancos auf der einen und den Colorados auf der anderen Seite bisher keine Übereinkunft erzielt werden.

So wollen die Colorados die Anhänger der Stadtguerillaorganisationen Tupamaros unter den 500 politischen Gefangenen von einer Amnestie ausschließen. Sie weigern sich ebenso das autoritäre Bildungsgesetz, das vom damaligen Minister Sanguinetti in der Pacheco-Regierung (1967-72) ausgearbeitet worden war und von der Diktatur übernommen wurde, sowie das Staatssicherheitsgesetz der Militärs aufzuheben.

Mit ihrem Plan, ein Gesetz, das angeblich die Demokratie in den Gewerkschaften regeln soll, zu verabschieden stoßen die Colorados vor allem bei der PIT-CNT und der FA auf Widerstand. Diese lehnen jegliche staatliche Einmischung ab.

Auf wirtschaftlichem Gebiet fordern FA und Blancos eine Erhöhung der Löhne um die Wirtschaft anzukurbeln, während die Colorados und die Unternehmer für eine Exportsteigerung plädieren.

Die Verhandlungen über diese strittigen



L. Seregni (l.), Vorsitzender der FA war von den Wahlen ebenso ausgeschlossen wie der Blanco-Führer Wilson Ferreira Aldunate

Punkte sind nach der Wahl wieder aufgenommen worden. Dabei wird ersichtlich, daß die Colorados die neoliberale Wirtschaftspolitik der Diktatur, sowie deren autoritär-konservativen Geist im Bereich des Unterrichtswesens, der Gewerkschaften und der Polizei, wenn auch demokratisch abgetönt, fortzusetzen gedenken.

Die Banken wollen sie im Gegensatz zur FA (Verstaatlichung) und zu den Blancos (Nationalisierung) in privaten Händen, wenn auch „unter staatlicher Kontrolle“, belassen. Mehr noch: angeblich, „um die Banken an der Produktion verantwortlich zu beteiligen“, wollen sie ihnen die, an sie verschuldeten Unternehmen übereignen. Dazu muß man wissen, daß z.Zt. von 22 Privatbanken in Uruguay 20 sich in ausländischen Händen befinden. Das wäre der Totalausver-

kauf des Landes an das internationale Finanzkapital.

Ginge es nur nach den hinter der neuen Regierung stehenden Interessen, so bliebe in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht alles beim alten: die Banken regierten weiter, mit einigen Einschränkungen zugunsten der Industriellen. Derart würde die Verelendung des Volkes, die Arbeitslosigkeit und die Inflation (z.Zt. etwa 60%) kaum behoben. Die Krise und die sozialen Konflikte könnten dann zu einer Explosion und nach einiger Zeit zu einer Wiederkehr der faschistischen Militärs führen. Denn der letzte Stachel des Fachismus würde unter Sanguinetti schwerlich aus dem Fleisch der Demokratie gezogen. Der Repressionsapparat, im Moment zwar abgenutzt und unbrauchbar, würde nur auf Eis gelegt, aber nicht demontiert.

Doch die Situation ist nicht die gleiche wie vor 1973. Die FA ist um 100.000 Stimmen angewachsen (35% mehr als 1971). Und das obwohl Hunderttausende gerade ihrer Anhänger ins Exil gehen mußten, und obwohl sie nur 5 Monate Legalität (die „Democracia Avanzada“ sogar nur 2 Monate) zu ihrer Wahlvorbereitung zur Verfügung hatte.

Und die Stimmen der FA sind weit mehr als nur Stimmen. Die Aktivität und Dynamik ihrer 700 Stadtteilkomitees allein in Montevideo, die Schlußkundgebung ihrer Wahlkampagne vom 22. November 1984, an der eine viertel Million Montevideaner teilnahmen, haben unter Beweis gestellt, daß fast ein jeder „Frente Amplista“ auch ein Aktivist ist. Eine enorme politische Kraft, jederzeit zum Einsatz bereit.

Auch unter den Blancos hat sich im Kampf gegen die Diktatur und aufgrund eines Reformprogramms eine aktive Jugend herangebildet, die mit der Freilassung ihres Führers, ihres „Wilson“, am 30. November 1984 nicht vom Erdboden verschwinden wird.

Und schließlich umfaßt auch die Colorado-Partei einen linken Flügel, der in den über 10% der Coloradostimmen des Sektors von Flores Silva seinen Ausdruck gefunden hat. Werden deren Illusionen über die „Renovation des Batllismus (Ideologie ihrer Partei)“ enttäuscht, so wird ihr Übertritt zur FA, wie vordem anderer linker Colorado-Fraktionen nur eine Frage der Zeit sein. Und schon jetzt sind all diese fortschrittlichen Kräfte im Parlament vertreten und haben zusammen eine gute Zweidrittelmehrheit. Zudem ist – offensichtlich seit dem 1. Mai 1983 – die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterklasse direkt zu einem politischen Machtfaktor geworden. Spielte die PIT-CNT schon unter der Diktatur eine derart gewichtige Rolle, daß sie nicht nur von der FA, sondern auch von den Colorados und Blancos anerkannt und in allen entscheidenden Instanzen zugezogen wurde, so wird sie unter der wieder hergestellten Demokratie, auch von der Regierung Sanguinettis nicht zu ignorieren sein.

In welcher Weise sich die antagonistischen Interessen durchsetzen, ist auf mittlere und längere Frist schwer vorherzusehen. Fürs erste hat Sanguinetti, eingedenk dieser Realitäten, eine Regierung der „Nationalen Einheit“ angekündigt. Tatsächlich besteht auch bei allen Parteien die Einsicht, daß ein Ausbruch sozialer und politischer Konflikte gleich zu Regierungsbeginn eine für alle gefährliche Belastung der jungen Demokratie bedeutet. Zu frisch noch sind die Erinnerungen an den Terror der Diktatur ... und, wenn auch weniger bemerkbar, ihrer Präsenz.

NEU ERSCHEINEN

EDITTON FDCL 6

NEU ERSCHEINEN

Michael Redlske

Umbruch in Nicaragua

Die Entstehung der Revolution aus dem Zerfall bürgerlicher Herrschaft

Mit einem Vorwort von Peter von Oertzen



Die gegenwärtigen Schwierigkeiten in Nicaragua sind zweifellos vor allem durch die Destabilisierungs- und Kriegspolitik der US-Regierung bedingt. Erfolge und Fehlschläge dieser Intervention werden jedoch nur verständlich durch die Vorgeschichte der sandinistischen Revolution.

Der Autor beschreibt Aufstieg und Konsolidierung der Somoza-Diktatur (1933-1972), den Weg in die Regimekrise (1973-1977) und den mit ungeheurer Schnelligkeit ablaufenden Prozeß der Jahre 1978 und 1979. Der Volksaufstand konnte zwar den Gewaltapparat der Nationalgarde überwinden, nicht aber alle ideologischen Elemente bürgerlicher Herrschaft in Nicaragua. In der Geschichte des Kampfes gegen die Diktatur finden sich gleichzeitig die Wurzeln für heutige Konflikte.

Diese Analyse wendet sich gegen idealisierende Interpretationen der Revolution in Nicaragua, um der Gefahr entgegenzuwirken, "daß die für dieses Land existenznotwendige Solidarität zerrieben würde zwischen der Hochstilisierung und Vereinnahmung als revolutionäres 'sozialistisches' Vorbild und der Enttäuschung darüber, daß die nicaraguanische Wirklichkeit der blinden Hoffnung jener nicht gerecht wird, die an dieses Vorbild geglaubt hatten." (P. v. Oertzen im Vorwort)

256 Seiten

DM 19,80

ISBN 3-923020-04-X

Sie erhalten das Buch in Ihrer Buchhandlung oder bei:

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN - Vertrieb, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61



Die Pinochet-Armee räumt Barrikaden

Valentin Molina Pinochet setzt auf Terror

Am 6. November 1984 trat General Augusto Pinochet die Flucht nach vorne an. Auf den Generalstreik vom 30./31. Oktober 1984 reagierte der Diktator mit der Verhängung des Belagerungszustandes. Trotz der Zurückhaltung der in der Demokratischen Allianz (AD) zusammengeschlossenen bürgerlichen Opposition hat der Streik alle Erwartungen übertroffen und legte das öffentliche Leben des Landes weitgehend lahm (siehe AIB 11-12/1984, S. 56ff.).

Kurz nach Ausrufung des Belagerungszustandes wurden die Büros der Gewerkschaften sowie die der Demokratischen Volksbewegung (MDP) und des Sozialistischen Blocks (BS) von Agenten des Geheimdienstes CNI überfallen. Mehrere Oppositionelle wurden verhaftet. Führende Mitglieder der linken Oppositionsgruppen gingen rechtzeitig in den Untergrund und konnten sich so einer Verhaftung entziehen.

Das verschärfte Vorgehen Pinochets veranlaßte die Bischöfe des Landes unter der Führung des konservativen Erzbischofs von Santiago, Juan Francisco Fresno, in einem Hirtenbrief vom 18. November 1984 den Repräsentanten des Regimes die Exkommunizierung anzudrohen. Der Versuch des Generals, seinen Sturz mit militärischen Mitteln aufzuhalten, hat die bürgerliche Opposition, die für Verhandlungen mit dem Regime ist und auf den gewaltfreien Protest setzt, in eine Sackgasse manövriert. Grund genug für die Reagan-Administration ein „zweites Nicaragua“ zu befürchten und Pinochet Verhandlungen mit der „demokratischen Opposition“ zu empfehlen.

Daß es Pinochet zumindest kurzfristig gelungen ist, den offenen Protest der Chilenen durch Repression und ein massives Militärangebot einzuschränken, belegt der Bericht von Valentin Molina aus Santiago über die Protesttage Ende November 1984.

Eine Armee steht im Krieg mit dem eigenen Volk. Gegen den Aufruf der Opposition, ungeachtet des Ausnahmezustands am 27./28. November 1984 einen „paraprotesta“ (Streik-Protesttag) durchzuführen, führte General Pinochet 25.000 Soldaten, das komplette Polizeiaufgebot und unzählige Spitzel und Agenten des Geheimdienstes CNI ins Feld. Er ließ die chilenische Hauptstadt besetzen und konnte die Proteste dennoch nur zum Teil unterdrücken.

In den Wochen nach Verhängung des Belagerungszustandes durchsuchten Militär und Geheimdienst Dutzende von „poblaciones“ (Elendsviertel), trieben die Bewohner in Fußballstadien zusammen, verbannten Hunderte von Bürgern in die entlegensten Dörfer des Landes oder übergaben sie der Gerichtsbarkeit des Militärs.

Die Angst der Mittelschichten

Um das Klima der Angst und des Terrors anzuheizen, hatte Pinochet schon Wochen zuvor eine vollständige Nachrichtensperre über das Land verhängt. Die Zeitschriften der Opposition wurden am 8. November 1984 kurzerhand verboten und den verbleibenden Medien wurde untersagt, „Meldungen jeglicher Art zu verbreiten, die geeignet sein könnten, Unruhe in der Bevölkerung auszulösen“. Selbstredend, daß unter solchen Bedingungen die Mobilisierung für den Protesttag auf Mund-zu-Mund-Propaganda und auf die Versuche des Journalistenverbandes, mit einem täglich erscheinenden Informationsbulletin die Friedhofsruhe zu stören, beschränkt blieb und nur unzureichend funktionieren konnte.

Die Ereignisse unterschieden sich denn auch deutlich von allen vorhergegangenen Protesttagen. Die Demonstration militärischer Macht, die bei vielen Chilenen Erinnerungen an den 11. September 1973, an dessen Wiederholung eigentlich nur noch das Blutbad fehlte, hervorrief, ließ die Zerrissenheit der chilenischen Gesellschaft wie selten zuvor zu Tage treten.

Protestiert hatten an diesen beiden Tagen – von Ausnahmen abgesehen – nur die, die nichts mehr zu verlieren haben – „Pobladores“ und Studenten.

Der Rest der Bevölkerung, sprich Mittelschichten und der Teil der Arbeiterklasse, der noch Arbeit hat, war – desinformiert und eingeschüchtert – kaum fähig auch nur die elementarsten Formen des Protests anzuwenden.

Von den Transportunternehmern war sowieso nicht zu erwarten, daß sie freiwillig ihre Busse und Lastwagen in den Garagen lassen würden. Die Androhung der Diktatur, jedem den Versicherungs-



Studenten der Universität Chile rufen auf zum nationalen Streik

schutz zu entziehen, der grundlos sein Fahrzeug stehen ließ, reichte aus, den öffentlichen Verkehr ohne nennenswerte Einschränkungen aufrechtzuerhalten. Auch die Geschäfte blieben sowohl am Dienstag als auch am Mittwoch überwiegend geöffnet. Selbst das Fernbleiben der Schüler vom Unterricht war spürbar geringer als in der Vergangenheit.

Die höchste Form des Protests zu der die breite Masse der Mittelschichten fähig war, bestand im Aufstellen von Kerzen am Straßenrand. Selbst dieses symbolische Zeichen war eher in den „poblaciones“ zu sehen und ließ mit zunehmendem Wohlstand merklich nach.

Was vom Protest der Mittelschichten blieb, war eine Kurzdemonstration der führenden Köpfe der AD, die sich schon der Ehrenrettung wegen, am Dienstagmittag zum Absingen der Nationalhymne vor der Kathedrale einfanden.

Dennoch wäre es falsch zu behaupten, Pinochet hätte sein erklärtes Ziel, die Opposition zum Schweigen zu bringen, erreicht. Ausgerechnet dort wo die Repression sich am wildesten gebärdete war auch der Widerstand am heftigsten und deutete die Richtung an, in der die kommenden Auseinandersetzungen verlaufen werden.

Kein Sieg für Pinochet

Am Montagnachmittag schon bewiesen rund 150 Angehörige der Menschenrechtsorganisation Sebastian Acevedo mit einer Kundgebung im Zentrum, daß man auch mit friedlichen Mitteln effektiv demonstrieren kann, – sofern man sich organisiert. Gegen Abend besetzten ebenfalls organisierte Gruppen von Jugendlichen die Hauptverkehrsstraße von Santiagos größtem Stadtbezirk Nuñoa und blockierten eine gute halbe Stunde

den Verkehr ehe sie sich kurz vor Eintreffen der Polizei zurückzogen. Mit 13 Bombenanschlägen allein in Santiago – einer davon keine 50 Meter vom Sitz des Diktators, der Moneda, entfernt – demonstrierte die Patriotische Front Manuel Rodriguez (FPMR), daß auch sie von der Diktatur nur unwesentlich an ihren Aktionen gehindert werden kann. Pinochet selbst erlebte dies alles aus der sicheren Entfernung von 2.000 Kilometern. Aber auch in Arica wird er seines Lebens nicht froh geworden sein, denn die Studenten der Stadt an der peruanischen Grenze, deren Einwohnerschaft zur Hälfte aus Militärs besteht, bereiteten ihm mit Demonstrationen und Barrikaden einen heißen Empfang. Nicht einmal bis zum Hotel gelangte der Konvoi, denn auf halber Strecke beendeten „miguelitos“ (Krähenfüße) den offiziellen Teil des Besuchs. Der Präsident zog es vor, in der Kaserne zu übernachten, während seine Truppen die Menge auseinandertrieben.

In Santiago fanden währenddessen Kundgebungen an allen Universitäten der Hauptstadt statt. Nur mit militärischer Rückendeckung konnte die Polizei am Dienstag und Mittwoch die Studenten unter Kontrolle bringen. 700 Festnahmen – allein 50 an der Technischen Universität, wo die Straßenschlachten den ganzen Mittwochnachmittag andauerten – sind die Bilanz des Sturms der Staatsmacht auf die Universitäten, gegen den die Studenten letztendlich auf verlorenem Posten standen.

Auch in den „poblaciones“, in denen die Bewohner wo immer es ging Barrikaden errichtet hatten, trug die Diktatur am Ende einen militärischen Sieg davon – um den Preis der Lächerlichkeit allerdings. Während des gesamten Mittwochs war es ihr unter Einsatz von Hubschraubern und Panzerwagen nicht gelungen, die Bewohner von den Straßen zu ver-

treiben. Erst in den späten Abendstunden, als Militär und Polizei unter Dauerbeschuß die Viertel besetzten, ließ der Steinhagel der Bewohner nach.

Angesichts dieser Zustände im Lande wächst die Einsamkeit des Präsidenten. Mit der Kirche hat er es sich nach der Verhaftung von fünf Priestern aus Pudahuel wohl endgültig verscherzt. Mit dem Mitglied der Nationalen Partei und Ex-Senator Francisco Bulnes hat der letzte zivile Politiker von Ansehen, indigniert über das Fehlen einer politischen Perspektive, den Staatsrat verlassen. Pinochet bleibt so wenig mehr als seine Armee.

Mit der allerdings kann er sich weiterhin an der Macht halten, solange er die Sektoren, die für das Funktionieren der Wirtschaft sorgen, weiter in Schach zu halten vermag. Ricardo Lagos – der derzeitige Präsident der AD – wirkte denn auch bei allem Humor ein wenig hilflos, als er nach den Perspektiven der Opposition gefragt wurde. Mit den bisherigen Mitteln ist Pinochet, der bis an sein Lebensende Präsident bleiben will, nicht zu stürzen, und auf die Androhung militärischer Gewalt weiß die bürgerliche Opposition keine Antwort.

Auf dem Weg in die Agonie?

Die Linke dagegen kann immerhin behaupten einen Sieg Pinochets durch die Mobilisierung ihrer Basis verhindert zu haben. Aber auch diese Stärke reicht noch lange nicht, sich der bestausgerüsteten Armee Lateinamerikas entgegenzustellen. Zwischen Sozialismus und Barbarei gibt es noch die Agonie, in die Chile, kommt es nicht bald zu einer Übereinkunft der Opposition, die den von der Diktatur geschaffenen Bedingungen Rechnung trägt, mehr und mehr zu verfallen droht.

Sondernummer der GRENADA-NACHRICHTEN, Hrsg. Karibik Informationszentrum Hamburg e. V.:

Grenada - ein Jahr Besetzung durch die USA

Inhalt: Die doppelte Zerstörung der grenadischen Revolution – ökonomische und soziale Folgen der Invasion Beschreibung der grenadischen Wirklichkeit unter der US-Besetzung – Wahlkampf in Grenada – Grenada und die politischen Folgen für die Karibik

32 Seiten, Preis DM 4,50

Bestellungen an:
Karibik Informationszentrum Hamburg
Nernstweg 32-34
2000 Hamburg 50

Register AIB 1984

Das vorliegende Register umfaßt alle Veröffentlichungen des Jahres 1984, einschließlich der Aktuellen Kommentare (AK), Kurzinformationen (KI), Infodienst-Meldungen (ID), Buch- und Filmrezensionen. Es ist untergliedert in ein

- Länderregister, das Artikel aufführt, die ausschließlich ein Land behandeln; in ein
- Regionenregister, das Beiträge enthält, deren Inhalt über ein Land hinausgeht; Beiträge, die gleichzeitig wesentliche Aspekte zu einer Region und zu einem Land enthalten, finden sich sowohl unter dem Länder- als auch unter dem Regionenstichwort;
- Stichwortregister, das neben Artikeln, die ausschließlich das Stichwortthema zum Inhalt haben, auch Länder- und Regionenbeiträge, die wesentliche Informationen zu einem Stichwort enthalten, berücksichtigt.

Hinter den Einzelbeiträgen ist vor dem Schrägstrich die Heftnummer, dahinter die Seitenzahl angegeben. SH 2 ist die Abkürzung für Sonderheft 2/1984: AirLand Battle und die Rolle der Bundesrepublik.

Länder

| | | | |
|---|------------------------|------------------|------------|
| Ägypten | | | |
| W. Burhani, Arafats Aussöhnung mit Ägypten | 2/19 | | |
| Kurzinformationen | 7–8/83, 11–12/87 | | |
| Äthiopien | | | |
| Kurzinformationen | 10/47 | | |
| Infodienst | 6/45 | | |
| Afghanistan | | | |
| K. Ege, Die vielen Gesichter der Mujahidin | 1/13 | | |
| Gespräch mit Mohammed Safi | 1/14 | | |
| Kurzinformation | 6/47 | | |
| Infodienst | 3/49 | | |
| Algerien | | | |
| Kurzinformation | 2/54 | | |
| Angola | | | |
| J. Ostrowsky, Südafrikas Aggressionsdruck | 2/15 | | |
| Interview mit Innenminister M.A. Duarte Rodrigues | 4/14 | | |
| Erklärung Angola-Kuba | 5/10 | | |
| R. Falk, Kein Frieden im Südlichen Afrika | 5/ 4 | | |
| P. Schütt, Agostinho Neto | 6/40 | | |
| A. Flues, Durchbruch in der Namibiafrage? | 7–8/11 | | |
| Interview mit Staatschef J.E. dos Santos | 11–12/12 | | |
| Kurzinformation | 3/50 | | |
| Argentinien | | | |
| H. Denk, Die Ablösung der Militärs | 1/46 | | |
| Kurzinformationen | 2/55, 3/51 | | |
| Bangladesh | | | |
| Kurzinformationen | 1/55, 5/55 | | |
| Bolivien | | | |
| Kurzinformationen | 1/54, 3/50, 6/46, 9/51 | | |
| Brasilien | | | |
| P. García, Massenbewegungen wie seit 1964 nicht mehr | 9/29 | | |
| Kurzinformationen | 4/59, 6/47 | | |
| Brunei | | | |
| G. Diederichs, Das Ölsultanat | | | |
| | | wurde unabhängig | 1/44 |
| Burkina (Obervolta) | | | |
| Kurzinformationen | 7–8/82, 10/47 | | |
| Chile | | | |
| D. Schielke/K. Maurer, Das Jahr der Streiks? | 3/38 | | |
| K. Maurer, Die Allianz der Linken | 4/50 | | |
| Programm der MDP | 4/51 | | |
| K. Maurer, Pinochet wieder fester im Sattel | 9/22 | | |
| H.E. Schäfer, Chile-Dokumentarfilm | 9/84 | | |
| Gespräch mit FPMR-Kämpfer Miguel G. Blank, Pinochet läßt Federn | 11–12/56 | | |
| Kurzinformationen | 3/51, 5/54, 6/46 | | |
| Infodienst | 2/53, 6/45, 9/49 | | |
| China | | | |
| A. Krajczek, Chinas Standort | 6/14 | | |
| G. Giesenfeld, Chinas Rache für Kampuchea | 7–8/68 | | |
| Kurzinformationen | 3/51, 9/50, 11–12/86 | | |
| Dominikanische Republik | | | |
| Kurzinformation | 6/47 | | |
| Ecuador | | | |
| Kurzinformationen | 3/51, 6/47 | | |
| El Salvador | | | |
| FMLN, Die Invasion wird vorbereitet | 1/39 | | |
| N. Biver, Hat der Frieden noch eine Chance? | 2/ 4 | | |
| Gespräch mit der FMLN/FDR | 3/32 | | |
| Plattform der FMLN/FDR für eine Übergangsregierung | 3/34 | | |
| P. Grund, Filmschaffen des anderen El Salvador | 3/47 | | |
| Stellungnahmen zur Bonner-Politik: | | | |
| J. Warnke (CSU) | SH 2/48 | | |
| H.J. Wischniewski (SPD) | SH 2/58 | | |
| FMLN/FDR, Präsidentschaftswahl | 5/42 | | |
| J. Villalobos, Die Wahlen – ein Tag mehr im Krieg | 5/43 | | |
| R. Rivera, Duartes Wiederkehr | 7–8/15 | | |
| N. Biver, Bonner Trennungslinie in Mittelamerika | 9/ 3 | | |
| Interview mit J. Villalobos (FMLN) | 10/15 | | |
| N. Biver, Verhandlungen | 11–12/70 | | |
| Erklärung der FMLN | 11–12/72 | | |
| | | Kurzinformation | 6/46 |
| | | Infodienst | 2/53, 5/53 |
| Grenada | | | |
| Sonderheft 1/1984: Generalprobe Grenada | | | 1/17 |
| R. Falk, Grenada und die Bundesregierung | 1/19 | | |
| W. Brönner, Operation Grenada | 1/20 | | |
| Augenzeugenbericht aus St. Georges | 1/22 | | |
| Deklaration der Grenada-Weltkonferenz | 1/24 | | |
| M. Haun/L. Schmitz, Weg und Krise der grenadischen Revolution | 1/25 | | |
| Interview mit M. Bishop | 1/26 | | |
| Daten | 1/31 | | |
| Gespräch mit D. Williams | 1/33 | | |
| F. Castro, Wir lassen uns nicht provozieren | 1/35 | | |
| T. Borge, Nikaragua wird nicht zurückweichen | 1/37 | | |
| FMLN, Die Invasion wird vorbereitet | 1/39 | | |
| Aktions- und Materialspiegel | 1/40 | | |
| R. Burbach, Lehren der Grenada-Invasion | 2/10 | | |
| F. Castro, Zeit für neue Einsichten in Washington | 2/12 | | |
| K. Radix, Widerstand, wie ihn das Volk will | 3/36 | | |
| Stellungnahme von J. Warnke (CSU) | SH 2/48 | | |
| R. Downing, Im besetzten Grenada | 5/15 | | |
| Kurzinformation | 11–12/86 | | |
| Informationsdienst | 6/45 | | |
| Guatemala | | | |
| Sonderheft 3/1984: Guatemala | | | 5/17 |
| N. Biver, Guatemala und die Mittelamerikakrise | 5/19 | | |
| F. Bushin, Die Aufstandsbekämpfung | 5/21 | | |
| Daten | 5/22 | | |
| Vereinigungsproklamation der URNG | 5/25 | | |
| B. Graul, Krise ohne Unterlaß | 5/31 | | |
| J. Esquivel, Christen im Widerstand | 5/34 | | |
| Das Beispiel Coca-Cola | 5/35 | | |
| J. Ostrowsky, Die US-Intervention 1954 | 5/37 | | |
| Aktions- und Materialspiegel | 5/38 | | |
| F. Bushin, Die Rechten unter sich | 9/32 | | |
| Kurzinformation | 7–8/82 | | |
| Infodienst | 6/45 | | |
| Guinea | | | |
| Kurzinformation | 5/55 | | |

Ich bitte um Zusendung von Probeexemplaren an:

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

Bitte mit
Postkartenporto
freimachen

An
AIB-Weltkreis-Verlag

Liebigstr. 46
3550 Marburg 1

Der umseitig aufgeführte neue AIB-Abonnent wurde
von mir erworben:

Mein Name: _____

Meine Adresse: _____

Mein Prämienwunsch aus dem AIB-Angebot:

Bitte mit
Postkartenporto
freimachen

An
AIB-Weltkreis-Verlag

Liebigstr. 46
3550 Marburg 1



Bestellliste

| Stück | Artikel | Einzelpreis |
|-------|--|-------------|
| — | Kaffee aus Nicaragua 1 Pfund | 13,00 |
| — | Espresso-Kaffee aus Angola 250 Gramm | 7,50 |
| — | Tee aus Mozambique 250 Gramm | 8,50 |
| — | Tee aus Mozambique 100 Gramm | 3,50 |
| — | Plakatmappe Nicaragua Sonderpreis | 12,00 |
| — | Graphikmappe R. Cabrera | 10,00 |
| — | Schallplatte „Vamos Muchachos“ der salvadorianischen Gruppe IOLOCAMBA-I-TA, LP | 18,00 |
| — | Postkartenmappe B. Karkutli | 3,00 |
| — | Kunstplakat „Solidarität mit den palästinensischen Gefangenen“ von Suliman Mansour, DIN A 1 | 10,00 |
| — | Kochbuch „Die chilenische Küche“ 60 Rezepte mit Abbildungen und Zeichnungen, 84 Sn. | 6,80 |
| — | Anhänger ASK-Taube in gold | 78,00 |
| — | Anhänger ASK-Minitaube, gold | 26,00 |
| — | Kettchen passend dazu | 34,00 |
| — | Ohrstecker ASK-Taube, silber, Paar | 25,00 |
| — | Ohrstecker einzeln, silber | 14,00 |
| — | Anhänger ASK-Taube aus Ton, blau oder braun. | 6,50 |
| — | Anhänger Copinol-Kern mit salvadorianischen Motiven | 10,00 |



**Hände weg
von Nicaragua!**

**den Aufbau
unterstützen...**

**...Kaffee
aus
Nicaragua
trinken!**

Bitte
freimachen

POSTKARTE

Absender:



Plakatmappe „Nicaragua Libre!“ mit 15 Plakaten aus dem freien Nicaragua, DIN A3, alle Plakate mehrfarbig, Sonderpreis 12,— DM



Graphikmappe des salvadorianischen Künstlers Rafael Cabrera, 5 Blätter, dazu je ein Blatt mit Gedichten von Neruda, Cardenal, Vega, DIN A4 Überformat, s/w, Stück 10,— DM



Anhänger ASK-Taube, gold, 78,00 DM.

Anhänger ASK-Taube aus Silber, Stück 16,— DM



Postkartenmappe 6 Postkarten mit Motiven des palästinensischen Künstlers Burhan Karkutli, s/w,

6,— DM

6000 Frankfurt/Main 90

An
Solidaritätsshop
Dritte Welt
Hamburger Allee 52

| | |
|--|----------|
| BRD-Rüstungsexporte | 10/34 |
| Die Königsmacht mit dem Schwert erhalten (Teil 2) | 11-12/36 |
| Daten | 11-12/38 |
| Sri Lanka | |
| F. Steinberg, Das Tamilen-Pogrom | 1/41 |
| St. Christopher und Nevis | |
| Kurzinformation | 1/54 |
| Sudan | |
| Kurzinformation | 4/59 |
| Südafrika | |
| C. Sodemann, Verfassungsreferendum für eine Minderheit | 1/44 |
| Interview mit Joe Jele (ANC) | 3/29 |
| M. Kolter, Das Abkommen Moçambique-Südafrika | 4/11 |
| R. Falk, Kein Frieden im Südlichen Afrika | 5/ 4 |
| Abkommen Moçambique-Südafrika | 5/ 6 |
| Stellungnahme des ANC | 5/ 8 |
| Bonn und das Südliche Afrika | 5/ 9 |
| O. Tambo, Wir müssen unsere Position verteidigen | 5/11 |
| H. Barrell, Der Widerstand im Innern | 6/34 |
| J. Ostrowsky, „Sie sind unsere Führer“ | 6/38 |
| Symposium „Bildung zur Befreiung“ | 6/42 |
| J. Ostrowsky, Was sollte der Botha-Besuch (AK) | 7-8/ 3 |
| Stellungnahmen zum Botha-Besuch: O. Tambo (ANC) | 7-8/ 4 |
| M. Valli (UDF) | 7-8/ 4 |
| A. Toivo Ja Toivo (SWAPO) | 7-8/ 5 |
| I. Wick (AAB) | 7-8/ 5 |
| ISSA, Bundesrepublik-Südafrika | 7-8/ 6 |
| P. Fauvet, Gebrochene Versprechungen | 9/16 |
| O. Tambo, Die Tragödie von Nkomati | 9/17 |

| | |
|---|------------------------|
| M. Valli, Was will die UDF? | 9/18 |
| J. Ostrowsky, Die neue Republik ANC-Aufruf gegen das 3-Rassen-Parlament | 10/25 |
| 10/26 | |
| W. Brönner, Die ganz andere Afrika-konferenz | 11-12/ 4 |
| A. Nzo, Das Volk ist nicht einzuschüchtern | 11-12/ 9 |
| M. Kolter, Friedensnobelpreis für Bischof Tutu | 11-12/12 |
| Kurzinformationen | 4/59, 6/46 |
| Infodienst | 1/53, 2/53, 3/49, 4/57 |
| | 5/53, 6/45, 9/49 |

| | |
|-------------------|------------|
| Surinam | |
| Kurzinformationen | 1/54, 2/55 |

| | |
|-----------------|------|
| Tansania | |
| Kurzinformation | 3/50 |

| | |
|--|------|
| Thailand | |
| E. Schneider/H. Wagner, Sex-Tourismus und Frauenhandel | 9/44 |

| | |
|--|------------|
| Tschad | |
| L.A. Heinrich, Wie kam es zum Abkommen von Tripolis? | 11-12/32 |
| Kurzinformationen | 1/55, 3/50 |

| | |
|--|----------------------|
| Türkei | |
| A. Krajczek, Özals Wahlsieg | 1/11 |
| D. Falk, Was reizt die Türkei an Irakisch-Kurdistan? | 4/ 8 |
| D. Falk, „Demokratisierung“ 2. Akt | 6/16 |
| K. Rössel, Kein Urlaub im Land der Sonne | 7-8/74 |
| Kurzinformationen | 5/55, 9/51, 11-12/86 |
| Infodienst | 10/45 |

| | |
|----------------------------------|------|
| Tunesien | |
| L.A. Heinrich, Die Hungerrevolte | 2/21 |

| | |
|------------------------------------|-------|
| D. Schulze-Marmeling, ... (Teil 2) | 10/20 |
|------------------------------------|-------|

| | |
|---|--------|
| Indochina | |
| G. Giesenfeld, Chinas Rache für Kampuchea | 7-8/68 |
| Kurzinformation | 4/58 |

| | |
|---|----------|
| Mittelamerika/Karibik | |
| W. Brönner, Bonn geht zur Sache (AK) | 2/ 3 |
| N. Biver, Hat der Frieden noch eine Chance? | 2/ 4 |
| Der Kissinger-Report | 2/ 5 |
| R. Burbach, Lehren der Grenada-Invasion | 2/10 |
| F. Castro, Zeit für neue Einsichten in Washington | 2/12 |
| Stellungnahmen zur Bonner Politik: J. Warnke (CDU) | SH 2/48 |
| H.J. Wischnewski (SPD) | SH 2/58 |
| N. Biver, Die Verminung Mittelamerikas (AK) | 5/19 |
| N. Biver, Guatemala und die Mittelamerikakrise | 5/19 |
| Solidaritätskonferenzen (ID) | 5/53 |
| E. Thölke-Sommer, Abgang der Friedensbewegung (AK) | 6/ 3 |
| N. Biver, Bonner Trennungslinie in Mittelamerika (AK) | 9/ 3 |
| Erklärung antiimperialistischer Organisationen der Karibik und Mittelamerikas | 9/34 |
| Buchtipp (ID) | 10/54 |
| N. Biver, Verhandlungen | 11-12/10 |
| Contadora-Friedensplan | 11-12/74 |

| | |
|--------------------------------------|------|
| Naher und Mittlerer Osten | |
| W. Brönner, Bonn geht zur Sache (AK) | 2/ 3 |
| J. Stork/J. Paul, Waffenexporte | 3/42 |
| R. Falk, Was geht uns der Golfkrieg | |

| | |
|-----------------|----------|
| Uganda | |
| Kurzinformation | 11-12/87 |

| | |
|--|------------------------|
| Uruguay | |
| A. Gonzales, Steine auf dem Weg zur Demokratie | 7-8/18 |
| L. Seregni, Das Zusammengehen ist unerlässlich | 7-8/20 |
| A. Gonzales, Die Diktatur vor dem Ende | 9/20 |
| Kurzinformationen | 1/55, 2/55, 4/59, 5/54 |
| Infodienst | 7-8/80 |

| | |
|------------------|------|
| Venezuela | |
| Kurzinformation | 1/54 |

| | |
|---|----------|
| Vietnam | |
| G. Giesenfeld, Chinas Rache für Kampuchea | 7-8/68 |
| Kurzinformation | 5/55 |
| Infodienst | 11-12/85 |

| | |
|---|------|
| Westsahara | |
| L.A. Heinrich, Das verhinderte Referendum | 3/21 |
| Resolution der 38. UN-Vollversammlung | 3/22 |
| Kurzinformation | 4/59 |
| Infodienst | 4/57 |

| | |
|-------------------------------|----------|
| Zimbabwe | |
| H. Mayer, Der 2. ZANU-Kongreß | 11-12/26 |
| Kurzinformation | 10/47 |

| | |
|---|--------------|
| Zypern | |
| I. Lübben-Pistofidis/A. Pistofidis, Die Separatrepublik und die Wurzeln des Konflikts | 2/38 |
| Die Positionen der Linksparteien | 2/39 |
| Die UNO zum Zypernkonflikt | 2/40 |
| Daten | 2/43 |
| Kurzinformationen | 1/55, 7-8/82 |

| | |
|--|----------|
| an? (AK) | 4/ 3 |
| N. Baraki/N. Mina, Eskalation am Golf | 4/ 4 |
| Stellungnahmen zur Bonner Politik: H. Kohl (CDU) | SH 2/46 |
| A. Mertes (CDU) | SH 2/48 |
| Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik | SH 2/51 |
| H. Hofmann (SPD) | SH 2/53 |
| H. Ehmke (SPD) | SH 2/57 |
| H.J. Wischnewski (SPD) | SH 2/58 |
| ASK | SH 2/58 |
| J. Reents (Grüne) | SH 2/59 |
| Bundestreffen der Nahost-Gruppen (ID) | 5/84 |
| Aktion gegen BRD-Intervention (ID) | 6/45 |
| UdSSR-Vorschlag zum Nahostkonflikt | 9/50 |
| Treibminen im Roten Meer (KI) | 10/47 |
| Broschüre zur Rolle der BRD (ID) | 11-12/85 |

| | |
|-------------------------------------|----------|
| Südamerika | |
| U. Kampmann, Schuldnerrebellion | 9/41 |
| Buchtipp (ID) | 10/45 |
| M. Kolter/U. Schnell, Der Fall Boff | 11-12/77 |

| | |
|--|----------|
| Süd- und Ostasien, Pazifik | |
| Japan-Korea (KI) | 1/55 |
| W. Bello/P. Hayes/L. Zarsky, Kriegsvorbereitungen im Pazifik | 6/ 4 |
| R. Werning, Japans Rolle in der US-Pazifikstrategie | 6/ 9 |
| A. Krajczek, Chinas Standort | 6/14 |
| W. Bello, Philippinen - US-Basen für den Atomkrieg | 7-8/63 |
| M. Schuck, Annäherung Japan-Südkorea? | 11-12/46 |
| G. Diederichs, Der Südpazifik im Griff der Atomkriegsplaner | 11-12/49 |
| Charta für einen atom(waffen)freien Pazifik | 11-12/53 |
| Daten zur pazifischen Inselwelt | 11-12/53 |

Regionen

| | |
|---|----------|
| Afrika/Südliches Afrika | |
| M. Kolter, Das Abkommen Moçambique-Südafrika | 4/11 |
| Interview mit dem angolanischen Innenminister M.A. Duarte Rodrigues | 4/14 |
| R. Falk, Kein Frieden im Südlichen Afrika | 5/ 4 |
| Abkommen Moçambique-Südafrika | 5/ 6 |
| Bonn und das Südliche Afrika | 5/ 9 |
| Symposium „Bildung zur Befreiung“ | 6/42 |
| Konferenz der Frontstaaten (KI) | 6/46 |
| Kolonialismusaustellung (ID) | 7-8/81 |
| P. Fauvet, Gebrochene Versprechungen | 9/16 |
| O. Tambo, Die Tragödie von Nkomati | 9/17 |
| Konferenz zum Südlichen Afrika (ID) | 9/49 |
| Kölner Konferenz zum Südlichen Afrika: W. Brönner, Die ganz andere Afrika-konferenz | 11-12/ 4 |
| M.O. Hinz, Schlußbetrachtung | 11-12/ 5 |
| Abschlußerklärung | 11-12/ 6 |
| Aktionsprogramm | 11-12/ 8 |
| A. Nzo, Das Volk ist nicht einzuschüchtern | 11-12/ 9 |
| H. Hamutenya, „Friedensprozeß“ - ein Mythos | 11-12/10 |
| Interview mit dem angolanischen Staatschef J.E. dos Santos | 11-12/13 |
| J. Ostrowsky, 100 Jahre Berliner Kongokonferenz | 11-12/15 |
| Atlantik | |
| D. Schulze-Marmeling, Der Südatlantik im Fadenkreuz imperialistischer Interessen (Teil 1) | 9/36 |

Stichworte

Ausländerpolitik

- Marsch gegen Rassismus 10/42
 A. Krajczek, Ausländerpolitik
 wohin? (AK) 11-12/ 3
 Infodienst 1/53, 2/53, 3/49, 5/53, 7-8/81

BRD-Entwicklungspolitik-Dritte Welt

- R. Falk, Grenada und die Bundesregie-
 rung 1/19
 W. Brönnner, Bonn geht zur Sache (AK) 2/ 3
 R. Falk, Was geht uns der Golfkrieg
 an? (AK) 3/ 3
 R. Falk, Friedenspolitik oder neoko-
 lonialistische Arbeitsteilung? SH 2/45
 Stellungnahmen zur Bonner Nahost-
 und Mittelamerikapolitik, siehe
 Stichworte: Krieg/Frieden und
 Dritte Welt
 Bonn und das Südliche Afrika 5/ 9
 J. Ostrowsky, Was sollte der Botha-
 Besuch? (AK) 7-8/ 3
 Stellungnahmen zum Botha-Besuch,
 siehe Länder: Südafrika
 ISSA, Bundesrepublik-Südafrika 7-8/ 7
 W. Brönnner, Bonn und Nicaragua 7-8/26
 BRD-Iran (KI) 9/50
 BRD-Türkei (ID) 10/45
 Kölner Konferenz zum Südlichen Afrika,
 siehe Regionen: Afrika/Südliches Afrika
 BRD-China (KI) 11-12/86

Entwicklungsländer/wirtschaftliche und soziale Probleme

- P. Garcia, Neue Informationsordnung 2/46
 Informationsordnung (KI) 3/51
 U. Nettelbeck, Ist der Hungertod
 unabwendbar? 7-8/76
 Protest gegen Milupa (ID) 7-8/81
 Verschuldung (KI) 7-8/82
 U. Kampmann, Schuldnerrebellion 9/41
 Weltbevölkerungskonferenz (KI) 9/51
 Hunger - Geißel des Neokolonialismus 10/35
 6. UNIDO-Konferenz (KI) 10/46
 Buchtip: Bluthandel (ID) 11-12/85
 Weltbank/IMF-Tagung (KI) 11-12/87

Frankreich und Dritte Welt

- L.A. Heinrich, Wie kam es zum Ab-
 kommen von Tripolis? 11-12/32

Frauen

- E. Schneider/H. Wagner, Sex-Tou-
 rismus und Frauenhandel 9/44
 Frauen in Südafrika (ID) 9/49
 Frauenhandel (ID) 11-12/85

Großbritannien und Dritte Welt

- D. Schulze-Marmeling, Der Südatlantik
 im Fadenkreuz imperialistischer
 Interessen (Teil 1) 9/36
 D. Schulze-Marmeling,... (Teil 2) 10/20

Internationale Organisationen und Konferenzen

- Deklaration der Grenada-Konferenz 1/24
 N.A. Razzak (AAPSO), 3. Welt und
 Rüstung 2/50
 Islamische Konferenz (KI) 3/50
 R. Jäger in die UNO? (ID) 4/57
 AAPSO-Erklärung zu Abrüstung 9/47
 Weltbevölkerungskonferenz (KI) 9/51
 6. UNIDO-Konferenz (KI) 10/46
 Weltbank/IMF-Tagung (KI) 11-12/87

Japan und Dritte Welt

- Japan-Korea (KI) 1/55
 R. Werning, Japans Rolle in der
 US-Pazifikstrategie 6/ 9

- M. Schuck, Annäherung Japan-
 Südkorea? 11-12/46

Krieg/Frieden und Dritte Welt

- R. Falk, Wie weiter nach Stationierungs-
 beginn? (AK) 1/ 3
 N.A. Razzak, 3. Welt und Rüstung 2/50
 J. Stork/J. Paul, Waffenexporte in den
 Nahen und Mittleren Osten 3/42
 Friedensbewegung (ID) 3/49
 Sonderheft 2/1984: AirLand Battle und
 die Rolle der Bundesrepublik
 W. Brönnner, AirLand Battle (Teil 1) SH 2/ 3
 „War lab“ - ein Filmdokument SH 2/ 6
 AirLand Battle 2000 SH 2/ 7
 W. Brönnner, ... (Teil 2) 1/48, SH 2/12
 Chemische Waffen 1/50, SH 2/14
 W. Brönnner, ... (Teil 3) 4/18, SH 2/16
 Wirkungen des Atomschlags 4/18, SH 2/18
 Dokumentation:
 AirLand Battle 1986 4/21, SH 2/21
 Field Manual 100-5 Operations 4/27, SH 2/27
 Leitlinien-Dokument 4/36, SH 2/36
 Wartime Host Nation Support 4/39, SH 2/39
 AirLand Battle 2000 (BRD-
 USA-Fassung) 4/41, SH 2/41

- R. Falk, Friedenspolitik oder
 neokolonialistische Arbeitsteilung SH 2/45
 Stellungnahmen zur Bonner Nahost-
 und Mittelamerikapolitik:
 H. Kohl (CDU) SH 2/46
 A. Mertes (CDU) SH 2/48
 J. Warnke (CSU) SH 2/48
 Deutsche Gesellschaft für Auswärtige
 Politik SH 2/51
 H. Hofmann (SPD) SH 2/53
 H. Ehmke (SPD) SH 2/57
 H.J. Wischniewski (SPD) SH 2/58
 Erklärung des ASK SH 2/58
 J. Reents (Grüne) SH 2/59
 V. Perlo, Was ist der militärisch-
 industrielle Komplex? 5/46
 E. Thölke-Sommer, Abgesang der
 Friedensbewegung? (AK) 6/ 3
 W. Bello/P. Hayes/L. Zarsky, Kriegs-
 vorbereitungen im Pazifik 6/ 4
 R. Werning, Japans Rolle in der
 US-Pazifikstrategie 6/ 9
 E. Cardenal, Friedens- und
 Befreiungsbewegung 7-8/47
 W. Bello, Philippinen - US-Basen
 für den Atomkrieg 7-8/63
 Abrüstung (KI) 7-8/82
 AAPSO-Erklärung zur Abrüstung 9/47
 Friedensaktionen im Herbst (ID) 9/49
 4. Krefelder Forum (ID) 10/45
 G. Diederichs, Der Südpazifik im
 Griff der Atomkriegsplaner 11-12/49
 Medizinische Folgeschäden der
 Atomtests 11-12/52
 Charta für einen atom(waffen)freien
 Pazifik 11-12/52
 D. Rosin, Pazifismus und Befreiungs-
 kampf 11-12/75

Kultur

- P. Wahl, Nicaragua-Film „Under Fire“ 1/51
 P. Garcia, Neue Informationsordnung 2/46
 A. Friese, Nikaraguafilm 2/51
 3. Welt in den Medien (ID) 2/53
 P. Grund, Filmschaffen des anderen
 El Salvador 3/47
 U. Karvelius, Julio Cortazar 4/52
 Buchtip (ID) 4/57
 Filmdokument „War lab“ SH 2/ 6
 P. Schütt, Agostinho Neto 6/40
 H.E. Schäfer, Chile - Dokumentarfilm 9/49
 Gespräch mit Mahmoud Darwish 11-12/82

Religion/Kirchen

- J. Esquivel, Christen im Widerstand 5/34
 M. Kolter/U. Schnell, Der Fall Boff 11-12/77
 P. Richard, Theologie der Befreiung 11-12/80

Rezensionen

- G. Wallraff u.a., Nicaragua von innen 1/52
 K. Khella, Ausländer in der BRD 4/55
 M. Budzinski (Hg.), Aktionshandbuch
 Ausländer 4/55
 G. Tsiakalos, Ausländerfeindlichkeit 4/55
 A. Brzaska/A.A. Guha/Ch. Wellmann,
 Das Geschäft mit dem Tod 5/51
 W. Perdelwitz/H. Fischer/K.G. Barth,
 Waffenschmiede Deutschland 5/51
 I. Naidoo/Albie Sachs,
 Insel in Ketten 6/43
 Tagungsbericht „Kongreß Wissen-
 schaftler gegen Ausländerfeindlichkeit“
 Frankfurt 10/43
 R. Weiss/H. Mayer, Afrika den
 Europäern 11-12/24
 W. Westphal, Geschichte der
 deutschen Kolonien 11-12/24
 M.O. Hinz/H. Patemann/A. Meier,
 Weiß auf Schwarz 11-12/25
 H. Patemann, Lernbuch Namibia 11-12/25

Solidaritätsbewegung

- Infodienst (Kurzmeldungen und
 Hinweise zur Solidaritätsbewegung
 in jedem Heft)
 E. Thölke-Sommer, Abgesang der
 Friedensbewegung? (AK) 6/ 3
 N. Biver, Was brachte der 8. BUKO? 7-8/75
 E. Cardenal, Friedens- und Befrei-
 ungsbewegung 7-8/79
 Aufruf zur Mittelamerika-Demonstra-
 tion der Friedensbewegung 10/24
 Ratschläge für Veranstaltungen (ID) 10/45
 Kölner Konferenz zum Südlichen Afrika,
 siehe Regionen: Afrika/Südliches Afrika

Sport

- G. Diederichs, „Operation Gold“ 10/40

USA und Dritte Welt

- W. Brönnner, Operation Grenada 1/20
 Buchtip (ID) 1/53
 Der Kissinger-Report 2/ 5
 R. Burbach, Lehren aus der Grenada-
 Invasion 2/10
 W. Brönnner, Das Dilemma Libanon (AK) 3/ 3
 Buchtip (ID) 4/57
 Sonderheft 2/1984: AirLand Battle und
 die Rolle der Bundesrepublik, siehe
 Stichworte: Krieg/Frieden und Dritte Welt
 N. Biver, Die Verminung Mittel-
 amerikas (AK) 5/ 3
 J. Ostrowsky, Die US-Intervention in
 Guatemala 1954 5/37
 V. Perlo, Was ist der militärisch-
 industrielle Komplex? 5/46
 W. Bello/P. Hayes/L. Zarsky, Kriegs-
 vorbereitungen im Pazifik 6/ 4
 R. Werning, Japans Rolle in der
 US-Pazifikstrategie 6/ 9
 N. Biver, Nicaragua - Von der
 Verminung zur Invasion? 6/28
 J. Cavanagh/J. Hackel, Der Wirtschafts-
 krieg gegen Nicaragua 7-8/47
 N. Biver, Nicaragua - Die
 US-Intervention 7-8/52
 Mittelamerika - Chronologie der
 US-Interventionen 7-8/53
 W. Bello, Philippinen - US-Basen für
 den Atomkrieg 7-8/63
 D. Schulze-Marmeling, Der Südatlantik
 im Fadenkreuz imperialistischer
 Interessen (Teil 1) 9/36
 W. Brönnner, Auf ein Neues mit
 Reagan? (AK) 10/ 3
 K. Ege, Mondale - Alternative zu
 Reagan 10/ 4
 D. Schulze-Marmeling,... (Teil 2) 10/20
 G. Diederichs, „Operation Gold“ 10/40
 G. Diederichs, Der Südpazifik im Griff
 der Atomkriegsplaner 11-12/49
 Buchtip (ID) 11-12/85

Georg Stein

Der Nationalrat von Amman



17. PNC: Y. Arafat (r.) und der neue PNC-Präsident Sheik Abdel Hamid al Saleh (Fotos: G. Stein)

In der jordanischen Hauptstadt Amman tagte vom 22.-29.11.1984 der Palästinensische Nationalrat (PNC), das Exilparlament des palästinensischen Volkes und höchstes beschlußfassendes Gremium der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO).

Alleinpräsenz von Fatah und ALF

Nachdem die 17. Sitzung des PNC im Laufe des vergangenen Jahres bereits viermal verschoben worden war und die Bemühungen der PLO-Führung zur Wiederherstellung einer größtmöglichen nationalen Einheit an syrischem Druck und innerpalästinensischen Differenzen gescheitert waren, hatte sich die Al Fatah unter Yassir Arafat Anfang November 1984 im Rahmen eines politischen Alleinganges für die Einberufung des Nationalrates zum 22. November in Amman entschlossen.

Von den acht in der PLO zusammengeschlossenen palästinensischen Widerstandsorganisationen nahm neben der Fatah nur noch die politisch bedeutungslose, unter irakischem Einfluß stehende Arabische Befreiungsfront (ALF) an der Sitzung in Amman teil.

Die den Nationalrat boykottierenden restlichen sechs Fraktionen der PLO gehören zwei verschiedenen Blöcken mit



unterschiedlicher politischer Zielsetzung an. Auf der einen Seite stehen die Gruppierungen der Nationalen Allianz, die sich im Mai 1984 bildete. Sie umfaßt die 1983 von der Fatah abgespaltenen Rebellen unter Führung der ehemaligen Fatah-Kommandanten Abu Moussa und Nimer Saleh sowie das unter syrischem bzw. libyschem Einfluß stehende Volksfront-Generalkommando von Ahmed Jibril, die Palästinensische Volkskampffront und die Saika. Entsprechend ihrer

politischen Abhängigkeit von Syrien bzw. Libyen verlangte die Nationale Allianz den Rücktritt Arafats vom Amt des PLO-Vorsitzenden als Vorbedingung für ihre Teilnahme an der Nationalrats-sitzung.

Den zweiten internen Oppositionsblock gegen die Politik Arafats bilden die Fraktionen der Demokratischen Allianz. Diese konstituierte sich zu Beginn des Jahres 1984 als Reaktion auf Arafats Besuch in Kairo vom Dezember 1983. Zur Demokratischen Allianz gehören neben der Volksfront von George Habbasch (PFLP) und der Demokratischen Front von Nayef Hawatmeh (DFLP) noch die kleineren Gruppen der Palästinensischen Kommunistischen Partei (PCP) und die Palästinensische Befreiungsfront (PLF). Die politische Gemeinsamkeit zwischen diesen beiden Allianzen liegt vor allem in der Ablehnung von Arafats Wiederannäherung an Ägypten und Jordanien sowie in der Verurteilung der damit in engem Zusammenhang stehenden Distanzierung der PLO-Politik von Syrien. Im Unterschied zur Nationalen Allianz haben sich die in der Demokratischen Allianz zusammengeschlossenen Gruppierungen jedoch eindeutig gegen die militärische Austragung von politischen Differenzen in der PLO ausgesprochen

und den Rücktritt Arafats nicht zur Voraussetzung für ihre Teilnahme an der Sitzung des Nationalrates gemacht.

Die bereits vor dem Libanonkrieg von 1982 latent vorhandenen Widersprüche innerhalb der PLO kamen nach 1982 offen zum Ausbruch.

Sie erfaßten neben den einzelnen politischen Organisationen u.a. auch das Präsidium des Palästinensischen Nationalrates. Der in Damaskus residierende und politisch Syrien nahestehende Präsident



Jordanischer Gastgeber König Hussein (l.) mit dem wiedergewählten PLO-Vorsitzenden Arafat auf dem Nationalrat in Amman

des PNC, Khaled al Fahoum, hatte sich geweigert, das Parlament nach Amman einzuberufen. Nach seiner Interpretation der Nationalrats-Statuten kann nur der amtierende Präsident den Nationalrat einberufen.

Die Weigerung Fahoums führte schließlich zur Einberufung des Parlaments durch den stellvertretenden Nationalratsvorsitzenden Salem al Zaanun.

Zaanun legitimierte sein Vorgehen mit einem anderen Punkt der PNC-Satzung, nach welchem der Wunsch 1/4 aller Nationalratsmitglieder ausreicht, den Nationalrat einzuberufen.

PNC-Präsident Fahoum abgewählt

Mit der Anwesenheit von 257 der insgesamt 384 Nationalratsmitgliedern in Amman war zumindest nach dem Verhältnis der Fatah die beschlußfähige 2/3 Mehrheit des Parlaments hergestellt. Fahoum und die zwei Oppositionsallianzen sprachen jedoch dem Nationalrat seine Rechtmäßigkeit mit der Begründung ab, daß das Austauschen von insgesamt 52 Fatah-Mitgliedern verschiedener Massenorganisationen vor der Feststellung der Beschlußfähigkeit illegal gewesen sei. Die Fatah hatte in der Tat 52 Parlamentsmitglieder, die ihren Boykott der Tagung in Amman angekündigt hatten,

vor Beginn der Sitzung durch teilnahme-willige Fatah-Mitglieder austauschen lassen. Die Organisation Arafats sah darin keinen Verstoß gegen die Protokolle der beiden vorangegangenen Tagungen, denen zufolge erst nach Feststellung des 2/3-Quorums über die Auswechslung bzw. Neubestimmung von Nationalratsmitgliedern entschieden werden darf.

Fahoums Weigerung den PNC einzuberufen, führte gleich am ersten Sitzungstag zu seiner Ablösung durch den Arafat-loyalen Sheikh Abdul Hamid Saeh im Amt des Nationalratspräsidenten.

Die politischen Diskussionen auf der einwöchigen PNC-Sitzung waren besimmt von drei, alle anderen Fragen dominierenden Themenbereichen: Dem Hussein-Vorschlag für eine gemeinsame jordanisch-palästinensische Kooperation, den zukünftigen Beziehungen der PLO zu Jordanien, Ägypten und Syrien sowie den Bemühungen um eine Fortsetzung des innerpalästinensischen Dialogs mit dem Ziel der Wiederherstellung der nationalen Einheit.

Der von König Hussein in seiner Eröffnungsrede präsentierte Vorschlag, die UN-Resolution 242 von 1967 zur Grundlage für die auch von der PLO angestrebte internationale Friedenskonferenz zu machen, mußte von den in Amman versammelten Palästinensern verständlicherweise als eine Art politische Ohrfeige angesehen werden. Denn

dieser Vorschlag bedeutet einen politischen Rückschritt im Vergleich zum Fez-Plan von 1982.

Weniger Husseins Forderung nach „Frieden im Austausch gegen Land“ war in diesem Zusammenhang für die ablehnende Haltung der Palästinenser bestimmend, sondern sein Bezug auf eine Resolution, welche die Palästinafrage auf ein reines Flüchtlingsproblem verkürzt und die Rechte der Palästinenser auf Rückkehr, Selbstbestimmung und Gründung eines eigenen Staates mit keinem Wort erwähnt.

Der Nationalrat ließ zwar keinen Zweifel an seiner ablehnenden Haltung gegenüber der Resolution 242 als Basis für die internationale Friedenskonferenz. In der politischen Abschlußresolution zeigt aber die Forderung der PLO nach „einer internationalen Friedenskonferenz auf der Grundlage der UN-Resolutionen zur Palästinafrage“ die stillschweigende Akzeptierung der Resolution 242 durch die PLO an.

Am Rande der Nationalratstagung deutete Yassir Arafat in einem Gespräch diese Anerkennung der Resolution 242 an. Er sprach davon, daß sich die PLO „grundsätzlich mit allen UN-Resolutionen befasse, die für die Palästinafrage relevant sind. Ich wiederhole, mit allen UN-Resolutionen, die für die Palästinafrage relevant sind.“ Arafat machte darüber hinaus deutlich, daß die PLO in Husseins Vorschlag „lediglich den Rahmen einer jordanisch-palästinensischen Annäherung sieht, nicht jedoch eine inhaltliche Konkretisierung dieser Annäherung“.

Ja zu allen UN-Resolutionen

Nach Arafats Einschätzung bedeutet die von Hussein in seiner Eröffnungsrede angekündigte jordanisch-palästinensische Kooperation „ohne Zweifel einen deutlichen Auftrieb für die beiderseitigen Bemühungen, die besetzten Gebiete zu befreien“.

Nicht zuletzt vor dem Hintergrund einer beabsichtigten Normalisierung der Beziehungen zu Syrien und zur innerpalästinensischen Opposition vermied der Nationalrat in seiner Abschlußresolution eine allzu offensichtliche offizielle Absegnung von Husseins Friedensvorschlag. Dennoch ist die politische Einbindung der PLO-Strategie in die neue (gemäßigt-)konservative Achse Ägypten-Jordanien nicht übersehbar.

Die äußerst maßvollen und pragmatischen Positionen reflektieren deutlich wie niemals zuvor die Absicht der PLO, die besetzten Gebiete auf dem Wege einer politischen Verhandlungslösung zu befreien. Die Absichtserklärung von der



Interview mit Abu Jihad Enge Abstimmung PLO-Jordanien

Am Rande des 17. Palästinensischen Nationalrats in Amman sprach Georg Stein für das AIB mit einem der Topführer der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), Abu Jihad, alias Khalil al-Wazir, ist stellvertretender militärischer Oberbefehlshaber der PLO und in deren größter Mitgliedsorganisation Al Fatah der Stellvertreter des Vorsitzenden Yassir Arafat.

AIB: König Hussein und Yassir Arafat sprachen in ihren Eröffnungsreden auf dem Palästinensischen Nationalrat in Amman vom Beginn einer neuen gemeinsamen jordanisch-palästinensischen Zusammenarbeit. Welche Rolle soll die PLO dabei übernehmen?

ABU JIHAD: Schon während der beiden letzten Jahre gab es sehr enge Beziehungen zwischen Jordanien und der PLO.

Amman als Tagungsort des 17. Nationalrates der PLO zeigte schließlich sehr deutlich, wie stark die beiderseitigen Beziehungen gegenseitig sind. Auf dieser Grundlage intensiver gegenseitiger Kontakte werden wir gemeinsam den Kampf unseres palästinensischen Volkes in den besetzten Gebieten unterstützen und verstärken.

Fez-Plan als gemeinsamer Nenner

Auf arabischer Ebene werden sich die PLO und Jordanien beiderseitig für den Abbau der momentanen Differenzen einsetzen.

Im internationalen Bereich beabsichtigen wir politische Schritte in Richtung der von beiden Seiten vereinbarten internationalen Friedenskonferenz zu unternehmen.

Die Grundlage der PLO für eine politische Zusammenarbeit wird dabei immer der Fez-Plan von 1982 sein (Wortlaut in: AIB 11-12/1982; d. Red.). Die PLO kann der UN-Resolution 242 (aus dem Jahr 1967; d. Red.) nicht als Ausgangspunkt für Friedensverhandlungen zustimmen, da die Resolution 242 das Palästinenserproblem nur als Flüchtlingsfrage behandelt.

AIB: Nun hat ja Arafat in letzter Zeit mehrmals angedeutet, daß die PLO bereit sei, alle UN-Resolutionen zu akzeptieren.

ABU JIHAD: Das ist richtig. Wir streben das an, denn im Rahmen unserer politischen Strategie müssen wir alle UN-Resolutionen berücksichtigen.

AIB: Unmittelbar vor dem Nationalrat in Amman hat Fatah-Führer Abu Jihad eine Eskalation des bewaffneten Kampfes gegen Israel angekündigt. Wie und wo beabsichtigt die PLO eine Ausweitung ihrer militärischen Aktivitäten?

ABU JIHAD: Der zukünftige Schwerpunkt unseres Kampfes liegt in den besetzten Gebieten.

Gemäß der Charta der Vereinten Nationen haben wir ein Recht auf Widerstand gegen

die militärische Besetzung der Westbank und des Gaza-Streifens. Wir werden auch weiterhin an der Kombination von politischem und bewaffnetem Kampf festhalten, wobei sich beide Widerstandsformen gegenseitig ergänzen.

Auf jeden Fall werden wir unsere Aktivitäten gegen die Besetzung verstärken. Die militärische Option ist nach wie vor eine Grundlage unseres Widerstandes. Und wir müssen den bewaffneten Kampf fortsetzen, um überhaupt gehört zu werden.

Normalisierung mit Ägypten, Syrien

AIB: Der Nationalrat in Amman sprach von positiven Elementen in der Politik Mubaraks gegenüber der Palästinafrage. Nach wie vor gibt es aber nicht wenige Palästinenser, die den Besuch Arafats im Dezember 1983 in Ägypten als Verstoß gegen die Nationalratsbeschlüsse vom Februar 1983 ablehnen.

ABU JIHAD: Der Besuch unseres Bruders Abu Ammar (Arafat) muß zum einen vor dem Hintergrund der Ereignisse in Tripoli (vom Herbst 1983, siehe AIB 1/1984; d. Red.), d.h. der syrischen Aggression mit ihren Handlangern, gesehen werden. Zum anderen bedeutete Arafats Besuch in Kairo in keinsten Weise eine Zustimmung der PLO zu Ägyptens Camp-David-Politik (Sadats Separatabkommen mit den USA und Israel 1978/79; d. Red.).

Arafat besuchte Mubarak in dem Bewußtsein, daß die Araber, ganz besonders aber die Palästinenser, das ägyptische Volk und Ägypten aufgrund seiner politischen Bedeutung in der Region benötigen und nicht vernachlässigen dürfen.

Darüber hinaus implizieren unsere Beziehungen zu Ägypten, wie gesagt, keine Anbindung an Camp David. Wir sind nach wie vor eindeutig gegen den Camp-David-Vertrag und werden auch immer dagegen sein.

AIB: Welche Möglichkeiten sieht die PLO für eine Wiederannäherung ihrer Politik an Syrien?

ABU JIHAD: Diese Frage muß an Syrien gerichtet werden. Wir haben nichts unverändert gelassen, einen Weg zur Normalisierung unserer Beziehungen mit Syrien zu finden.

Ich erinnere dabei an unsere direkten Ver-

suche, aber auch an die Vermittlungsbemühungen u.a. von König Fahd und der Sowjetunion. Bislang blieben jedoch alle Anstrengungen zur Aussöhnung ohne Erfolg, nicht zuletzt deshalb, weil Syrien an seinen Bedingungen für einen Ausgleich festhält. So verlangen die Syrer nach wie vor den Rücktritt Arafats vom Amt des Vorsitzenden der PLO.

Das palästinensische Volk weist das als unannehmbare Einmischung in seine inneren Angelegenheiten zurück. Dennoch werden wir auch im Anschluß an den Nationalrat unsere Bemühungen um normale Beziehungen mit Syrien fortsetzen, unter Berücksichtigung aber unserer unabhängigen politischen Entscheidungsfreiheit bzw. des Prinzips der Nichteinmischung in unsere inneren Angelegenheiten.

AIB: Was gedenkt Al Fatah für die Wiederherstellung der nationalen Einheit innerhalb der PLO tun zu können?

ABU JIHAD: Nach den Auseinandersetzungen von Tripoli und Arafats Besuch in Ägypten gab es innerhalb der PLO einige gegensätzliche Positionen.

Zur Überwindung dieser Differenzen führten wir seit Anfang 1984 einen intensiven mehrmonatigen innerpalästinensischen Dialog.

Fortführung des inneren Dialogs

Trotz der Übereinkunft von Aden im Juli, den Nationalrat bis spätestens zum 15. September 1984 einzuberufen, haben sich einige Gruppen nicht an diese Vereinbarung gehalten. Zur Wahrung einer unabhängigen nationalen PLO-Politik entschied sich Al Fatah dann für die Einberufung des Nationalrates Ende November nach Amman.

Die Al Fatah wird den innerpalästinensischen Dialog auch nach dem Nationalrat mit dem Ziel fortsetzen, eine gemeinsame Basis für die weitere politische Zusammenarbeit zu finden.

AIB: In der gemeinsamen Aden-Erklärung vom 13. Juli 1984 einigten sich die am innerpalästinensischen Dialog beteiligten Gruppen auf eine „Korrektur von PLO-Irrtümern der letzten Jahre“. Welche Fehler hat die PLO Ihrer Meinung nach in den letzten Jahren begangen?

ABU JIHAD: Wir leugnen nicht, daß wir in der langen Periode unseres Kampfes Fehler gemacht haben. Wir sahen uns aber auch einer Konfrontation nach der anderen ausgesetzt.

Nach der israelischen Aggression von 1982 z.B. hatten wir es mit der syrischen Konspiration zu tun, und es blieb uns einfach nicht genügend Zeit für eine ausreichende Überprüfung und Korrektur unserer Positionen. Das hat dazu geführt, daß Fehler nicht rechtzeitig erkannt wurden.

In Zukunft werden wir diese Irrtümer durch ein sorgfältiges Studium unserer Politik zu vermeiden versuchen.

AIB: Welche Erwartungen haben Sie denn an die weitere Nahost-Politik der Europäischen Gemeinschaft?

ABU JIHAD: Die Europäische Gemeinschaft versucht nach wie vor sich ihrer Verantwortung für die Herstellung der palästinensischen Rechte zu entziehen. Auf offizieller Ebene wurde ja deutlich, wie die europäischen Staaten sich unter dem Druck der USA wieder schrittweise von der Venedig-Erklärung aus dem Jahre 1980 entfernt haben. Große Erwartungen in eine grundsätzliche Umkehr der momentanen europäischen Nahost-Politik haben wir keine.

„Verstärkung des bewaffneten Kampfes im Widerstand gegen die zionistische Besatzung“ ist da nur mehr von kosmetischer Bedeutung.

Das Exekutivkomitee der PLO wird nun in den kommenden Monaten über den Vorschlag Husseins beraten.

Anlehnung an Jordanien-Ägypten

In direktem Zusammenhang mit der politischen Anbindung der PLO-Politik an die Achse Ägypten-Jordanien muß auch die, im Gegensatz zum Nationalrat von Algier 1983 (siehe AIB 4/1983, S. 28ff.; d. Red.) veränderte PLO-Position zu Ägypten gesehen werden.

1983 noch verknüpfte die PLO ihre allmähliche Wiederannäherung an Ägypten mit dessen Abrücken von den Camp-David-Beschlüssen (Separatabkommen mit Israel und den USA 1978/79; d. Red.). In Amman konstatierte der Nationalrat jetzt „eine neue bedeutende Entwicklung der ägyptischen Politik“ seit 1983.

Gemeint sind damit vor allem die verschiedentlich erhobenen Forderungen des ägyptischen Präsidenten Hosni Mubarak, die PLO an Verhandlungen zur Lösung der Palästinafrage zu beteiligen. Viel wurde auf dem Nationalrat von einer gesamtarabischen Politik gesprochen, die es Ägypten ermöglichen soll, sich sukzessive von Camp David loszusagen.

Die Einschätzung, Ägypten könnte sich längerfristig von Camp David und damit auch von seiner Anerkennung Israels entfernen, muß allerdings als wenig realistisch angesehen werden. Was für die PLO bleibt, sind vorerst lediglich Erwartungen in eine neuartige Interpretation der Camp-David-Verträge durch Mubarak, d.h. seine Ablehnung der sog. Autonomielösung bzw. sein Eintreten für das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser.

Der Besuch Arafats bei Mubarak im Dezember 1983 war auf dem Nationalrat in Amman nicht unumstritten. Er wurde jedoch nach heftigen Diskussionen als ein Schritt auf dem Wege der Annäherung zwischen der PLO und Ägypten mehr oder weniger sanktioniert.

In geradezu einmütiger Weise verurteilte der Kongreß „die Absichten Syriens, die PLO zu kontrollieren und zu spalten“. Ungeachtet der politischen Differenzen zwischen beiden Seiten, sprach Faruk Kaddoumi, der Leiter der politischen Abteilung der PLO, in seinem politischen Report von der „nationalen Aufgabe, für den effizienten Kampf gegen den Imperialismus die Beziehungen zwischen der PLO und Syrien zu normalisieren“. Ein möglicher Ausgleich mit Syrien kann nach dem Verständnis der

PLO jedoch nur auf der Grundlage der gegenseitigen Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten bzw. der syrischen Respektierung einer unabhängigen PLO-Politik erfolgen (siehe Kasten).

Objektiv gesehen wird aber die enge Kooperation zwischen Jordanien, Ägypten und der PLO eher zu einer Vertiefung der gegenwärtigen politischen Isolierung Syriens führen, was die praktische Aussöhnung zwischen Arafat und Assad nicht eben erleichtern wird.

Es bleibt abzuwarten, inwieweit die verbalen Absichtserklärungen der PLO umgesetzt werden in eine konkrete beiderseitige Annäherung. Ohne Syrien wird sich im Nahen Osten jedenfalls keine dauerhafte Lösung finden lassen, von diesem Faktum scheint auch die PLO nach wie vor überzeugt zu sein.

Inneren Dialog offengehalten

Wagt man eine zusammenfassende politische Bestandsaufnahme des 17. Palästinensischen Nationalrates, so kann man wohl die politische Stärkung der Position Yassir Arafats kaum übersehen.

Arafats Eintreten für die Abhaltung des Nationalrats in Amman hat neben der wiedergewonnenen Handlungsfreiheit der PLO insgesamt vor allem seinen eigenen Kurs bestätigt. Der PLO-Vorsitzende wird in den kommenden Monaten in den Auseinandersetzungen mit Syrien und der innerpalästinensischen Opposition über erheblich mehr Spielraum verfügen. Seine Gegenoffensive scheint so-

mit in dieser Sicht erfolgreich gewesen zu sein.

Die gestärkte Position Arafats zeigt sich nicht zuletzt in der Zusammensetzung des neuen PLO-Exekutivkomitees. Durch seinen taktisch bestimmten Rücktritt als PLO-Vorsitzender erpreßte Arafat mehr oder weniger den Nationalrat zur Wahl seiner Wunschkandidaten für das Exekutivkomitee. Die unabhängigen, neu gewählten Exekutivkomiteemitglieder können wohl ausnahmslos als Anhänger Arafats angesehen werden. Während jeweils ein Sitz für die PFLP, DFLP und Saika für den Fall einer künftigen innerpalästinensischen Aussöhnung frei gehalten wurden, verlor das Volksfront-Generalkommando von Ahmed Jibril seinen Sitz im Exekutivkomitee.

Alles in allem hat der Nationalrat deutlich seine Bereitschaft für eine Fortsetzung des palästinensischen Dialogs auf der Grundlage der Aden-Vereinbarung (vom 13.7.1984, Wortlaut in: AIB 9/1984, S. 10-11; d. Red.) erklärt und somit eine Tür offengelassen für die politische Aussöhnung mit den Gruppen der Demokratischen Allianz.

Diese hat mittlerweile ihre Absicht unterstrichen, sich an keinerlei Aktionen irgendwelcher arabischer Staaten zu beteiligen, die auf die Spaltung der PLO bzw. den Aufbau einer konkurrierenden PLO zielen. Für eine gemeinsame Politik zur Durchsetzung ihrer legitimen Rechte bleibt die schon so oft totgesagte palästinensische Einheit nach wie vor eine nicht unwichtige Voraussetzung.

Che Guevara **DER NEUE MENSCH**
Erstmalig in deutscher Sprache

Die neue Gesellschaft, für die Ernesto Che Guevara, der „Revolutionär ohne Grenzen“, sein Leben lang kämpfte, erfordert die völlige Überwindung und die grundlegende Veränderung der Formen menschlichen Zusammenlebens. Aber damit allein ist es noch nicht getan: Wer die Welt verändern will, der muß auch den Menschen verändern.

Che Guevaras Entwürfe für ein Leben in der Zukunft, die hier erstmals in deutscher Sprache erscheinen, bieten wichtige Ansätze zur Diskussion über Chancen und Perspektiven einer menschenwürdigen Gesellschaft.

Ernesto Che Guevara
DER NEUE MENSCH
Entwürfe für das Leben in der Zukunft
176 Seiten, 12,80 DM

Im Buchhandel erhältlich Postfach 789, 4600 Dortmund

WELTKREIS

Ivesa Lübben-Pistofidis

Die Verhandlungen von Naqoura



Israelische Besatzer auf Patrouille im Südlibanon

Am 9. November 1984 begannen im Hauptquartier der UN-Friedenstruppen UNIFIL im libanesischen Grenzort Naqoura Gespräche zwischen Israel und dem Libanon über einen Rückzug der israelischen Truppen aus dem Südlibanon.

Die Tatsache, daß diese Verhandlungen überhaupt zustandekamen, ist auf den Massenwiderstand der Bevölkerung im Südlibanon und auf die zunehmenden bewaffneten Aktionen der Nationalen Widerstandsfront zurückzuführen, die seit 1982 nach offiziellen Angaben Tel Avivs über 600 israelischen Soldaten das Leben kostete – die Dunkelziffer dürfte weitaus höher sein.

Ein neuer Knebelvertrag?

Die Besatzung kostet den zionistischen Staat täglich 1 Mio Dollar. Und das sind Kosten, die für das von der schwersten Wirtschaftskrise seiner Geschichte geschüttelte Land mit einer Inflationsrate von inzwischen 580% kaum noch zu verkraften sind.

Die israelische Seite mußte in Naqoura zunächst der libanesischen Forderung

zustimmen, daß die Verhandlungsdelegationen nur aus Militärs bestehen dürfen, somit die Gespräche keinen politischen Charakter haben, und die Verhandlungen zudem unter UNO-Aufsicht stattfinden.

Dennoch herrscht im Libanon wenig Optimismus darüber, daß sie tatsächlich in einen Rückzug der israelischen Besatzungstruppen münden werden. Zu unterschiedlich sind die Positionen.

Es sieht so aus, als würde die Verhandlungsstrategie Israels darauf hinauslaufen, die Gespräche von Naqoura in einen Knebelvertrag münden zu lassen, ähnlich dem, der am 17. Mai 1983 (siehe AIB 7-8/1983, S. 40ff.; d. Red.) zwischen der Begin- und der Gemayel-Regierung geschlossen wurde. Dieses Abkommen war infolge der Kämpfe um die Rückeroberung Beiruts im Februar 1984, die mit einem bedeutenden Positionsgewinn der libanesischen Linken endeten, und auf Druck der syrischen Regierung wieder gekündigt worden.¹

Die libanesische Militärdelegation legte zu Beginn der Verhandlungen ein 6-Seiten-Papier vor, in dem der bedingungslose Rückzug der israelischen Truppen, Reparationszahlungen im Umfang von

10 Mrd Dollar für die Verwüstungen während der Invasion Israels im Sommer 1982 und die Anerkennung der Souveränität der libanesischen Regierung über das ganze Territorium des Landes gefordert wird – Forderungen, die von israelischer Seite rundweg abgelehnt werden.

Die Regierung Peres/Schamir hat sehr deutlich gemacht, daß sie sich weiterhin den Zugriff auf den Südlibanon vorbehält – nur mit weniger Kosten an Material und Menschenleben.

Israel will sich weiterhin das Recht auf Aufklärungsflüge über den Süden und Marinepatrouillen entlang der libanesischen Küste sowie auf Vergeltungsschläge gegen sog. „Infiltrationsversuche“ vorbehalten.

Eine Schlüsselrolle bei den Verhandlungen kommt der Zukunft der 1978 von den Israelis aus libanesischen Kollaborateuren und von der israelischen Armee bewaffneten und ausgebildeten Südlibanesischen Armee des Offiziers Lahad (Nachfolger des 1984 verstorbenen Majors Haddad; d. Red.) zu. Diese Quislingstruppe übt zur Zeit im besetzten Südlibanon administrative Funktionen aus, assistiert der israelischen Armee bei Razzien und Verhören und terrorisiert die nichtkollaborationswillige Bevölkerung des Südens.

Streitpunkt Quislingstruppe

Die israelische Seite besteht darauf, daß diese Marionettentruppe die Kontrolle zumindest im Grenzgebiet zu Israel beibehält, während das Hinterland der UNIFIL unterstellt werden soll. Diese UN-Truppe soll auf ca. 10.000 Mann verdoppelt werden. Die libanesische Armee soll demnach nur bis nördlich der Awali-Linie vorrücken.

Diese Forderungen entsprechen genau dem Geheimplan des US-Nahostbeauftragten Murphy, aus dem die libanesische Zeitung An-Nahar Ende September 1984 Teile veröffentlichte.²

Ein hoher israelischer Offizier bestätigte gegenüber dem britischen Guardian, daß auch nach einem Rückzug israelische Offiziere als Berater und Ausbilder der Südlibanesischen Armee im Libanon verbleiben sollen. Er drohte damit, die Un-

terdrückungspraxis auch in Zukunft fortzusetzen: „Die Milizen werden Verhörmethoden anwenden, die wir zwar nicht erlauben, die aber im Libanon üblich sind.“³

Auch von Syrien, das der libanesischen Regierung grünes Licht für die Verhandlungen gegeben hat, verlangt die israelische Seite Garantien.

Zum einen sollen die Syrer zusichern, daß sie keine Truppen in die von Israel geräumten Gebiete entsenden. Zum anderen sollen sie verhindern, daß palästinensische Kommandos von Positionen hinter den syrischen Linien aus gegen israelische Ziele operieren. Diesen Bedingungen soll die syrische Regierung nach Berichten Radio Israels nachgekommen sein.

Die Syrer sind an einem möglichst schnellen Abbau der israelischen Raketen im Libanon, die eine unmittelbare Bedrohung der Hauptstadt Damaskus darstellen, und der israelischen Telekommunikationseinrichtungen, mit denen faktisch jede syrische Truppenbewegung zu kontrollieren ist, interessiert.

Andererseits steht auch das Regime in Damaskus den israelischen Absichten skeptisch gegenüber.

Angesichts der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Jordanien und Ägypten, der Einberufung des palästinensischen Nationalrats nach Amman durch die Fatah-Führung und angesichts der Wiederannäherung Irak-USA würde sich bei Positionsgewinnen Israels im Libanon der Ring proimperialistischer Allianzen um Syrien vollends schließen.

Im Libanon selber kommt die lauteste Kritik an den Verhandlungen aus dem islamisch-fundamentalistischen Lager. Erstmals organisierten der Führer der antikommunistischen, sunnitischen Tauhid-Bewegung, Schaaban, der für die Ermordung von über 50 Kommunisten



Zeit des Wiederaufbaus. Für wie lange?

in der Nordlibanesischen Hafenstadt Tripoli 1983 verantwortlich zeichnete, und der Führer von Khomeini-nahen schiitischen Gruppen Fadlallah eine gemeinsame Demonstration, auf welcher der Abbruch der Gespräche von Naqoura gefordert wurde.

Besonders Fadlallah versucht durch solche Aktionen seine Position unter den libanesischen Schiiten, die immerhin inzwischen 40% der Bevölkerung ausmachen, gegenüber Nabih Berri, dem Führer der Amal-Bewegung, der in der Regierung Karame die Ressorts Justiz und Südlibanon bekleidet, auszubauen. Allerdings hat auch Berri mit seinem Aufruf zum Generalstreik im Südlibanon 2 Tage nach Beginn der Verhandlungen von Naqoura deutlich gemacht, daß nur der Widerstand der Bevölkerung der Besatzung ein Ende setzen kann.

Aber auch die Libanesische Kommuni-

stische Partei (PCL) hat Kritik an den Verhandlungen mit Israel angemeldet, wenn auch in differenzierter Form.

So meint beispielsweise PCL-Generalsekretär Georges Hawi: „Zweifelsohne sähen Israel, die USA und das Regime im Libanon es gerne, wenn diese Gespräche von ihrem ursprünglichen Ziel abweichen und in direkte Gespräche zum Abschluß eines neuen Abkommens entsprechend dem vom 17. Mai 1984 münden würden...“

Dennoch liegt unserer Ablehnung der Gespräche nicht dieselbe Überlegung zugrunde wie die anderer Parteien, die versuchen den patriotischen Flügel der Regierung, repräsentiert durch Nabih Berri von der Amal-Bewegung, Walid Junblatt von der Sozialistischen Fortschrittspartei und Premierminister Raschid Karame infrage zu stellen. Wir betrachten es als legitim zu versuchen, die Gespräche voranzutreiben unter der Bedingung, daß die Forderung nach einem vollständigen und bedingungslosen Rückzug der israelischen Truppen... aufrechterhalten wird und daß es in dieser Frage zu keinerlei Kompromiß kommt. Wir als kommunistische Partei sind entschlossen, diese Haltung der patriotischen Elemente im Kabinett zu unterstützen und sie zu ermutigen die Gespräche dann zu beenden, wenn ihren Bedingungen nicht begegnet wird und einzustimmen auf den Massenkampf und den bewaffneten Kampf, um den Rückzug der Besatzungsmacht zu erzwingen.“⁴

Gemayels Spiel auf Zeit

Die Situation im Kabinett ist ohnehin äußerst gespannt.

Die Regierung der Nationalen Einheit, in der das Regime sowie die Opposition gleichermaßen vertreten sind, widerspiegelt das labile Gleichgewicht im Lande. Ständige bewaffnete Auseinandersetzungen an der Demarkationslinie in Beirut zwischen dem von Phalangisten und dem von den patriotischen Kräften kontrollierten Teil zeigen das.

Das Gemayel-Regime versucht, jede wirkliche Reform im Lande zu verhindern. Die Rechte, die mit der Rückeroberung Westbeiruts durch die Linkskräfte im Februar 1984 eine schwere Schlappe hat einstecken müssen, versucht Zeit zu gewinnen, um das Kräfteverhältnis im Land wieder zu ihren Gunsten zu verändern. Obwohl z.B. auf der Lausanner Konferenz im März 1984 die Einsetzung eines Verfassungskomitees beschlossen wurde, das innerhalb eines halben Jahres einen neuen Verfassungsentwurf vorlegen sollte, dauerte es allein ein halbes Jahr, bis ein solches Komitee überhaupt zustande kam.



Präsident Amin Gemayel versucht jegliche Reform zu verhindern

Das Regime hat bisher keinerlei Maßnahmen zur Befreiung des Südlibanon oder zur Unterstützung des Widerstandes gegen die Okkupationsarmee beschlossen. Ein effektiver Sicherheitsplan für ganz Beirut wurde immer wieder blockiert. Das Land ist immer noch zersplittert in Einflußsphären und die Armee ist nach wie vor auf der Grundlage konfessioneller Gesichtspunkte strukturiert.

In dieser Situation beschloß Junblatt als einer der Oppositionsvertreter in der Regierung den sog. „pacte d'honneur“, die in Lausanne getroffene Abmachung, die die Einstellung jeder Attacke einer der an der Konferenz beteiligten Parteien gegen eine andere vorsah, zu brechen.

Nationale Front im Entstehen

Die Bildung einer solchen Front war seit dem Ausgang der Lausanner Konferenz, in deren Ergebnis die Nationale Errettungsfront an der Frage des Konfessionalismus faktisch auseinandergebrochen war, in der Diskussion.

Am 9. Oktober 1984 kündigte Walid Junblatt auf einer Pressekonferenz die Gründung eines provisorischen Vorbereitungskomitees zur Bildung einer Nationalen Demokratischen Front im Libanon an.

Die Ziele der Nationalen Errettungsfront, der neben der Linken auch Vertreter der nationalen Bourgeoisie, wie der jetzige Premierminister Karame oder der ehemalige Staatspräsident Frangie angehörten, waren die Aufkündigung des Knebelvertrages vom 17. Mai 1983, die Verhinderung der Ausdehnung des Einflußbereichs der Phalangisten im Zentrallibanon, die Verhinderung der Monopolisierung der Staatsmacht durch die Phalangisten und die Einleitung eines nationalen Dialogs.

Diese Ziele waren mit dem Ausgang der Lausanner Konferenz objektiv erreicht. Zu weiteren grundlegenden Änderungen des Systems waren die Vertreter der nationalen Bourgeoisie – aus Furcht selbst an Einflußsphären einzubüßen – innerhalb der Nationalen Errettungsfront nicht bereit. Der Linken im Libanon geht es aber heute darum, die Strukturen selbst zu verändern, die das Land von einem Bürgerkrieg in den nächsten geführt haben und die Zersplitterung zu überwinden, die eine ständige Einflußnahme durch den Imperialismus ermöglicht hat. Diese neue Aufgabenstellung macht auch eine neue Form des Bündnisses erforderlich.

Junblatt nannte auf der erwähnten Pressekonferenz folgende vorläufige Aktionsschwerpunkte der Nationalen Demokratischen Front:

1. Fortsetzung des Kampfes zur Befreiung des Südens;
 2. Wiederherstellung der Einheit des Libanon;
 3. Wahrung des arabischen Charakters des Libanon;
 4. eine unabhängige fortschrittliche Außenpolitik;
 5. strukturelle Reformen zur Änderung des politischen Systems und eine Neustrukturierung der Armee;
 6. soziale und ökonomische Reformen.
- Dem Vorbereitungskomitee zur Bildung der Front gehören bislang neben Junblatts Sozialistischer Fortschrittspartei

die PCL, die Arabische Demokratische Partei, die Arabisch-Sozialistische Union und die Syrische Nationalsoziale Partei an.

Besonders die PCL hat allerdings angemerkt, daß die Front bislang politisch noch zu eng sei und es notwendig sei, andere fortschrittliche und patriotische Organisationen, voran die Amal, mit in die Arbeit der Front einzubeziehen.

Anmerkungen:

- 1) Siehe: AIB 3 und 5/1984
- 2) Le Monde, Paris, 2.10.1984
- 3) Zit. nach: Übersetzungstext eines Interviews von Al-Hadaf/Democratic Palestine mit Georges Hawi, November 1984

Zeitschriftenschau

Informationsdienst Südliches Afrika, Nr. 7/November 1984

Schwerpunkt: **Homelands in Südafrika** ● Programmierter Elend ● Daten, Zahlen, Fakten ● Dezentralisierung ● Investitionen in den Homelands ● „Repräsentanz der Republik Bophuthatswana für die Bundesrepublik“ ● Österreich und die Transkei ● **Südafrika**: Das Land unregierbar machen – Wahlboykott, Schülerproteste und Aufstände ● **Mosambik**: Vom Henker zum Richter – Eine erste Einschätzung der „Deklaration von Pretoria“ ● **Zimbabwe**: Auf dem Weg zum Einparteiensstaat ● Interview mit W. Musaurwa (ZAPU) ● **Südliches Afrika**: Grüne Bewegung in den Frontstaaten
Einzelpreis 5 DM; Abo 40 DM
Bezug: issa, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1

Latinamerika-Nachrichten, Nr. 132/Dezember 1984

Chile: Pinochet will die Opposition zerschlagen ● **Uruguay**: Im Wahlmonat ● **Bolivien**: Die bedrängte Demokratie ● Frauenforderungen an die COB ● **Peru**: Die Mütter von Ayacucho ● „Jedem Kind täglich einen Liter Milch“ ● **Guatemala**: Demonstration und Streik ● **Mexiko**: Politische Gefangene und Verschwundene ● **Nikaragua**: Wahlen und Alarmzustand ● Beobachtungen am Wahltag ● Zum Tode von Enrique Schmidt ● **El Salvador**: Nach dem ersten Dialog ● Solidarität – nur Jubel? ! ● **Costa Rica**: Precarismo – Der Kampf ums Überleben ● **Surinam**: Jubelfeste und Wirtschaftsprobleme ● **Kirche**: Pax Christi zur Theologie der Befreiung
Einzelpreis 4 DM; Abo 45 DM
Bezug: FDCL, Im Mehringhof, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

ila-info, Nr. 80/Oktober 1984

Schwerpunkt: **Solidarität und Frieden für Mittelamerika** ● Interview mit Noam Chomsky ● Zerstörung von zwei Kaffeeplantagen in Nicaragua durch die Contras ● Parteien in Nicaragua ● Flächenbombardements in El Salvador ● **Honduras**: Streitkräfte: Nationaler Aufbruch ● **Guatemala**: Menschenrechtsverletzungen bei Coca Cola ● **Argentinien**: schwieriger Weg ● **Präsidentenwahlen in Brasilien** ● **Peru** wird langsam eine Filterkammer ● „Wer wäscht die Wäsche in Kuba?“ ● **Ländernachrichten**: **Grenada** – ein Jahr US-Besatzung ● **Guatemala** – Die „zivilen Selbstverteidigungsgruppen“ und die Verschuldung der Bauern ● **Solidaritätsbewegung**: BRD-Entwicklungshilfe an El Salvador ● Kommentar zur Rede von Octavio Paz
Einzelpreis 3 DM; Abo 25, 30 bzw. 35 DM
Bezug: ila, Römerstr. 88, 5300 Bonn 1

Mittelamerika-Magazin, Nr. 43/Dezember 1984

Nicaragua: Nach den Wahlen die Invasion? ● Ruhige Wahlen von großer Transparenz ● Von der Freiheit der Wahlen ● Wahltag in San Ramon ● Wahlen in Nicaragua und El Salvador: Ein Vergleich ● „Die US-Regierung will das revolutionäre Nicaragua ganz weg haben.“ ● Aus dem Leben Enrique Schmidts ● **El Salvador**: Böller in der Friedenspfeife? ● Forderungskatalog der FMLN/FDR ● **Duartes** 10-Punkte-Vorschlag ● Gemeinsames Kommuniqué der FMLN/FDR und der Regierung ● **Guatemala**: Das zivile Gesicht der Aufstandsbekämpfung ● **Grenada**: „Die USA sind nie gekommen, um den armen Leuten zu helfen.“ ● Sir Eric und die Wahl ● **Mittelamerika**: Zuckerelexport in der Krise ● **Solidaritätsarbeit**: Spendenauftrag El Salvador ● **Spendenauftrag Guatemala** ● **Nicaragua** braucht Techniker – und unsere Hilfe ● **Guatemala**-Bundestreffen ● Den Sumpf der Prostitution trockenlegen ● Städtepartnerschaften
Einzelpreis 3 DM; Abo 18 bzw. 28 DM
Bezug: Magazin-Verlag, Königsweg 7, 2300 Kiel 1

Blätter des iz3w, Nr. 121/November 1984

Chronik: El Salvador ● Peru ● Pestizide in der Dritten Welt ● **Mosambik**: Der Nkomati-Vertrag – und nun? ● **Irak**: Opposition ● Verschuldung und IWF: IWF – Geschichte ● Aufbau und Kreditvergabe ● Auslandsverschuldung historisch gesehen ● Dritte Welt in der Wirtschaftskrise 1929/32 ● Die Magier des Marktes: Die USA und internationale Finanzorganisationen ● Dritte Welt im Schuldturn (2. Teil) ● Thesen zur Reform des IWF ● Stellungnahmen der Jusos und der Grünen ● **Literaturliste**
Einzelpreis 5 DM; Abo 40 bzw. 30 DM
Bezug: Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, 7800 Freiburg

Peripherie Nr. 17/1984

Kleinbauern und Agrarentwicklung: Uwe Hoering: Indien – Operation Flood ● Christian Sepúlveda: Nicaragua – Agrarkapitalismus, Weltmarktintegration und Staat in einer Übergangsökonomie ● Christian Sigrist: Die soziale Rolle der technischen Kader in der ländlichen Entwicklung ● Klaus Kampeter: Marginalität in der BRD. Zur sozialen Lage der kleinfärmerlichen Bevölkerung ● Jaime Ensignia: Chile – Der gewerkschaftliche Widerstand und der Kampf für die Demokratie
Einzelpreis 9 DM, Doppelheft 16 DM; Abo 30 DM
Bezug: FDCL, Im Mehringhof, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

FORUM entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Nr. 85/November 1984

Dritte Welt Haus Bremen: Wer hat uns verraten? Sozialdemokraten ● Gedanken gegen eine Unterstützung von Projekten Umweltprobleme und Umweltschutzbewegungen in der Dritten Welt. Das Beispiel Brasilien ● Interview mit: M. Molife, Black Woman Unite ● Leserbrief ● Protokoll der Sitzung des BUKO-Koordinierungsausschuß vom 5.-7.10. in Neuss ● Ohne Moos nix los ● Material ● Workcamps/Briefwechsel mit BMZ ● Wandel durch Handel? ● Termine ● Zeitschriftenübersicht ● Pharma-Brief ● Agro-Brief
Einzelpreis 3 DM; Abo 36 bzw. 50 DM
Bezug: FEA-Verlag, Ruhrstr. 14, 4040 Neuss 21



Aufgebahrtes Attentatsopfer Indira Gandhi und ihr Nachfolger Rajiv Gandhi (l.)

Georg Diederichs/Andreas Krajczek Indien nach Indira

„Plötzlich, wie aus heiterem Himmel, schossen zwei Personen, die Sten-Gewehre trugen – eine uniformiert, eine in Zivilkleidung –, auf Frau Gandhi. Zwischen acht und zehn Kugeln trafen sie.“ Mit diesen Worten meldete die Presseagentur United News of India am 31. Oktober 1984 die Ermordung der indischen Ministerpräsidentin Indira Priyadarshini Gandhi. Tags darauf suchten die blutigsten Auseinandersetzungen – Rachezüge von Hindus gegen Sikhs – seit der Teilung des Jahres 1947 Indien heim. Indien ohne Indira Gandhi – eine Wirklichkeit, die sich mit der Vorstellung noch immer nicht so recht vereinbaren lassen will.

„Indira ist Indien, und Indien ist Indira“, diese zündende Parole, die zu ihren Lebzeiten ihre Anhänger ebenso begeisterte wie sie ihre Kritiker provozierte, könnte nach ihrem gewaltsamen Tod dennoch bis zu einem gewissen Grad wahr werden.

Äußerlich ist Indien zwar wieder zur Normalität zurückgekehrt. Doch das

Morden, Brennen und Plündern, das dem Mord von Delhi folgte und schätzungsweise 1.500 Menschenleben forderte, hat dem ohnehin schon von gewaltsamen Zusammenstößen zwischen verschiedenen religiösen und ethnischen Bevölkerungsgruppen schwer erschütterten Land zusätzlich Wunden geschlagen, die nicht so schnell verheilen werden.

„Indira ist Indien“

Indira Gandhi war zweifelsohne eine der schillerndsten Persönlichkeiten der Weltpolitik. 1917 in Alahabad, im heutigen Unionsstaat Utar Pradesh, geboren, war das Haus ihres Vaters Jawaharlal Nehru (Indiens erstem Ministerpräsidenten nach der Unabhängigkeit im Jahr 1947) ein Zentrum des politischen Widerstands gegen die britischen Kolonialherren. Ihre Eltern wurden mehrfach inhaftiert, und auch Indira, die sich früh dem Indischen Nationalkongreß (INC) angeschlossen hatte, wurde mehrmals verhaftet und ins

Gefängnis geworfen.

1955 wurde die Oxford-Absolventin Indira Gandhi in die Führung der Kongreß-Partei, 1959 zu deren Präsidentin gewählt. Nach dem Tod Nehrus im Mai 1964 trat sie als Ministerin für Information und Rundfunk in das Kabinett des Nehru-Nachfolgers Lal Bahadur Shastri ein. Nach Shastris Tod im Januar 1966 wurde sie gegen den Willen des rechten Flügels der Kongreß-Partei zur Ministerpräsidentin Indiens gewählt. Dieses Amt hatte sie, mit Ausnahme der Jahre 1977-80, ohne Unterbrechung inne.

Außenpolitisch war Indira Gandhi eine der profiliertesten Vertreterinnen der Nichtpaktgebundenen, deren Vorsitz sie 1983 übernahm. Entschieden trat sie gegen Reagans globalen Konfrontationskurs, für eine weltweite Abrüstung und eine Neue Weltwirtschaftsordnung zugunsten der Länder der Dritten Welt ein.

Die von Indira Gandhi geführte Regierung schlug als ersten wichtigen Schritt

zur atomaren Abrüstung einen umfassenden Teststopp für Atomwaffen vor. Sie unterstützte ein Verbot der chemischen Waffen, der Neutronenwaffe und militärischer Aktivitäten im Weltraum.¹ Eingedenk dieser Prinzipien indischer Außenpolitik unterzeichnete Indira Gandhi denn auch im Mai 1984 zusammen mit den Staats- und Regierungschefs Argentiniens, Mexikos, Schwedens, Griechenlands und Tansanias einen gemeinsamen Appell zur Abrüstung und Verhinderung eines Atomwaffenkrieges.

Balkanisierung mit Hilfe der Sikhs

Unter anderen Vorzeichen stand hingegen Indira Gandhis Vorgehen hinsichtlich der explosiven religiösen und ethnischen Auseinandersetzungen im eigenen Land.

Hier setzte die Ministerpräsidentin nach einer nahezu dreijährigen Konflikteskalation zunehmend auf eine militärische und nicht politische Lösung der Probleme. Von daher erklärt es sich einerseits, daß die beiden Mörder Indira Gandhis jenen Sikh-Extremisten zuzurechnen sind, deren blutigen Terror die Ministerpräsidentin durch massive Militäreinsätze im Pandschab im Juni 1984 beenden wollte.

Bereits unmittelbar nach der Großaktion gegen den Goldenen Tempel in Amritsar, dem von Sikh-Extremisten zur waffenstarrten Festung ausgebauten Heiligtum, hatte der in London lebende selbsternannte Führer der Separatistenbewegung für ein unabhängiges Khalistan, Jagjit Singh Chauhan, die Ermordung Indira Gandhis angedroht und sogar über den Auslandsdienst der britischen BBC ankündigen lassen.² Nach der Tat ließen die Sikh-Ultras abermals über BBC verlauten, nun würden Rajiv und die Restfamilie Gandhi ausgetrottet.

So ist es naheliegend, daß sich die indischen Sicherheitsorgane bei ihrer Untersuchung der näheren Umstände des Mordanschlag mit den Auslandskontakten der Verschwörer beschäftigen. Was auch immer sich dabei an Details ergeben wird, feststehen dürfte: Die Waffe wurde den Mördern von denen in die Hand gegeben, die die nationale Einheit und territoriale Integrität Indiens antasten und vor allem seine antiimperialistische Außenpolitik torpedieren wollen.

Andernteils sind die Todesschüsse auf Indira Gandhi so gesehen die konsequente Fortführung jenes von der Reagan-Administration ausgearbeiteten Balkanisierungsplans, der 1983 aufgedeckt wurde.³

Ihm zufolge soll Indien durch „Spezialoperationen“ des CIA, d.h. durch das gezielte Schüren religiöser und ethnischer Konflikte, durch Wirtschaftssabo-

tage sowie durch die Organisierung politischer Umsturzaktionen „neutralisiert“ werden.⁴ Hierbei kommt den separatistischen Exilführern der Sikhs, Chauhan und Ganga Singh Dhillon, letzterer mit Sitz in den USA, eine Vorzugsrolle zu. Sie offerieren ungeniert im Exilorgan Khalistan News (siehe Faksimile) die „Sikh-Republik Khalistan“.

Gründe für diese Destabilisierungsabsichten sind die führende Rolle der Regierung Gandhi in der Nichtpaktgebundenenbewegung, ihr Widerstand gegen Washingtons Hochrüstungs- und Konfrontationskurs, ihr Eintreten für die Entmilitarisierung des Indischen Ozeans oder für eine politische Lösung in Sachen Afghanistan.

Sozialer Nährboden...

Ob die von den aggressivsten imperialistischen Kräften gewünschte Balkanisierung Indiens Realität wird, hängt in der jetzigen zugespitzten Situation mehr denn je von einer besonnenen und erfolgreichen Innenpolitik der Zentralregierung ab.

Dreh- und Angelpunkt ist dabei die wirtschaftliche und soziale Lage der Mehrheit der indischen Bevölkerung, die heute 771 Mio zählt. Auseinandersetzungen zwischen unterschiedlichen religiösen und ethnischen Gruppen, wie sie in den letzten Jahren mehrfach und in verschiedenen Regionen Indiens zu erleben waren, haben nämlich ihren Nährboden vor allem in sozialen Konflikten.

Dies gilt beispielsweise für den Pandschab, wo die sikhistische Großgrundbesitzerschicht und Großbourgeoisie als Hauptkraft der nationalistischen Sikh-Bewegung die Unzufriedenheit der Sikh-Bevölkerung (etwa 52% der Bevölkerung Pandschabs) mit den sozialen Verhältnissen geschickt für ihre Sezessionspläne zu instrumentalisieren sucht.⁵

Indien hat nach der Erlangung der Unabhängigkeit im Jahre 1947 unter der Führung des Indischen Nationalkongresses (INC) einen eigenständigen kapitalistischen Entwicklungsweg eingeschlagen. Seitdem kann Indien einerseits beachtliche wirtschaftliche Erfolge verbuchen, etwa im industriellen Zuwachs oder der nunmehrigen Selbstversorgungskapazität mit Getreide. Andererseits verbesserten sich die Lebensbedingungen der Bevölkerungsmehrheit nur unzureichend.

Gegenwärtig stellt sich die Lage so dar: Das Bruttosozialprodukt ist im Wirtschaftsjahr 1983/84 um 7% gestiegen. In der Landwirtschaft, die etwa 1/3 zum Bruttoinlandsprodukt beiträgt, konnte trotz der blutigen Auseinandersetzungen in dem für die landwirtschaftliche Produktion wichtigen Bundesstaat Pand-

schab, eine Rekordgetreideernte von 150 Mio Tonnen erzielt werden. Die landwirtschaftliche Erzeugung ist damit um 9% gestiegen, die industrielle Erzeugung um 5,5%.

Trotz dieser Erfolge sieht Indiens Wirtschaft schweren Zeiten entgegen. Ab 1985/86 werden die Rückzahlungen der Milliardenkredite des Weltwährungsfonds (IMF) fällig.⁶ Das macht verstärkte Exporte erforderlich, um die Deviseneinnahmen zu erhöhen.

Die Situation der Bevölkerung ist weitgehend miserabel. Ein Großteil ist unterernährt, arbeitslos usw., also von der Befriedigung menschlicher Grundbedürfnisse ausgeschlossen (siehe Kasten). Die Landflucht verwandelt die Randzonen der Millionenstädte in eine Slum-Hölle. In der 7-Mio-Stadt Delhi etwa stellen die Bewohner von Jhuggies (Elendshütten) fast 1/6 der Einwohner.

Indira Gandhi hat so – neben den erwähnten Erfolgen – auch wesentliche Probleme ihres Landes ungelöst hinterlassen.

...der religiös-nationalen Konflikte

Ihr Slogan „Garibi hatao“ („Weg mit der Armut“) blieb eine leere Versprechung. Dies bedeutete auch einen Ansehensverlust bei der Bevölkerung. Gegenüber den religiösen und nationalen Konflikten und den separatistischen Tendenzen setzte sie mehr und mehr auf teilweise recht brutale Militäreinsätze. Etwa gleichartig geriet ihr Vorgehen gegen streikende Arbeiter bei größeren Arbeitskämpfen in den Schlüsselindustrien. Für ihre Innenpolitik ist in den 15 Jahren

Organ der Separatistenbewegung der Sikhs

Britain's only SIKH paper in English published monthly

ਕਲਿਆਣ ਨਿਊਜ਼

KHALISTAN NEWS

Volume 11 No. 2 SUNDAY 15 FEBRUARY 1983 PRICE 15p

FACTS ABOUT KHALISTAN

1. KHALISTAN will be a Democratic Independent Sovereign Republic.
2. KHALISTAN will not only be a haven for the Sikh but a sheltering place for the oppressed people of the world.
3. KHALISTAN will be free from exploitation of man by man.
4. KHALISTAN will be a secular Democratic state. The rights of minorities will be fully protected and safeguarded.
5. KHALISTAN will be a free free country and social justice.
6. KHALISTAN will be one of the richest states of the world.
7. KHALISTAN will be a happy land in countries of the world.
8. KHALISTAN's population will be greater than that of all countries of the world.
9. KHALISTAN will act as a buffer state between India and Pakistan and will therefore be a guarantee of peace in the Indian Sub-Continent.
10. KHALISTAN will offer the people of Punjab opportunities for progress and prosperity through freedom of expression and freedom of religious beliefs and worship.



HELP US TO HELP YOU. DONATIONS TO KHALISTAN NEWS ARE WELCOME

Indiens große Probleme



Obdachlose Arme in Kalkutta

● **Nationalitäten- und ethnische Konflikte**
Ethnische und soziale Konflikte bestehen in den meisten der 22 Bundesstaaten, wie z.B. in Assam. Separatistische Bestrebungen gibt es u.a. in den Bundesstaaten Jammu und Kaschmir, Pandschab, Tamil Nadu, Andhra Pradesh.

● **Religiöse Gegensätze**

Über 80% der Bevölkerung sind Hindus, 11% Moslems, 2-3% Christen, 2% Sikhs, 0,5% Jainas, 0,5-1% Buddhisten; außerdem gibt es etwa 200.000 Parsen und 12.000 Juden.

Die hierarchische Struktur des Kastenwesens ist vorherrschend, wobei eine strikte Abgrenzung der Kasten voneinander besteht. Probleme: mehr als 100 Mio Parsen (Unberührbare), Endogamie, Erblichkeit des Berufs, kaum überbrückbare hierarchische Schranken in der Bevölkerung u.a.m.

● **Massenverelendung**

30% der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter sind nach offiziellen Angaben arbeitslos oder chronisch unterbeschäftigt. 46% der 771 Mio Inder leben unterhalb der offiziellen Armutgrenze. Nur 1/3 der Bevölkerung ist ausreichend mit Trinkwasser versorgt. 70% können den täglichen Pro-Kopf-Kalorienbedarf nicht decken (Unterernährung). Die städtischen Slumgürtel wachsen beängstigend an. Die sozialen Bedingungen auf dem Lande führen zu einer Landflucht. Dies hat eine große Slumentwicklung in den Städten zur Folge.

● **Benachteiligung von Regionen**

Manche Regionen werden der wirtschaftlichen Rückständigkeit überlassen, während andere gezielt gefördert werden. So entstehen große regionale Unterschiede auch in der Lebensqualität der Bevölkerung. Dies bereitet den Nährboden für das Anheizen nationaler und religiöser Spannungen.

● **Schuldenfalle**

Die Auslandsverschuldung beträgt über 15% des Nationaleinkommens. Die Auflagen für Anleihen des Internationalen Währungsfonds (IMF) verschlechtern die Lage der Bevölkerung (z.B. Abbau von Subventionen für Grundnahrungsmittel). Und sie erzwingen bessere Profitbedingungen für die Multis (z.B. keine Behinderung internationaler Transaktionen seitens der Regierung).

● **Außenkonflikte**

Für Indien bedrohliche Militarisierung des Indischen Ozeans vor allem durch die USA; Balkanisierungsbestrebungen von Separatisten und ihren westlichen Schutzmächten; Grenzkonflikte mit Pakistan und der Volksrepublik China.

ihrer Regierungstätigkeit eine fortschreitende Abkehr von einer Politik der Gewaltlosigkeit im Geiste Mahatma Gandhis zugunsten einer zusehends repressiveren Gangart kennzeichnend.

Indira Gandhis ältester Sohn, Rajiv Gandhi, hatte deshalb mit seiner Nachfolge als Premierminister und Parteivorsitzender der regierenden Kongreß-I-Partei (INC) ein schweres Erbe anzutreten. Er, der bei den Parlamentswahlen vom 24.-27. Dezember 1984 als klarer Favorit galt, hatte Anfang November 1984 das bestehende Kabinett übernommen und um 5 weitere Mitglieder erweitert. Er selbst hatte das Außenministerium übernommen.

In einer vom indischen Rundfunk und Fernsehen gesendeten Grundsatzklärung hatte der neue Ministerpräsident angekündigt, er werde außen- und innenpolitisch den Kurs seiner Mutter fortsetzen. Zudem hatte er der Korruption und dem Separatismus einen verstärkten Kampf angesagt.

Seine Wirtschaftspolitik sollte sich durch „ständige Modernisierung, höhere Produktivität und schnellste Fortschritte bei der Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit“ auszeichnen. Einen Schwerpunkt sollte dabei die Durchführung von Programmen der Geburtenkontrolle, die Verbesserung der Ernährung und der Lage von Frauen und Kindern sowie eine grundlegende Reform der Bildungs- und Erziehungspolitik bilden.⁷

Keine Kursänderung Rajivs

Ein forciertes Wirtschaftswachstum durch Leistungssteigerung der Industrie und Landwirtschaft wollte Rajiv Gandhi vornehmlich mittels neuer Technologien wahrnehmen – also wenig Neues im Vergleich zum wirtschaftspolitischen Konzept seiner Vorgängerin.

Auch bezüglich der regionalistischen Auseinandersetzungen verhielt Rajivs Regierung wenig Neues. Bei den Pogromen gegen die Sikhs waren schließlich INC-Funktionäre führend beteiligt. Die finanzielle Entschädigung für betroffene Sikhs – umgerechnet 2.500 DM für jeden Getöteten und jedes zerstörte Haus – kann deshalb schwerlich ihre Verbitte- rung beseitigen.

Ein weiteres Vertrauen auf die Armee als einzige ordnende Kraft kann nur verhängnisvoll sein. Schon jetzt zeigt sich, daß die Armee, loyale Erfüllungsgehilfin der Regierung, durch den permanenten Einsatz nach innen in ein religiöses und ethnisches Spannungsfeld gerät.

Den in der Armee dienenden 20% Sikhs werden die Pogrome an Mitgliedern ihrer Religionsgemeinschaft auch zu denken gegeben haben. Und manche werden sich auf die andere Seite schlagen, wie zuvor

schon Mitglieder von Indira Gandhis eigener Leibwache.

Dem Sieger der Parlamentswahlen vom Dezember 1984 obliegt die überaus schwierige Aufgabe, einen neuen nationalen Konsens herzustellen, um das Land und sein politisches System zusammenzuhalten.

Nach dem 31. Oktober hatte kaum jemand mehr den indischen Oppositionsparteien einen Wahlsieg zugetraut, zumal sie nicht geeint gegen die Kongreß-I-Partei antraten. Überregional war es bereits vor dem Tode Indira Gandhis zu einem Zusammenschluß von Oppositionsparteien gekommen. Unter der Führung des ehemaligen Ministerpräsidenten Charan Singh vereinigten sich die drei Parteien Lok Dal, Demokratische Sozialistische Partei und der Rashtrya Kongreß zur Dalit Mazdoor Kisan (Partei der Unberührbaren und Bauern). Ziel dieser neuen Formation, die sich vor allem auf Groß- und Mittelbauern der Hindus stützt, war es, die etwa 100 Mio Unberührbaren, ein traditionelles Wählerpotential der Kongreßpartei, in den Wahlhochburgen des INC im Norden des Landes für sich zu gewinnen und so den INC empfindlich zu schwächen.

Auf bürgerlicher Seite kandidierte außerdem die Janata-Partei (sie war 1977-80 an der Regierung) sowie die ultrarechte und proimperialistische Bharatiya Janata-Partei (BJP). Von den beiden kommunistischen Parteien des Landes, der CPI und CPI/M, mit 47 Sitzen nach dem Kongreß-I die zweitstärkste Gruppierung im Parlament, stand nicht mehr als eine Behauptung dieser Position zu erwarten.

Schließlich bleiben unabhängig vom Wahlausgang die großen Probleme Indiens vorerst weiterbestehen. Eine grundlegende Kurskorrektur zur Lösung der sozialen, religiösen und ethnischen Problematik hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit, zur Entwicklung vernachlässigter Gebiete, ist zur Erhaltung eines stabilen und geeinten Indien unumgänglich. Und davon wiederum dürfte die Fortsetzung der eigenständigen, anti-imperialistischen Außenpolitik Indiens nach Indira Gandhi ganz maßgeblich abhängen.

Anmerkungen:

- 1) Zu den Prinzipien der Außenpolitik siehe: New Age, Delhi, 4.11.1984 und Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin (DDR), Nr. 12/1984
- 2) Vgl. Süddeutsche Zeitung, 8.11.1984
- 3) In: Patriot, Delhi, 25.1.1983
- 4) Siehe: AIB 4/1983, S. 15
- 5) Siehe: AIB 7-8/1984, S. 70ff.
- 6) Daten nach: Weltentwicklungsbericht, hrsg. von der Weltbank, Washington D.C. 1984; Generalanzeiger, 2.11.1984; Blick durch die Wirtschaft, 5.11.1984; Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3.11.1984
- 7) India News, Bonn, 14.11.1984; Süddeutsche Zeitung, 14.11.1984



Ansprache Ronald Reagans vor US-Truppen in Südkorea

Rainer Werning

Korea in der „neuen Pazifikära“

Während die Stationierung der amerikanischen Erstschlagswaffen Pershing II und Cruise Missiles in Europa die Gefahr eines Weltkrieges erhöht, ist der europäischen Friedensbewegung eine bedeutende Entwicklung aus dem Blickfeld geraten, die im Schlagwort einer „neuen Pazifikära“ zum Ausdruck kommt. Darunter versteht die Regierung Reagan eine Politik, die geeignet ist, „auf das“ – so US-Verteidigungsminister Weinberger – „globale Kräfteverhältnis stärker einzuwirken“.

Den engen Wirtschaftsbeziehungen mit der ostasiatischen und pazifischen Region (der Warenverkehr der USA mit Pazifikländern überschritt 1983 erstmals den mit Westeuropa) muß nach Ansicht führender Politiker der USA eine politisch-diplomatische Aufwertung der Regierungen dieser Region entsprechen. So hat sich denn dort seit Ende 1983 alles, was in Washington Rang und Namen hat, ein Stelldichein gegeben.

Der eigentliche Grund dafür ist vorrangig geostrategischer Natur: Der Ferne Osten, worunter hier Südkorea, Japan und die Philippinen gefaßt werden, dient im militärstrategischen Kalkül der USA als sog. „Forward Based Zone“ (Zone mit vorne postierten, atomaren Waffensystemen, wie Kampfflugzeuge oder Mittelstreckenraketen; d. Red.), während die weiter östlich gelegenen Pazifikinseln Guam, Midway und Hawaii als „Zone der 2. strategischen Staffel“ gelten. Innerhalb der „Forward Based Zone“ bildet die Nordostflanke mit Südkorea

und Japan die entscheidende Spitze, wobei die US-Stützpunkte auf den Philippinen über die südliche Absicherung dieser als militärstrategische Einheit begriffenen Zone hinaus die mit der 7. US-Flotte wesentliche logistische Klammer zum Indischen Ozean und Persischen Golf darstellen.

Im Rahmen der Sicherung der Nordostflanke wiederum ist es Südkorea, das das für eine offensive Kriegführung notwendige „Menschenmaterial“ aufzubringen hat. Diese Rollenzuteilung reicht in die 40er/50er Jahre zurück.

Von der Spaltung...

Die am Ende des 2. Weltkrieges in ganz Korea gegründeten und von einer breiten Massenbewegung getragenen Volkskomitees wurden im Süden verboten, wo sich am 10. Oktober 1945 die US-amerikanische Militärregierung in Korea (USAMIGIK) zur einzig legitimen Regierung ernannte.

Am 14. Februar 1946 wurde auf Drängen der USAMIGIK die Südkoreanische Gesetzgebende Interimsversammlung (SKILA) gebildet, deren Vorsitz dem gerade erst aus den USA zurückgekehrten Syngman Rhee angetragen wurde. Die Hälfte ihrer Mitglieder wurde von der Militärregierung installiert, die andere Hälfte tauchte auf offiziell sanktionierten Wahllisten auf. Wählen allerdings durften nur die Familienoberhäupter.

Im September desselben Jahres, nachdem bereits Tausende von Koreanern aufgrund ihrer Opposition gegen die US-Besatzungstruppen die Gefängnisse füllten, wurden von den amerikanischen Behörden Haftbefehle gegen führende Demokraten und Kommunisten erlassen, was diese dazu veranlaßte, sich nach Norden abzusetzen.

Im gesamten Süden brach ein Aufstand los, der von den Amerikanern blutig niedergeschlagen wurde. Ganze Dörfer wurden von ihnen in Konzentrationslager in Form sog. „strategischer Weiler“ verwandelt. Den Grund dieses Aufstandes – als Hungerrevolte in die Geschichte eingegangen – bildeten die erdrückenden sozialen Verhältnisse im Süden.

Der Unmut der Bevölkerung im Süden war angesichts der seit März 1946 durch die Regierung Kim Il Sung im Norden durchgeführte Bodenreform gewachsen. Durch sie konnten wesentliche Bestandteile antiimperialistischer, antifeudaler und demokratischer Politik realisiert werden, während sich die Amerikaner und ihre Verbündeten im südlichen Landesteil vehement gegen eine Agrarreform anstimmten und den bereits teilweise von den Volksmassen der einst mit der japanischen Kolonialadministration verquickten Großgrundbesitzerklasse entrissenen Grund und Boden mit Waffengewalt den Besitzern zurückgaben.

Am 14. November 1947 hatte die UN-Vollversammlung die Gründung einer Provisorischen Kommission für Korea

mit dem Ziel beschlossen, die Spaltung des Landes zu vertiefen. Eine Nationalversammlung amerikanischer Prägung wurde eingesetzt. Die Wahlen, die zu diesem Zweck stattfanden und die die Teilung des Landes festschreiben sollten, wurden von der linken und demokratischen Opposition boykottiert.

Selbst W. Douglas Reeve, der zwischen 1952 und 1956 die meiste Zeit als US-Berater des südkoreanischen Ministerpräsidenten im Lande weilte, wertete diese Wahlen im nachhinein als Legitimationsversuch einer Regierung, in der „Großgrundbesitzer und Mitglieder der alten Aristokratie den Ton angaben“.²

Das Gros der Bevölkerung nahm an ihnen erst gar nicht teil. Das ganze Spektakel vollzog sich unter den Argusaugen der UNO, welche am 12. Dezember 1948 in einer Resolution die „Recht- und Gesetzmäßigkeit“ des Syngman Rhee-Regimes bekräftigte. Nach dem Wahlspektakel wurde die Republik Korea – kurz ROK genannt – aus der Taufe gehoben, die von den USA, Frankreich, England, Griechenland und Südafrika umgehend anerkannt wurde.

Vor und nach der im September 1948 im Norden vollzogenen Gründung der Koreanischen Volksdemokratischen Republik (KVDR) wurden von Pyöngyang Prozesse in Richtung einer nationalen Wiedervereinigung eingeleitet und unterstützt. So fand im Juni 1949 die Vereinigung der Arbeiterparteien des Nordens und Südens statt. Wenig später wurde sodann der Zusammenschluß der in Nord wie Süd existierenden Vereinigten Demokratischen Nationalen Front, der insgesamt über 70 politische Parteien und Organisationen angehörten, zur einheitlichen Front für die Wiedervereinigung des Landes vollzogen.

...zum Angriff mit UN-Plazet

Am 25. Juni 1950 überschritten amerikanische und südkoreanische Truppen den 38. Breitengrad, nachdem, wie es das Weißbuch des US-Außenministeriums „U.S. Policy in the Korean Crisis“ (S. 21-22) formulierte, Rhees Soldaten mit umfangreichen Waffenkontingenten aus den USA ausgerüstet worden waren. Kein Wunder, daß Außenminister Dean Acheson „nie ganz sicher war, daß Rhee den Angriff der Kommunisten im Jahre 1950 nicht provoziert hat“.³

Generalmajor Charles A. Willoughby, der Geheimdienstchef des US-Oberkommandierenden in Korea MacArthur, und CIA-Direktor Admiral Hillenkoetter versuchten zwar, im Nachhinein die Version zu konstruieren, man habe von den „Aggressionsabsichten und Truppenbewegungen des Nordens“ gewußt, doch

auch das reimte sich schlecht mit der Tatsache, daß Nordkorea am Tage des Einmarsches amerikanischer und südkoreanischer Truppen über nur sechs vollausrüstete Divisionen verfügte. Nach einhelliger Meinung amerikanischer Geheimdienststellen wie des Hauptquartiers MacArthurs in Tokio – so wußte die New York Times am 31. Juli 1950 zu berichten – wären indes mindestens 13-15 komplette Divisionen für eine etwaige „Aggression des Nordens“ vonnöten gewesen.

Es entsprach wohl keinem Zufall, daß vor der Überquerung des 38. Breitengrades durch amerikanisch-südkoreanische Truppen von den Oberbefehlshabern der Vereinigten Staaten, Australiens und Großbritanniens der Beschluß gefaßt worden ist, Militärkonferenzen im Pazifik abzuhalten. Louis A. Johnson, damals US-Verteidigungsminister, und Außenminister John Foster Dulles waren sich bei ihrer in Tokio erfolgten Zusammenkunft mit MacArthur darin einig, wirksame Schritte einzuleiten, um der „Gefährdung der Sicherheit der USA und des Weltfriedens“ vorzubeugen. Es ging hier um die Durchsetzung einer Strategie, in Fernost einen Krieg mit Blick auf seine Eskalierung, wenn schon nicht zum Zweck der „Pulverisierung“ Chinas (MacArthur) so doch mindestens zur Schließung des um die Sowjetunion geschnürten „Eindämmungs“-Rings, vom Zaun zu brechen und dabei US-hörige Regimes politisch-militärisch zu konsolidieren.⁴

„Aktion Würger“

Am 27. Juni 1950 fällt der UN-Sicherheitsrat eine Entscheidung, die später als Rechtsgrundlage für die „massive Polizeiaktion“ diente, während sich die unter dem Firmenschild der UNO segelnde „Korea-Kommission“ über die Ursachen des Konflikts ausschwig.

Washington hatte vor der Abstimmung nicht nur massiven Druck auf Vasallenregimes ausgeübt; die UNO wich in eklatanter Weise von ihren Grundsätzen der Anhörung der Gegenseite und der Bemühung um die Herstellung des Status quo ante ab.

Am 7. Oktober 1950 gab die UN-Vollversammlung vielmehr ihr Plazet zu einer britisch-amerikanischen Resolution, derzufolge die massive Invasion der KVDR gutgeheißen wurde – einen Monat später, als dies von Präsident Truman gefordert worden war.

Ironischerweise enthüllte Washington gleichzeitig die Unhaltbarkeit der von ihm gesponnenen Legende, wonach der 38. Breitengrad, von ihm selbst als Demarkationslinie vorgeschlagen, als

„imaginäre Trennungslinie“ (US-Botschafter Warren Austin) abqualifiziert und ihr weder de jure noch de facto eine Existenzberechtigung zugebilligt wurde. Nach anfänglich schweren Niederlagen der Amerikaner wurde mit der Aufstellung von UN-Kommandos begonnen⁵, die in großangelegten Operationen gemeinsam mit der gesamten US-Pazifikflotte tiefer gen Norden vorstießen.

Mit einem in der Geschichte bis dahin ungekannten Bombenterror, mit dem Einsatz bakteriologischer und chemischer Waffen, die Cholera und Milzbrand verursachten, und erstmaligen Napalm-„Experimenten“ gingen die US-Truppen gegen die koreanische Bevölkerung vor.

In großem Stil praktizierten sie, was später als „Aktion Würger“ und „Aktion Totschläger“ bekannt wurde.

Japanische Avancen

Ganze Dörfer wurden ausradiert, Städte in Schutt und Asche gelegt. I.F. Stone zitiert in seiner Studie Generalmajor Emmet (Rosie) O'Donnell, Chef des US-Bomberkommandos im Fernen Osten. Während der MacArthur-Hearings am 25. Juni 1951 antwortete O'Donnell auf die Frage von Senator Stennis, ob Nordkorea nicht nahezu völlig zerstört sei:



US-Marines 1950 in Mittelkorea: Politik der „verbrannten Erde“

„Ich würde sagen, daß die ganze, fast die ganze Halbinsel Korea ein einziger Schutthaufen ist. Alles ist zerstört. Nichts Nennenswertes ist stehengeblieben. Kurz bevor die Chinesen in den Krieg eintraten, wurden von unseren Bombern keine Angriffe mehr geflogen. Es gab in Korea keine Ziele mehr.“⁶

Nach den auch für die USA bis dato verlustreichsten Kämpfen ihrer Geschichte kam es am 27. Juli 1953 in Panmunjom zur Unterzeichnung des Waffenstillstands.

Wie im Falle Taiwans, mit dem Tokio 1952 einen Friedensvertrag abschloß, so war Japan auch in Südkorea bestrebt, seinen Einfluß nach dem 2. Weltkrieg neuerlich geltend zu machen. Dabei wurde die amerikanische Aggression gegen die Halbinsel als willkommene Sesam-öffne-dich-Politik gewertet.

Die Aussichten, in Südkorea Fuß zu fassen, waren schon deshalb vielversprechend, weil die unter dem japanischen Kolonialismus⁷ herangebildete koreanische Kompradorenclique fast ausnahmslos intakt geblieben, von den amerikanischen Militärbehörden protegiert und neuerlich in verantwortliche Positionen in Wirtschaft, Politik und Militär gehievt worden war.

Hatte Tokio von der US-Interventionspolitik in Korea mittelbar profitiert (sog.



Tab. 1: Ausländische Investitionen in Südkorea (1962—1980)

Quelle: Bundesstelle für Außenhandelsinformation, Wirtschaftsdatenblatt „Republik Korea“, Köln 1981, S. 9

| | Anzahl | Invest. ¹⁾ | Anzahl | Invest. | %-Anteil |
|-----------------------------|--------|-----------------------|---------|---------|----------|
| Land | 1980 | 1980 | 1962—80 | 1962—80 | 1962—80 |
| Japan | 17 | 39,2 | 646 | 619,1 | 53,7 |
| USA | 14 | 46,5 | 131 | 235,3 | 20,4 |
| Niederlande | — | 25,0 | 5 | 103,2 | 9,0 |
| BR Deutschland | 2 | 4,8 | 19 | 23,4 | 2,0 |
| Sonstige Länder | 3 | 25,5 | 51 | 172,7 | 14,9 |
| Insgesamt | 36 | 141,0 | 862 | 1153,7 | 100,0 |
| ¹⁾ in Mio. US-\$ | | | | | |

„Korea-Boom“), so waren die direkten Verbindungen schmalspurig verlaufen. Zu stark wirkten noch die in weiten Kreisen der koreanischen Bevölkerung ausgeprägten antijapanischen Ressentiments nach.

Kurz nach dem Militärputsch im Jahre 1961 hatte der südkoreanische Präsident Park Chung Hee auf Drängen seiner US-Berater die Grundzüge eines weitreichenden Wirtschaftsplans für den Zeitraum 1962-66 ausgearbeitet. Eine wirtschaftliche Gesundung sollte angestrebt werden, um — so Park — politischen Protesten und sozialen Unruhen den Nährboden zu entziehen. Als Schmierfett dieses Wirtschaftsplans, der laut Park den ersten Schritt in Richtung Unabhängigkeit weisen sollte, mußten 700 Mio Dollar aufgebracht werden. Die Hauptfinanzierungsquellen bildeten Auslandskredite (ca. 65%) sowie die im Lande aus der amerikanischen Truppenpräsenz gewonnenen Devisen.

Die benötigten Auslandskredite stellte überwiegend Tokio. Seoul wurden Güter und Dienstleistungen in einer Größenordnung von 300 Mio Dollar sowie Yen-Kredite von 200 Mio Dollar gewährt, welche über einen Zeitraum von 10 Jahren zurückzahlen waren. Zudem sprangen japanische Privatfirmen mit weiteren 300 Mio Dollar ein.

Für beide Seiten erwies sich dies als lukratives Geschäft. Seoul erhielt die Gelder vorrangig zur Einfuhr japanischer Waren, die dann weiterverkauft wurden, wobei die im Verlauf dieses Prozesses realisierten Gelder einem Yen-„Counterpart“-Fonds zugewiesen wurden, aus dem der Ankauf militärischen Geräts bestritten wurde.

Auf diversen Japan-ROK-Ministerkonferenzen wurden die japanischen Zuwendungen an Seoul kontinuierlich aufgestockt. In den Berechnungen zum 3. Fünfjahresplan (1972-76) ging das Park-Regime von einer neuerlichen Kreditaufnahme von 2,5 Mrd Dollar aus, von denen allein 1 Mrd aus japanischen Quellen sprudelten.

Koreanische Geschäftsleute haben seit der Zeit Tokio und Washington mehrmals besucht, um die Vorzüge der im

Land herrschenden Investitionsbedingungen zu preisen. Wie im benachbarten Taiwan, so konnten sich auch in Südkorea Firmen zu 100% in ausländischem Besitz befinden. Bereits vor der Verhängung des Kriegsrechts hatte das Park-Regime 1969 Industrien mit ausländischen Kapitalinvestitionen in die Kategorie von „Unternehmen des öffentlichen Interesses“ eingestuft, wodurch Streiks automatisch verboten worden waren.

Was die Lohnbedingungen betraf, so hatte der damalige US-Handelsminister Stans die Rolle der USA als „uncle sucker“ („Onkel Aussauger“) bezeichnet. Textilarbeiter/innen, so Stans, erhielten in den USA einen durchschnittlichen Stundenlohn von 2,38 Dollar. In Japan erhielt ein Textilarbeiter 57 Cents und in Südkorea hingegen nur 13 (Männer) bzw. 7 (Frauen) Cents!⁸

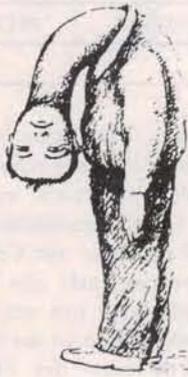
Um die engen Beziehungen zwischen Japan, Taiwan und Südkorea wirkungsvoller zu kontrollieren, war im November 1970 in Seoul das „Coordinating Committee of Japan/ROK/Republik of China Cooperation Committees“ gegründet worden. Damit war Tokio in die Rolle des „Stabilisierungsfaktors“ in Ostasien geschlüpft, was von Washington nicht nur befürwortet, sondern gefördert worden war. Der japanische Außenminister Masayoshi Ohira hatte am 5./6. September 1972 an der 6. Sitzung der Japan-ROK-Ministergespräche teilgenommen, in deren Verlauf Seoul nochmals 170 Mio Dollar — davon 135 zu Sonderkonditionen — eingeräumt wurden.

Südkorea — ein US-Flugzeugträger

Park unterzeichnete im Gegenzug ein „Abkommen über den Industriebesitz“, was dem Auslandskapital die Konsolidierung und Ausweitung seines Einflusses in Südkorea gestattete. Die Errichtung der Freihandels- und Exportproduktionszone Masan besiegelte zur gleichen Zeit die extreme Abhängigkeit der südkoreanischen Wirtschaft.

Bildeten die skizzierten Maßnahmen die

links lesen



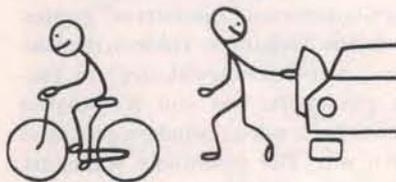
Aus Kritikern des Diploms wurden Diplomkritiker.

Mehr dazu in "links" Nov. 84

Themenschwerpunkt:
Hochschule & Politik

Joachim Hirsch:
Vor der zweiten Hochschulreform

Wolfgang Kraushaar:
Wegwerfware Student



Weiter in diesem Heft:

Micha Brumlik:
Habermas und die kulturkritische Linke

**Ich abonniere die "links" ab Januar 1985 zum
Bezugspreis von DM 4,5 – (einschl. Versandkosten)
Name des Abonnenten**

Vor- und Zuname

Straße

Wohnort

Datum

Unterschrift

"links", Postfach 591, 6050 Offenbach 4

Grundlage der Konsolidierung des südkoreanischen Regimes, so leitete die Nach-Vietnam-Phase dessen aktive militärische Einbeziehung in das sog. Dreierallianzsystem (USA, Japan, Südkorea) ein.⁹

Anlässlich der im Juli 1970 auf Hawaii abgehaltenen 3. Gesprächsrunde der ROK-US-Verteidigungsminister, im Rahmen des am 1. Oktober 1953 unterzeichneten „ROK-US-Vertrags über gegenseitige Verteidigung“ vorgesehen, unterbreitete Washington erstmalig den Plan, von den damals 64.000 in Südkorea stationierten US-Truppen 20.000 Mann abzuziehen.

Gleichzeitig wurde nach einer Gesprächsserie zwischen hochrangigen Militärs beider Seiten ein umfassendes Modernisierungsprogramm für die südkoreanischen Streitkräfte bekanntgegeben.¹⁰ US-Verteidigungsminister Melvin R. Laird erklärte, daß Washington Seoul bis 1975 1,5 Mrd Dollar zur Modernisierung seiner Truppen bereitstellt, während der US-Kongreß außerdem 150 Mio Dollar für ein militärisches Sonderbeschaffungsprogramm, 100 Mio Dollar in Form gebrauchter militärischer Ausrüstungsgegenstände sowie 26 Mio Dollar als Verteidigungsdarlehen zubilligte.

„Team Spirit 1984“

Park ersuchte Washington, seine Nuklearstützpunkte auf Okinawa zu erhalten und bot den Amerikanern die Insel Cheju als Atomwaffenbasis an. Die damals angekündigte Reduzierung der US-Bodentruppen verlief äußerst schleppend – Ende 1983 befanden sich noch immer 39.000 US-Soldaten in Südkorea – und wäre ohne drastische Aufstockung der Militärhilfe an Seoul sowie an Japan schwerlich begonnen worden. Die logistischen und Operationsbasen wurden ebenso modernisiert wie die Nachrichten- und Kommunikationstützpunkte. Die US-Luftwaffe und US-Kriegsmarine wurde aufgestockt. Ferner wurde die Notwendigkeit des bestehenden bilateralen Verteidigungspakts unterstrichen und zwischen dem Vorsitzenden des südkoreanischen Generalstabs, General Ro Jae-hyun, und General George S. Brown bereits 1977 vereinbart, ein gemeinsames US-ROK-Kommando zu schaffen.¹¹

Der Aufbau einer Art Volkssturm und eines Studentenkörps zusätzlich zu den über 600.000 Mann regulärer Streitkräfte setzte Marksteine der umfassenden Militarisierung der südkoreanischen Gesellschaft, deren Regime bereits Mitte der 70er Jahre jährlich mindestens 40% des Gesamthaushalts für den Verteidigungsetat aufwandte.¹²

Daß in einem solchen Klima die Aufstel-

lung bodengestützter Pershing II und Cruise Missiles auf südkoreanischem Boden in Betracht gezogen wird, ist bei den zahlreichen Besuchen amerikanischer Regierungsmitglieder nicht verheimlicht worden. Im Falle „akuter Alarmzustände“, worunter nach Washingtoner Interpretation eine „äußere Bedrohung“ wie „innere Subversion“ gefaßt werden, soll nunmehr offensiv reagiert werden, was sich denn auch in den Planungsszenarien der letzten gemeinsam durchgeführten Manöver niederschlug.

Leitmotivisch durchzog sie das „flexible Manövrieren“ von Angriffs-Flugzeugträgergruppen und Zusammenwirken von Marine und Luftwaffe. Von Anfang Februar bis April d.J. dauerten die amerikanisch-südkoreanischen Manöver „Team Spirit 1984“, was in der Länge bislang einzigartig ist. Über 200.000 Mann waren an ihnen beteiligt.

Ende April begannen sodann die ebenfalls gemeinsamen Übungen im Rahmen des „Milgon 84“, denen unmittelbar nachgeordnet zum dritten Mal die unter Beteiligung der USA, Kanadas, Australiens, Neuseelands und Japans durchgeführten „Rimpac 84“-Manöver im Pazifik folgten.

Als nicht zu unterschätzender Nebeneffekt sollte dabei die politische Unterstützung der Regimes in der Region – vor allem Tschun Doo Hwans – dokumentiert werden.

Anmerkungen:

- 1) Siehe B. Cumings, *The Origins of the Korean War*, Princeton, 1981, S. 260ff.
- 2) W. Douglas Reeve, *The Republik of Korea*, 1963, S. 31
- 3) D.F. Fleming, *The Cold War and Its Origins*, 1917-60, 1961, S. 654
- 4) Vgl. J. Halliday, *The North Korean Enigma*, in: *New Left Review*, London, Nr. 127, Mai-Juni 1981, S. 18-52
- 5) Dem Südafrikaner, Äthiopier, Thailänder, Filipinos und Kolumbianer angehörten.
- 6) I.F. Stone, *The Hidden History of the Korean War*, New York 1969, S. 312. Hervorhebung d. Verf.
- 7) Offiziell wurde Korea im Jahre 1910 – de facto schon früher – japanische Kolonie. Bereits 1938 wurden 99,3% des gesamten koreanischen Außenhandels innerhalb des Yen-Blocks abgewickelt (allein 80,8% mit Japan und 13,9% mit der von Tokio okkupierten Mandschurei). S. Chul Won Kang, *An Analysis of Japanese Policy and Economic Change in Korea*, in: Andrew C. Nahm (Hg.), *Korea Under Japanese Colonial Rule: Studies of the Policy and Techniques of Japanese Colonialism*, Center for Korean Studies, Western Michigan University 1973, S. 84 und Kwan Suk Kim, *An Analysis of Economic Change in Korea*, ebenda, S. 103
- 8) R. Werning, *Hintergründe der US-Außenpolitik in Ostasien*, Bonn 1977, S. 76
- 9) Siehe AIB 6/1984, S. 9ff.
- 10) *Korean Frontier*, Seoul 1971, 2,3:5
- 11) *Korea Today*, Seoul, 1.9.1977, S. 6/7
- 12) *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 31.10.1975, S. 4

Rainer Falk

Bonn steigt aus

Am 9. Dezember 1984 lief die Frist zur Unterzeichnung der internationalen Seerechtskonvention der Vereinten Nationen ab.

Die Regierung Kohl hatte kurz zuvor beschlossen, dem umfangreichen Vertragswerk fernzubleiben. Dafür enthielt sie sich am 4./5. Dezember 1984 im Ministerrat der Europäischen Gemeinschaft (EG) der Stimme und ermöglichte so einen EG-Beitritt zur Konvention.

Ungeliebte Seerechtskonvention

Mit dieser Doppelgleisigkeit hält sich Bonn zwar gewisse Einflußmöglichkeiten offen; man wird über die EG gleichsam korporatives Mitglied in der Kommission zur organisatorischen Vorbereitung der geplanten Meeresbodenbehörde und des internationalen Seegerichtshofs sowie zur Erarbeitung konkreter Vorschriften für den Tiefseebergbau. Gleichwohl bleibt das gravierende Faktum festzuhalten, daß die Bundesrepublik neben den USA und Großbritannien das einzige Industrieland von Rang ist, das die Seerechtskonvention nicht unterzeichnet hat.

Welche praktische Bedeutung kann angesichts dieser Boykothaltung die Seerechtskonvention im Sinne einer „neuen Weltmeeresordnung“ überhaupt noch

bekommen? Und was bedeutet speziell der bundesdeutsche Beitrittsverzicht für die Bonner Außenpolitik gegenüber der Dritten Welt?

Als im Dezember 1982 von der III. Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen – nach rund zehnjähriger Verhandlungsdauer – ein kompromißfähiger Konventionstext gefunden worden war, hatte die ursprüngliche Idee, den Meeresbereich jenseits der Hoheitszonen zum gemeinsamen Menschheitserbe zu erklären, viel von ihrer Tragweite eingebüßt. Das Prinzip des Menschheitserbes sollte eine gerechte, geregelte, friedliche, effiziente und umwelterhaltende Meeresnutzung sicherstellen und eine Kolonisierung der Weltmeere durch die Industrieländer vermeiden helfen. Vor allem strebten die Entwicklungsländer nach einer angemessenen Beteiligung besonders an der Nutzung der Rohstoffressourcen auf dem Meeresboden.

Deshalb war ursprünglich angestrebt worden, die Ausbeutung der sog. Manganknollen, die beträchtliche Mengen an Nickel, Kupfer, Kobalt und Molybdän enthalten und in 3.000-5.000 m Tiefe lagern, nicht privatwirtschaftlichen Firmen-Konsortien zu überlassen, sondern einer UN-Behörde für Tiefseebodenrohstoffe zu übertragen. Die Gewinne aus dem Manganknollen-Abbau –

geschätzte 6 Mrd Dollar pro Jahr – sollten voll der Entwicklungsfinanzierung zukommen, also zugunsten der Dritten Welt international umverteilt werden.¹ Der Konventionstext, der jetzt 2 Jahre zur Zeichnung ausgelegt hat und von rund 140 Staaten unterschrieben wurde, hat durch die darin enthaltene „Dreiteilung“ der Weltmeere den räumlichen Geltungsbereich einer international kontrollierten Meeresnutzung erheblich eingeschränkt.

Durch die Erweiterung der traditionellen 3-Meilen-Zone auf 12 Seemeilen und die Schaffung einer Wirtschaftszone von 200 Seemeilen (mit Festlandssockel bis zu 350 Seemeilen), in der die Ausbeutung der Meeresschätze durch den jeweiligen Küstenstaat vorgenommen wird, sind rund 40% der Ozeane national angeeignet worden. Während Küstenstaaten durch diese Festlegungen eindeutig bevorzugt werden, wird der Manganknollen-Abbau in der Tiefsee bestenfalls noch 150-250 Mio Dollar abwerfen, die entwicklungspolitisch umverteilt werden können.

„Dreiteilung“ der Weltmeere

Obwohl die Ausbeutung der Manganknollen finanziell bei weitem nicht so attraktiv ist wie etwa die küstennahe Ölförderung, die einen Gesamtwert von fast 140 Mrd Dollar hat, entbrannte um die Frage des Tiefseebergbaus ein bis heute anhaltender Streit zwischen den transnationalen Konzernen und ihren politischen Sachwaltern in Form der westlichen Regierungen einerseits und den Entwicklungsländern sowie den sozialistischen Ländern andererseits. Ein Kompromiß wurde schließlich dahingehend gefunden, daß der UN-Behörde die Hälfte der vorgesehenen Abbaufelder vorbehalten werden, während für den Rest Abbau-Lizenzen an private Firmen bzw. Konsortien vergeben werden.

Da dieses Mischsystem vom transnationalen Konzerninteresse aus gesehen noch kein hinreichendes Zugeständnis war, wurden Zusatzvereinbarungen getroffen, denen zufolge Unternehmen, die schon vor Inkrafttreten der Konvention Explorationsarbeiten in der Tiefsee durchführen, Sonderrechte bei der Lizenzvergabe eingeräumt werden. Unter den acht „Pionierunternehmen“, denen in jedem Falle Explorationsgebiete von je 150.000 qkm reserviert werden, ist neben vier US-Konsortien, einem französischen, japanischen und indischen Konzern auch ein sowjetisches Unternehmen.

Den sozialistischen Ländern ging diese Sonderbehandlung, die vor allem dem international agierenden Privatkapital



Bundesdeutsches Forschungsschiff „Valdivia“ auf dem Weg zum Indik und Pazifik, wo Manganknollen erkundet werden sollen

zugute kommt, jedoch entschieden zu weit, weshalb sie sich bei der Schlußabstimmung im Dezember 1982 der Stimme enthalten hatten.

Während die sozialistischen Staaten inzwischen die Konvention dennoch gezeichnet haben, wurde das gesamte Vertragswerk von der Reagan-Administration der USA nachträglich in Frage gestellt.

Nein von Reagan/Thatcher/Kohl

Dieser Obstruktionshaltung, die kurz darauf von der britischen Regierung Thatcher und jetzt auch von der Regierung Kohl übernommen wurde, liegt im wesentlichen die Befürchtung zugrunde, der Beitritt zur Seerechtskonvention könnte als Vorentscheidung für die praktische Einführung von Elementen der Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung gesehen werden, in deren Zusammenhang der Kampf um ein neues Seerecht von den Entwicklungsländern verstanden wird.

Einen Dorn im Auge dieser Regierungen stellen neben der vorgesehenen „Machtteilung“ zwischen einer UN-Tiefseebergbaubehörde und den privatkapitalistischen Multis vor allem auch diejenigen Bestimmungen dar, die die lizenznehmenden Bergbaukonzerne zu einem zwar nicht kostenlosen, wohl aber obligatorischen Technologietransfer an die UN-Behörde verpflichten.

Aus der Tatsache, daß mit den USA, Großbritannien und der Bundesrepublik drei maßgebliche Wirtschaftsmächte der kapitalistischen Welt der Konvention ferngeblieben sind, können sich durchaus gravierende Folgewirkungen für die Praktikabilität der Idee einer international gemeinschaftlichen und am universellen Gemeinwohl orientierten Nutzung des Meeresbodens ergeben. Denn gerade der Tiefseebergbau ist ein Terrain, auf

dem technologisches Know-how und Forschungskapazitäten (einschließlich der dazu gehörigen Investitionsfähigkeit) von entscheidender Bedeutung sein werden.

Rund 140 Unterzeichnerstaaten sind zwar eine stattliche Zahl; aber demokratische Mehrheit ist gerade hier noch nicht gleichzusetzen mit wirtschaftlich-technischer Machbarkeit. Dies gilt umso mehr, als sich acht führende kapitalistische Industriestaaten, darunter die Bundesrepublik, inzwischen offensichtlich für eine Forcierung des Abbaus von Meeresbodenschätzen auf eigene Faust verständigt und im August 1984 ein vorläufiges Separatabkommen über die Exploration von Mineralien auf dem Meeresboden unterzeichnet haben.

Daß sich die Bundesrepublik diesem Kurs angeschlossen und sich mit der Verweigerung der Unterschrift sogar mit an die Spitze der Konventionsgegner gesetzt hat, ist ein durchaus einschneidender Erfolg jener Kräfte innerhalb der christlich-liberalen Koalition, die auch im Bereich der Dritte-Welt-Politik die vielbeschworene „Wende“ endlich komplett machen wollen.

Rohstoffzugang über alles

Es wäre deshalb ein Fehler, die Auseinandersetzungen innerhalb der Koalition Kohl/Genscher, die diesem Schritt vorgehen, als ausschließlich taktischen Streit zu bewerten, ob es nun besser sei, von außen auf die Veränderung der Konvention hinzuwirken oder von innen, qua Mitgliedschaft in der Vorbereitungs-kommission für die Schaffung einer Meeresbodenbehörde und eines Seegerichtshofs eine nachträgliche Verbesserung des Konventionstextes im Sinne der Konzerninteressen zu erreichen.

Letzteres hatte bekanntlich das Auswärtige Amt unter Hans-Dietrich Genscher

(FDP) im Sinn. Darüber hinaus ging es dieser Position u.a. darum, daß die Bundesrepublik als der Welt größter Exporteur von Industrierzeugnissen ein elementares Interesse an der weltweiten Festschreibung der Schifffahrtsfreiheit hat, wie sie in der Konvention vorgesehen ist.

Weiter ging es ihr darum, daß es nach der Unterschrift möglich geworden wäre, mit der Errichtung des Internationalen Seegerichtshofs in Hamburg einen bedeutenden diplomatischen Erfolg für die Bundesrepublik zu erringen. Daß derartige Vorteile auf dem Altar „ordnungspolitischer“ Standfestigkeit im Sinne eines orthodoxen Weltwirtschaftsliberalismus geopfert wurden, bedeutet freilich darüber hinaus nicht mehr und nicht weniger, als daß die bislang propagierte „positive UN-Politik“, nämlich innerhalb der Organisationen der UNO mitzuarbeiten, an einem wichtigen Punkt verlassen wurde.

Für die Bonner Gegner einer Konventionszeichnung, allen voran das Wirtschaftsministerium und das Entwicklungshilfeministerium, haben sicher auch rohstoffpolitische Bedrohungsszenarien eine Rolle gespielt: „Die Rohstoffe, die Gegenstand einer zukünftigen Ausbeutung des Tiefseebodens sein werden, so vor allem Mangan, Nickel, Kobalt und Kupfer, müssen von der Bundesrepublik zu fast 100 Prozent importiert werden. Lieferländer sind zum Teil Staaten, auf deren langfristige Stabilität oder politische Verlässlichkeit nicht unbedingt gebaut werden kann, so daß der Zugang zu marinen Reserven für die Bundesrepublik eines Tages von existenzieller Bedeutung sein könnte.“²

Unter diesem Aspekt besitzt die Frontstellung der Bundesregierung gegenüber dem neuen Seerecht eine friedenspolitische Konsequenz, deren Tragweite heute noch gar nicht abzusehen ist. Denn hinter der Auseinandersetzung um Ja oder Nein zum Konventionsbeitritt verbirgt sich letztlich die Frage, „ob die Bundesrepublik, deren politisches Gewicht begrenzt ist und die (noch?) über keine Seemacht verfügt, ihre künftige Meeresbergbau betreibenden Unternehmen unter der Rechtssicherheit einer von der Weltmehrheit akzeptierten Konvention oder gewissermaßen unter amerikanisch-britischem Flottenschutz besser aufgehoben weiß“.³

Anmerkungen:

- 1) Als kritischen Überblick über die Problematik vgl. A. Studier, Die neue Weltmeeresordnung, in: Jahrbuch Dritte Welt, Band 1, München 1983, S. 57-72
- 2) Th. Oppermann/C. Eiselstein, Die Bundesrepublik Deutschland vor der Frage der Unterzeichnung der UN-Seerechtskonvention, in: Europa-Archiv, Folge 18/1984, S. 561f.
- 3) Ebenda, S. 563



Hasan Özcan

„Wir fordern Gleichberechtigung“



Marsch gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit; Hasan Özcan auf der internationalen Konferenz gegen das neue Ausländergesetz

Kurz nach dem vorläufigen Scheitern des in der Regierungskoalition umstrittenen neuen restriktiven Ausländergesetzes fand am 27.10.1984 in Frankfurt/Main die „Internationale Konferenz gegen das neue Ausländergesetz, für volle Gleichberechtigung“ statt.

Eingeladen hatten dazu neben der Föderation der Arbeitervereine der Türkei in der Bundesrepublik Deutschland (FIDEF) türkische Arbeitervereine aus anderen europäischen Staaten, so aus Belgien, Frankreich, den Niederlanden, Schweden und Großbritannien.

Unter den Gastrednern befanden sich zahlreiche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, u.a. Vertreter der Kirchen, Europarlamentarier und Vertreter der Bundestagsparteien SPD und Grüne. Anliegen aller Teilnehmer war es, die Bedrohung durch die Ausländerpolitik der gegenwärtigen Bundesregierung in seiner gesamten Dimension oder an einzelnen Aspekten aufzuzeigen und zu verurteilen (siehe Abschlußerklärung) sowie richtungsweisende Vorschläge für einen gemeinsamen Kampf aller demokratischen Kräfte gegen das geplante Ausländergesetz, gegen Ausländerdiskriminierung und für volle Gleichberechtigung zu erarbeiten. In diesem Sinne sind für dieses Jahr auch Veranstaltungen und Aktionen geplant, an denen alle demokratischen Ausländerorganisationen teilnehmen sollen.

Wir dokumentieren im folgenden die Rede des Bundesvorsitzenden der FIDEF, Hasan Özcan.

Die Ausländerbeschäftigung in der Bundesrepublik geht weit über 20 Jahre zurück. In dieser ganzen Zeit wurden die Ausländer als eine Randgruppe betrachtet und ihre beruflichen, schulischen, sozialen usw. Probleme als Randgruppenprobleme abgetan. Halbherzige Konzepte zur Verbesserung der Situation von Ausländern, insbesondere für die berufliche und soziale Eingliederung der nachgereisten Familienangehörigen in die für sie völlig neue Gesellschaft fielen dem Rotstift zum Opfer. Anstelle die Fehler zuzugestehen, warfen die Verantwortlichen den Ausländern „mangelnde Integrationsfähigkeit“ vor. Der Grund dafür sei die hohe Anzahl der Ausländer.

Unmittelbar nach der Regierungsübernahme unterstrich Herr Bundeskanzler Kohl, daß ein grundlegend neues Ausländerrecht notwendig sei. In seiner Regierungserklärung vom März 1983 stellte er die Weichen der neuen Ausländerpolitik. Die Bundesrepublik sei kein Einwanderungsland, die Zahl der Ausländer, insbesondere der Türken sei zu hoch, müsse reduziert werden, denn die Belastbarkeitsgrenze sei

erreicht. Begleitet wurden diese Behauptungen von direkten und indirekten Schuldzuweisungen an Ausländer für den Anstieg der Arbeitslosigkeit.

Ignoriert wurde die Tatsache, daß die Zahl der ausländischen Beschäftigten schon seit Jahren rückläufig war. Nebenbei bemerkt: Wir meinen, daß, ob ein Land ein Einwanderungsland ist oder nicht, nicht nach Belieben der jeweiligen Regierung definiert werden kann, sondern nach der gesellschaftlichen Realität. In der Bundesrepublik leben Ausländer 2. und 3. Generation, die ihre Heimat entweder gar nicht oder kaum kennen. (...)

Die im September 1983 vorgelegte Konzeption des Bundesministeriums des Inneren für das neue Ausländergesetz machte deutlich, daß die geäußerten Verschärfungen nicht nur im Wunschtraum mancher Regierungspolitiker existieren. Das BMI-Papier geht, ähnlich wie der Bericht der Bund-Länder-Kommission, von folgenden grundsätzlichen Positionen aus: 1. Verhinderung von Familienzusammenführung;

2. Verdrängung des Großteils der in der Bundesrepublik lebenden Ausländer;

3. Assimilation der Ausländer, die z.B. für die Bundeswehr benötigt werden und die Isolierung der übrigen Ausländer.

Allein die öffentliche Diskussion dieser Grundsätze hat dazu geführt, daß in der Gesellschaft geschürte Vorurteile gegen Ausländer, wie „es gibt zu viel Ausländer“, „die nehmen uns die Arbeitsplätze weg“, „die können sich sowieso nicht anpassen, es ist besser für alle, wenn sie in ihrer Heimat leben“ usw. verschärft wurden. Die Sündenbock-Theorie wurde im vollen Umfang in Gang gesetzt. Es wurde Wasser auf die Mühlen neonazistischer und rassistischer Kräfte geleitet, die, wie die jüngsten Ereignisse belegen, noch frecher auftreten.

Die Diskussion hat aber auch etwas anderes gezeigt. Die Rechnung kann nicht ohne die demokratische Öffentlichkeit gemacht werden.

Zimmermann gebremst

Schon entstand eine breite Protestwelle gegen die ausländerpolitischen Vorhaben, insbesondere von Herrn Zimmermann. Die Proteste erstreckten sich von Kirchen bis hin zu Gewerkschaften, von Oppositionsparteien bis hin zu allen gesellschaftlich relevanten demokratischen Organisationen.

Unter diesem Eindruck konnte Herr Zimmermann in einigen Fragen gebremst werden. So konnte durch einen Kabinettsbeschluß vorläufig die verfassungswidrige Verhinderung der Familienzusammenführung beigelegt werden. An dieser Stelle möchten wir davor warnen, diesen Beschluß als endgültig zu betrachten. Auch wenn die Frage der Familienzusammenführung zunächst unverändert bleibt, so sind die mindestens so gefährlichen weiteren Punk-

te des Gesetzesvorhabens nach wie vor auf der Tagesordnung.

Die Absicht des Herrn Zimmermann und mancher Regierungspolitiker, das sogenannte Ausländerproblem mit restriktiven Maßnahmen zu lösen, ist, auch wenn es politisch kalkuliert ist, ein Fehlschuß. Nicht die Beschneidung der Rechte der Ausländer, sondern ihre Gleichstellung kann die vorhandenen Probleme lösen.

Wie soll sich ein Ausländer hierzulande wohlfühlen, wenn er jederzeit damit rechnen muß, abgeschoben zu werden, in allen gesellschaftlichen Bereichen diskriminiert wird.

Wie soll ein gutes Zusammenleben zwischen Deutschen und Ausländern erreicht werden, wenn die Ausländer weiter an den Rand der Gesellschaft vertrieben werden. Daß es anders herum besser klappt, zeigt das Beispiel Schweden. (...)

Ich möchte diese meine Feststellungen anhand des Gesetzesvorhabens mit einigen Beispielen verdeutlichen.

1. Erleichterung der Abschiebung

Die derzeit mit Hilfe von Verordnungen praktizierten Maßnahmen sollen in verschärfter Form in dem Gesetz verankert werden. Demnach soll ein Ausländer ausgewiesen werden, wenn er seinen Aufenthalt nicht aus eigenen Mitteln bestreiten kann, keinen ausreichenden Wohnraum nachweisen kann oder wiederholt gegen die Rechtsordnung verstößt.

„Sicherung des Lebensunterhalts aus eigenen Mitteln“ heißt nichts anderes, als daß ein Ausländer, der jahrelang hier gearbeitet, ... abgeschoben wird, sobald er Arbeitslosengeld oder

Sozialhilfe in Anspruch nehmen muß. (...)

2. Massive Einschränkung politischer Rechte
Unter dem Deckmantel der „Beseitigung des Ausländerextremismus“ sollen die demokratischen und politischen Rechte von Ausländern massiv eingeschränkt bzw. faktisch aufgehoben werden. (...)

Das, was Herr Zimmermann aber mit dieser Maßnahme bezweckt, ist nicht „nur“ die Vor Enthaltung eines weiteren Menschenrechts für Ausländer, sondern soll eine tiefgreifendere Wirkung haben und ist von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung. Die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen für die wirtschaftlichen, sozialen und demokratischen Interessen der arbeitenden Menschen sollen zugunsten der Gegenseite geschwächt werden. (...)

Wahl- und Niederlassungsrecht!

Nicht die Einschränkung der Rechte der Ausländer, nicht ihre Diskriminierung, sondern ihre gleichberechtigte Teilnahme in allen gesellschaftlichen Bereichen bietet die Gewähr für ein verständnisvolles, harmonisches Zusammenleben von Deutschen und Ausländern in der gemeinsamen, multikulturellen Gesellschaft. Was wir brauchen, ist nicht die Konfliktlösung mit brutalen Maßnahmen zu Lasten der Ausländer, sondern eine vorwärtsweisende, menschenwürdige Ausländerpolitik.

Sicherlich läßt sich niemand gerne als inhuman, unchristlich oder unsozial abstempeln. Auf dem Papier wollen alle das Beste für uns. Während manche Politiker ihre unmenschli-

chen Pläne für die Auseinandertreibung der Familie mit den „herrlichen“ Worten „Integration“ in Verbindung bringen, sprechen andere in der Tat gute, aber nicht ganz ehrlich gemeinte Worte. Denn wir haben alleine kein politisches Gewicht. Sie brauchen unsere Wählerstimmen nicht.

Unsere Forderungen aber können mehr Gehör finden, wenn wir das Wahlrecht haben. Zumindest auf der Ebene der Kommunalwahlen ist ein Konsens zwischen unterschiedlichen politischen Kräften möglich. Sicherlich ist die Einführung des Kommunalwahlrechts nicht das Endziel. Aber ein Schritt in die richtige Richtung. Es gibt viele Vorschläge für eine bessere Ausländerpolitik, wie zum Beispiel das Niederlassungsrecht.

In diesem Sinne begrüßen wir die parlamentarischen Initiativen der Grünen und der SPD. Wir freuen uns auch, daß das Vorhaben von Herrn Zimmermann rechtzeitig erkannt und öffentliche Diskussionen in richtiger Richtung in die Wege geleitet wurden. Wir stellen mit Genugtuung fest, daß in den DGB-Gewerkschaften die Ausländerpolitik der Bundesregierung auf Verteilung stößt und Verbesserungsvorschläge entwickelt werden. Wir begrüßen auch die Entstehung und das Aktivwerden von unterschiedlichen, von breiter Basis getragenen Initiativen wie Frankfurter Appell, Wissenschaftler gegen Ausländerfeindlichkeit und nicht zu vergessen viele örtliche Bündnisse. (...)

Deshalb fordern wir eine Ausländerpolitik, die den in der Bundesrepublik lebenden Ausländern volle Gleichberechtigung in allen Lebensbereichen garantiert. (...)

Abschlußerklärung



Das Konzept des Bundesinnenministers für ein neues Ausländergesetz wird die schon bestehenden Unsicherheiten der rechtlichen Lage der Ausländer noch verschärfen und die wenigen Rechte, die bis jetzt gewährleistet waren, drastisch beschneiden.

Angesichts dieser Tatsache ist es notwendiger denn je, die Ablehnung des neuen diskriminierenden Ausländergesetzes zu fordern, für die volle Gleichberechtigung der Ausländer einzutreten.

Wir fordern eine Ausländerpolitik, die den in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Ausländerinnen und Ausländern volle Gleichberechtigung in allen Lebensbereichen garantiert.

Das Recht auf einen gesicherten Dauer-aufenthalt in der Bundesrepublik; keine Aus-

weisungen mehr. Auch keine Ausweisungen von Ehefrauen, wenn sie sich von ihren Ehemännern getrennt haben.

Das uneingeschränkte Recht, mit den Familienangehörigen – Ehepartnern und Kindern in der Bundesrepublik zusammenzuleben; die Maßnahmen zur Einschränkung der Familienzusammenführung sind aufzuheben.

Volle rechtliche und soziale Gleichstellung mit den innerhalb der Grenzen der Bundesrepublik Deutschland geborenen Menschen. Im Falle der Arbeitslosigkeit Gewährung nicht nur von Arbeitslosengeld, sondern auch von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe; bei der Arbeitslosigkeit keine erzwungene Rückkehr ins Herkunftsland. Gleichstellung mit Deutschen bei der Vermittlung in neue Arbeitsstellen.

Einführung des Kommunalen Wahlrechts, wie in Schweden, Dänemark und den Niederlanden.

Wir fordern ferner:

Uneingeschränkte Geltung des Grundrechts auf Asyl nach Artikel 16 des Grundgesetzes für politische Flüchtlinge; Arbeiterlaubnis für Asylsuchende vom ersten Tag ihres Aufenthalts in der Bundesrepublik an; keine Internierung von Asylsuchenden in Sammel-lagern; keine Abschiebung von Asylsuchenden in ihr Herkunftsland, wenn auch nur der leiseste Verdacht besteht, daß dort Haft oder gar Folter und Tod auf sie warten könnten; keine Weitergabe von Daten Asylsuchender an die Geheimdienste weder des In- noch des Auslandes.

Und vor allem: die sofortige Zurücknahme der diskriminierenden Vorschläge der Bundesländer-Kommission „Ausländerpolitik“ (Zimmermann-Papiere).

BUKO

MATERIALIEN

Bundeskongreß-entwicklungspolitischer Aktionsgruppen

1,50 DM

» Jeder Deutsche,
der Asylanten hilft,
gehört erschossen! «

Asylpolitik-
Erfahrungen
Einschätzungen
Berichte
Positionen

Dritte Welt bei uns

SONDERDRUCK des:
FORUM-entwicklungspolitischer Aktionsgruppen

Dieser Sonderdruck des FORUM
(Rundbrief des BUKO) kann ge-
sondert bestellt werden!

Ab 20 Exemplaren kostet er
1,- DM + Porto.

Bestellungen an: FORUM
Ruhrstr. 14
4040 Neuss 21

Georg Diederichs

Ein Film über den Bluthandel

Daß das Kapital bei genügend hohem Profit bereit ist, jedes nur erdenkliche Verbrechen zu begehen, hat schon Karl Marx im „Kapital“ eindrucksvoll formuliert. Dafür, daß die Bezeichnung multinationaler Konzerne als „Blut-sauger“ jedoch nicht nur eine bildhaft über-treibende Darstellung ist, gibt ein Sektor des internationalen Handels ein makaberes Bei-spiel ab: das profitable Geschäft der Pharma-multis mit menschlichem Blut und Blut-plasma.

Bereits im Jahre 1979 machte der Journalist Rolf Biemann in einer Sendung des WDR auf die Praktiken von Blutspendestationen in Ländern Lateinamerikas aufmerksam. Er be-zeichnete dies damals als „Vampirismus“. Auch mit Hilfe des Bundeskongresses ent-wicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) sollte diesem vielleicht dunkelsten Kapitel der menschlichen Ausbeutung nachgegangen wer-den; vor allem, um die Rolle bundesdeutscher Pharmaunternehmen dabei herauszufinden.

So beschäftigte sich die BUKO-Pharmaka-magne von Anfang an mit diesem Thema, stand aber vor dem Dilemma, daß es zwar Beweise für den Export von Blutplasma aus Ländern der Dritten Welt nach Europa gab, aber keine darüber, wohin diese Plasmalieferungen nun genau gingen. Selbst ein 1982 vom Fernseh-magazin „Monitor“ ausgestrahlter Bericht über die Verwicklung der brasilianischen Nie-derlassung des bundesdeutschen Chemiegigan-ten Hoechst in das Geschäft mit dem Blut reichte nicht aus, den Konzern anzuprangern. Dieser wußte angeblich von nichts und zog sich schon bald aus dem Unternehmen – wohl aber nicht aus dem Geschäft! – zurück.

Das Blut der Armen...

Seither hat sich die Blutrecherchengruppe des BUKO um weitere Informationen und Beweise bemüht. Die beiden Filmemacher Hanns-Christoph Koch und Maurice Eberl-Roth haben – nach insgesamt dreijähriger Arbeit – 1984 einen 90minütigen Farbfilm mit dem beziehungsreichen Titel „Bluternte“ fertige-gestellt, der sich erstmals ausführlich mit den Bedingungen des Blut- bzw. Plasmaspendens in den USA, in Mexiko und Kolumbien ausein-ander setzt.

Das Fazit ihrer umfangreichen Recherchen: „Die Plasmapherese“ (d.h. nach der Blutent-nahme wird das Blutplasma herausgefiltert und die abzentrifugierten Blutzellen werden dem Spender zurückinjiziert) „hat eine Situa-tion geschaffen, in der das Blut der Armen, all derer, die nichts anzubieten haben als ihren Körper, in großem Umfang in die Adern der Reichen fließt.“

Der Hauptteil des Films spielt in den USA. Hier haben Koch und Eberl-Roth eine Reihe von Plasmapheresestationen besucht und dort gefilmt. In allen Einzelheiten wird gezeigt, wie die Plasmapherese funktioniert, welche tech-nischen Bedingungen gegeben sind und vor allem, wer dort Blut spendet. Zwischendurch Interviews mit einem Besitzer von Plasma-pherestationen und einem Plasmabroker, also einem Mann, der mit menschlichem Blut-

plasma so handelt, wie andere mit Weizen oder Kaffee.

Schon hier wird deutlich: Blut, diese lebens-spene Flügigkeit, ist ein Rohstoff, der ausgebeutet wird, mit dem man Geschäfte und vor allem Profit machen kann. Angebot und Nachfrage bestimmen den Preis. Demzufolge sind natürlich auch die „Produktionskosten“ für die Plasmagewinnung möglichst niedrig zu halten. Was auf den ersten Blick wie eine tech-nisch perfekte Einrichtung in den Plasma-pherestationen aussieht, erweist sich beim zweiten Hinsehen als Massenabfertigung übel-ster Art.

...fließt in die Adern der Reichen

Alle möglichen Sicherheitsbestimmungen, wie etwa vorausgehende Untersuchungen oder die Registrierung der Spendenhäufigkeit einzelner Spender, werden allenfalls halbherzig ange-wandt. Die Vorstellung eines Stationsleiters über „sein“ Spenderpublikum wird durch die Bilder des Films widerlegt: Nicht die Studen-ten, Akademiker und sonstigen bessergestell-ten Menschen spenden, sondern Angehörige der in den USA total verarmten Bevölkerungs-gruppen, die auf den Verkauf ihres Blutes an-gewiesen sind, um überhaupt etwas Geld in die Taschen zu bekommen.

Der zweite Teil des Film setzt sich mit der Situation in Mexiko und Kolumbien auseinander. In diesem Teil wird der Kern des Problems besonders deutlich: Menschen, die kaum noch existieren können, die von der Ausbeutung am härtesten betroffen sind, müssen jetzt auch noch ihr Blut verkaufen, um das tägliche Überleben zu sichern.

Wenn die Pharmakonzerne – darunter vor allem die bundesdeutschen – immer wieder betonen, daß sie kein Blutplasma aus Ländern der Dritten Welt beziehen würden, dann be-weist der Film das genaue Gegenteil: Die Plas-mapheresestationen an der Grenze der USA zu Mexiko stehen nicht zufällig nur wenige Meter vom Grenzzaun entfernt. Täglich kommen Menschen aus Mexiko illegal, aber geduldet, über die Grenze, spenden ihr Blut und ver-schwinden wieder.

Noch krasser wird die Situation in Kolumbien geschildert. Hier stehen absolute Armut und Verelendung der Menschen gegen die Mafia-Methoden der Plasmapheresestationenbesit-zer. Der weltweite Ausbeutungsprozeß hat die letzten moralischen Grenzen überschritten. Ein Ausbeutungsprozeß, an dem sich übrigens auch die bundesdeutschen Chemiekonzerne



Bayer und Hoechst durch Tochterfirmen be-teiligen.

Doch so erschreckend die Bilanz ihrer Recher-chen, so erdrückend faktenreich ihre Indizien-kette gegen die Blutsaugermonopole auch ist, die Filmemacher Koch und Eberl-Roth ver-gessen dabei keineswegs, ihre Anklage film-technisch attraktiv zu präsentieren. In Wort („Arbeitslos? Dann verdienen sie sich ein paar Dollar durch Blutspenden!“ fordert ein TV-Werbespot) und Bild (der blutsaugende Horrorklassiker, Graf Dracula, als Poster an der Wand einer Plasmapheresestation) doku-mentiert der Film den menschenverachtenden Zynismus derer, die das Geschäft mit dem Blut der Armen als Teil der „freien Marktwirt-schaft“ betrachten. So wird denn auch die uns ansonsten vielleicht eher als aufgeblasen er-scheinende Metapher von der „Ausbeutung bis aufs Blut“ durch den Film plötzlich wieder erschreckend real.

„Bluternte“ ist über den Matthias-Filmverleih, Gänshaidstr. 67, 7000 Stuttgart 1, zu be-ziehen.



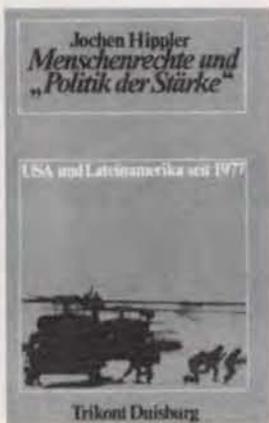
**Adressenänderungen
bitte rechtzeitig
bekanntgeben!**

Bücher zur Lateinamerikapolitik der USA

Bücher zur US-Politik gegenüber einzelnen Ländern Lateinamerikas sind keine Seltenheit. Solche zur US-Globalpolitik gibt es in Hülle und Fülle. Übergreifende Analysen der Politik der USA in ihrem „Hinterland“ waren jedoch bisher auf dem bundesdeutschen Büchermarkt nicht zu finden. Diese Lücke schließen zwei Bände, die im letzten Jahr erschienen sind:

• Frank Niess, *Der Koloss im Norden, Geschichte der Lateinamerikapolitik der USA*, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1984, 400 S., 16,80 DM

• Jochen Hippler, *Menschenrechte und „Politik der Stärke“*. USA und Lateinamerika seit 1977, Trikont Verlag, Duisburg 1984, 280 S., 20 DM.



Dem Werk von Frank Niess ist anzumerken, daß ihm ein sehr gründliches Quellenstudium vor Ort vorausging. Er rollt die Geschichte der Beziehungen zwischen Lateinamerika und den USA vom „Erwerb“ Floridas 1819 bis zur Grenada-Invasion auf.

Dabei ist jedoch kein trockener historischer Abriss entstanden, sondern ein gut lesbarer fundierter Überblick. Im Anhang sind Tabellen zu den wichtigsten wirtschaftlichen Eckdaten und Chronologien der wichtigsten Doktrinen, Konferenzen, und – wie könnte es anders sein – der Interventionen enthalten.

In acht Kapiteln analysiert Niess die US-Politik in dieser Gegend und geht dabei jeweils auch auf die außenpolitischen Rahmenbedingungen ein.

Im ersten Kapitel weist er nach, daß der Expansionstrieb nicht erst mit dem imperialistischen Stadium eingesetzt hat, sondern praktisch schon mit den Gründervätern. „Die Expansion der USA nach Süden war schon zu einem Zeitpunkt vorgezeichnet, als die Väter der amerikanischen Revolution sich gerade erst anschickten, die vormaligen britischen Kolonien zu einer soliden Republik zu transformieren“ (S.1).

Anfangs bezogen sich diese Gelüste vor allem auf die Karibik, das damals noch „spanische Meer“, das zum amerikanischen Mittelmeer werden wollte. Einen ersten Höhepunkt fand diese Entwicklung in der Monroe-Doktrin, die „später nie als Argumentation gegen europäische, sondern immer nur als Legitimation für amerikanische Interventionen in Lateinamerika ins Feld geführt“ wurde (S.40).

Im folgenden Kapitel wird der Einstieg in das imperialistische Zeitalter zu Beginn dieses Jahrhunderts aufgezeigt, das dritte schließlich behandelt die Anfänge des Dollar-Imperia-

lismus. Dieser wird jedoch nicht als bloßes Zunehmen der wirtschaftlichen Abhängigkeit der lateinamerikanischen Staaten verstanden, sondern als die Durchsetzung dieser Abhängigkeit mit militärischen Mitteln.

Die „Good-Neighborhood-Policy“ (Politik der guten Nachbarschaft) des Präsidenten Franklin Delano Roosevelt wird kritisch beleuchtet. Am „Testfall Kuba“ und dem massiven Abblocken zu weit gehender Reformen in den 30er Jahren weist Niess nach, daß es mit der guten Nachbarschaft nicht sehr weit her war. In einem kurzen Kapitel analysiert der Autor die Einbindung Lateinamerikas in die Strategie des Kalten Krieges. Der Entwicklung von 1955-1980 sind zwei Kapitel gewidmet, die diese Zeit unter unterschiedlichen thematischen Schwerpunkten behandeln. Einerseits wird an den Beispielen Guatemala, Kuba, Dominikanische Republik und Chile eine Bilanz der Einmischung und direkten Interventionsakte der USA gezogen, andererseits werden die Wirtschaftsbeziehungen unter die Lupe genommen.

Das Schlußkapitel behandelt die Entwicklung der 80er Jahre bis zur Invasion in Grenada. Auch dieser Teil ist mit reichlichem Zahlenmaterial untermauert.

Wer einen Überblick über die Geschichte der US-Politik in Lateinamerika bekommen will, dem ist die Lektüre dieses Werkes zu empfehlen.

Das Schwergewicht bei dem Buch Hipplers liegt in der Aufarbeitung der Lateinamerikapolitik der beiden letzten Präsidenten. Historisches behandelt er nur kurz in seiner Einleitung.

Er führt dabei aus, daß es ihm in seinem Buch darauf ankomme, Linien der Kontinuität in der Lateinamerikapolitik nachzuweisen, daß es aber falsch sei, die Politik von z.B. Carter und Reagan gleichzusetzen. „Für Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt und für Länder, die bereits erfolgreich eine antiimperialistische Revolution in der einen oder anderen Form durchgeführt haben, kann es in bestimmten historischen Situationen von entscheidender taktischer Bedeutung sein, ob die jeweilige US-Administration sich um ihre ‚Mäßigung‘ (...) durch Kooperations- und Integrationsangebote bemüht oder zu Mitteln direkter Militärinterventionen greift“ (S.19)

Hippler weist nach, daß auch bei Carter die Politik der Menschenrechte und Verhandlungen immer unter der Vorrangigkeit der Durchsetzung der Interessen der USA betrieben wurde. Er beweist dies zum einen mit dem Abschluß des Panama-Vertrags.

Dieser Abschluß war die erste Probe der Ernsthaftigkeit eines Wandels der Beziehungen USA-Lateinamerika. Die USA zogen sich hier geschickt aus der Affäre. Der alte Zustand war als Überbleibsel des Kolonialismus diskreditiert. Deswegen schlossen die USA einen Vertrag ab, der „alle funktional nicht notwendigen Rechte der USA in der Kanalzone, wie z.B. die Gültigkeit US-amerikanischen Rechts, (abbaute), diejenigen aber, die die USA auch zukünftig für erforderlich hielten, sollten gefestigt oder gar ausgebaut werden“ (S.37)

Auch die Menschenrechtspolitik wurde selektiv angewandt, unter Berücksichtigung der Globalinteressen der USA. Er weist dies an den Beispielen Iran und Südkorea nach, wo die

Tatsache, daß Terrorregimes an der Macht waren, nichts an der Unterstützung durch die USA änderte. In Nicaragua führte die zu späte Abwendung von Somoza gar dazu, daß die Revolution den für die USA denkbar schlechtesten Ausgang nahm.

Mit dem Sieg der Sandinistas in Nicaragua konnte gleichzeitig die Menschenrechtspolitik hinsichtlich einer effektiven Verfolgung von US-Interessen als gescheitert angesehen werden. Die letzten Regierungsjahre Carters waren gekennzeichnet von einem stärkeren Durchsetzen der aggressiv-imperialistischen Variante. Anzeichen hierfür sind zum einen der Aufbau der Schnellen Eingreiftruppe, zum anderen aber die Politik in Mittelamerika.

Die Militärhilfe für El Salvador wurde verstärkt, die Anwesenheit einer sowjetischen Brigade auf Kuba, die seit 1962 bekannt war, wurde als nicht akzeptabel bezeichnet und deren Abzug gefordert. Sie wurde zum Vorwand genommen, eine regionale Schnelle Eingreiftruppe von 15.000 Mann zu schaffen.

Schon zu Amtszeiten Carters versuchten die Falken der späteren Regierung Reagan, aus den Fehlern Carters zu lernen. Dies weist Hippler sehr detailliert und mit vielen Beispielen untermauert nach. Dabei geht er jedoch meines Erachtens zu wenig auf die wirtschaftlichen Hintergründe der Änderungen in der US-Strategie ein. So werden bei der Nachzeichnung der Diskussion lediglich Personen genannt. Es wird aber nicht gezeigt, welche Gruppen der US-Unternehmen sie vertreten und wieso sie ein Interesse an einer Militarisierung der Politik haben.

Neben Nicaragua und Kuba werden die Veränderungen der Lateinamerikapolitik vor allem an der Politik gegenüber El Salvador festgemacht. Interessant ist hier vor allem die Einschätzung der Landreform, an deren Beispiel Hippler das Wirken sehr unterschiedlicher Interessen aufzeigt. „Insgesamt war die Landreform das Resultat einer eigenartigen Mischung aus internen sozialreformerischen Bestrebungen, massivem äußerem Druck und Opportunitätsabwägungen des Militärs und von Teilen der Christdemokratie“ (S. 180) Im Anschluß daran untersucht Hippler die wirtschaftliche und militärische Entwicklung in dem Land.

Hippler weist anhand des Berichts der Kissinger-Kommission nach, daß dieser „einen wichtigen Beitrag zur politischen Vorbereitung einer verstärkten militärischen Eskalation durch die USA“ leistete. Er formuliert abschließend, daß sich „für den Beobachter nur die Frage (stellt), auf welche Weise die USA eine weitere Eskalation betreiben werden und zu welchem Zeitpunkt dies erfolgen wird.“ Diese Frage vom Juni 1984 ist heute schon zu beantworten.

Kritisch bleibt allerdings anzumerken, daß in beiden Büchern die Opposition zur US-Politik kaum behandelt wird. Für den bundesdeutschen Leser wäre es sicher wichtig, die Entwicklung der Antiinterventions- und Solidaritätsbewegung in den USA und der Gegenkräfte in Lateinamerika selbst nachzuzeichnen. Beim Hippler-Buch wäre der Verlag ferner gut beraten gewesen, anstatt Lateinamerika lediglich Mittelamerika im Titel zu verwenden, da sich der Autor auf diesen Teil des Kontinents beschränkt.

Pia Grund

Weltjugendfestspiele

Vom 27.7.-3.8.1985 werden in Moskau die 12. Weltjugendfestspiele stattfinden.

Dazu hat sich am 31.10.1984, erstmals in der Festivalgeschichte der Bundesrepublik, ein Gemeinsamer Arbeitsausschuß gebildet, der die Vorbereitungen in unserem Land treffen soll. Ihm gehören Mitgliedsverbände des Deutschen Bundesjugendrings, des Rings Politischer Jugend, des Arbeitskreises Festival, der Vereinigten Deutschen Studentenschaften, der Bundesschülervertretung und der Deutschen Sportjugend an.

Die gemeinsame Plattform gibt die wesentlichen Gedanken des internationalen Aufrufs wieder: Solidarität mit den Völkern der Dritten Welt; Verhindern, daß je wieder ein Krieg von deutschem Boden ausgeht; Eintreten für eine Politik der Verständigung; Ablehnung der Konzeption des militärischen Erstschlags.

Die Weltfestspiele sind die größte internationale Jugend- und Studentenaktion. Beim letzten Festival, das 1978 in Havanna stattfand, waren Mitglieder von 2.000 Organisationen aus 145 Ländern beteiligt.

Nahostkomitees

Am 17. und 18. November 1984 fand in Marburg das Bundestreffen der Palästina-, Libanon- und Nahost-Komitees statt. Nach Diskussionen über die Situation der PLO vor ihrer Nationalratstagung und über die Lage im Südlibanon sowie in der Westbank beschloß das Bundestreffen u.a.:

- eine Veranstaltungsreihe in mindestens 7 Städten zur Unterstützung der Libanesischen Widerstandsfrent (mit einem Vertreter der Libanesischen Nationalbewegung);
- Aktivitäten für die Freilassung der palästinensischen und libanesischen Häftlinge in israelischen Lagern und Gefängnissen (besonders Al Ansar) sowie die Erstellung einer entsprechenden Informationsbroschüre.

Das Protokoll des Treffens sowie weitere Informationen sind beim Antimperialistischen Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika (ASK), Hamburger Allee 52, 6000 Frankfurt/M. 90 erhältlich.

Chilekomitees

Am 21.11.1984 fand in Frankfurt/Main ein Bundestreffen von 18 Chile-Komitees statt. Das Bundestreffen verabschiedete einen Aufruf, in dem die Aufhebung des Belagerungs- und Ausnahmezustandes, die Auflösung der Geheimpolizei und der Konzentrationslager, die Achtung der Menschenrechte und der Rücktritt Pinochets gefordert wird. Die Bundesregierung wurde aufgefordert, Chile in der UNO zu verurteilen sowie jegliche Entwicklungs- und Kapitalhilfe zu unterlassen, solange nicht die Demokratie in Chile wiederhergestellt sei.

Die Teilnehmer forderten die einzelnen Komitees auf, die Demokratische Volksbewegung (MDP) auch materiell stärker zu unterstützen. Der Text eines Briefes an Bundesaußenminister H.D. Genscher, in dem die Verurteilung der Diktatur durch die UNO gefordert wird, kann beim ASK, Hamburger Allee 52, 6000 Frankfurt 90 bezogen werden.

AirLand Battle

Die Rolle der Bundeswehr in den „Kriegsspielen“ der letztjährigen NATO-Herbstmanöver verdeutlichte, daß auch sie zur Angriffsstrategie im Sinne des US-Militärkonzepts „AirLand Battle“ (ALB) übergegangen ist. Dies geschah auf direkte Weisung von Bundeskanzler Kohl vom 4.10.1983. Das geht aus einem Bericht des Generalinspektors der Bundeswehr Altenburg hervor, der Mitte 1984 den Bundestagsabgeordneten des Verteidigungsausschusses vorlag.

Obwohl Verteidigungsminister Wörner weiterhin die Gültigkeit der ALB-Konzeption für die Bundeswehr bestreitet, berichtet sein General im sog. „Altenburg-Papier“ das genaue Gegenteil.

Weitere Informationen zu ALB bieten:

- die von den Grünen im Bundestag herausgegebene Broschüre, „Angriff als Verteidigung“; die ausführliche Analyse und Dokumentation von 170 Seiten kostet 10 DM;
- die neue Ton-Dia-Serie „Krieg führbar und gewinnbar machen“ der Landesgeschäftsstelle der DFG-VK NRW, Liebigstr. 11, 4330 Mühlheim. 130 Dias, 50 Min, 30 DM pro Woche;
- eine Ausstellung zum Thema gibt es bei der Friedenswerkstatt Sindelfingen, Goethestr. 16, 7253 Renningen. Sie umfaßt 30 Plakate und kostet 70 DM pro Woche.

Südafrika-Postkarten

Gegen eine Spende von ca. 5 DM sind bei der Bonner Vertretung des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) sechs verschiedene Postkarten mit Abbildungen afrikanischer Batiken zu beziehen.

Die verschiedenen Motive sind in leuchtenden Farben auf einem schwarzen Hintergrund abgedruckt. Die Spenden dienen dazu, im Exil lebende südafrikanische Frauen zu unterstützen. Die Karten sind zu beziehen beim ANC, Postfach 190140, 5300 Bonn 1, Konto Postscheckamt Köln, Nr. 312813-509

Aus Anlaß des 100. Jahrestages der Berliner Kongokonferenz lädt die Marx-Engels-Stiftung e.V. zu einem internationalen Symposium mit dem Thema ein:

100 Jahre Berliner Kongokonferenz
Rolle und Erbschaft des deutschen
Kolonialismus und Neokolonialismus
in Afrika

Referenten:

Prof. Manfred Hinz, Bremen
Rainer Falk, Gießen
Tony Seedat (ANC), Bonn
Vertreter der Botschaft Äthiopiens
Vertreter der SWAPO, Bonn

Ort: Marx-Engels-Zentrum, Gathe
55/57, 5600 Wuppertal-Elberfeld

Zeit: 19. Januar 1985. Beginn 9.30 Uhr
Anmeldung erforderlich. Die Teilnahme ist kostenlos. Tel. 0202/456504

Buchtip

Dieter Eich, Carlos Rincon
La Contra
Der Krieg gegen Nicaragua
Konkret Literatur Verlag



Seit Jahren kämpft die „Contra“ gegen das revolutionäre Nicaragua. Die 15.000 Männer dieser von den USA perfekt ausgerüsteten und von der CIA finanzierten Terrorgruppe werden von Präsident Reagan als „Freiheitskämpfer“ hochgejubelt.

Wer sie wirklich sind und was sie wollen, versucht das Buch von

Dieter Eich/Carlos Rincon, **La Contra. Der Krieg gegen Nicaragua**, Konkret Literatur Verlag, Hamburg 1984, 192 S., 18,- DM

zu zeigen. Die Autoren befragten hohe Militärs, Führer von Sabotagegruppen, Geheimdienstler, Kampfpiloten, aber auch einfache Bauern, die von der „Contra“ rekrutiert wurden.

Die brutale Offenheit vieler Aussagen mag manche Leser erschrecken. Die Autoren lassen die Mörder zu Wort kommen. Aber wer könnte die Legende von den „Freiheitskämpfern“ besser zerstören als sie selbst.

Forum gegen Krieg

Auf einem Vorbereitungsseminar am 25.11.1984 beschlossen Vertreter von politischen Organisationen, Solidaritäts- und Friedensgruppen ein Forum gegen Krieg, Intervention und imperialistische Politik durchzuführen.

Die ursprünglich als Kongreß geplante Veranstaltung soll vor allem dem Meinungs- und Erfahrungsaustausch der verschiedenen politischen Strömungen in der Friedens- und Solidaritätsbewegung dienen (siehe AIB 11-12/1984, S.31). Zur Vorbereitung des Forums, das am 11.-13.10.1985 im Raum Frankfurt stattfinden soll, haben sich vier Arbeitsgruppen gebildet. Sie befassen sich mit den Hauptthemen des Forums: Ursachen der Kriegsgefahr, Sowjetunion und 3. Welt, BRD und 3. Welt, Solidaritätsbewegung und Befreiungsbewegung.

Interessierte, die in den Vorbereitungsgruppen mitarbeiten wollen, wenden sich bitte an: BUKO, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50.

Grenada



„Auf keinen Fall Gairy“. Wandspruch gegen den ehemaligen grenadischen Diktator Eric Gairy

Bei den Parlamentswahlen am 3.12.1984 auf der Karibikinsel Grenada hat die Neue Nationalpartei (NNP) einen erwarteten hohen Sieg errungen (siehe AIB 11-12/1984, S. 86). Mit 58,6% der Stimmen gewann sie 14 der 15 Parlamentssitze.

Der neue Ministerpräsident Herbert Blaize, der vor der Unabhängigkeit als Chiefminister unter der britischen Krone diente, war der Wunschkandidat Washingtons. Institute der Republikanischen Partei in den USA und der US-Gewerkschaft AFL/CIO hatten ihm mit mehr als 100.000 Dollar unter die Arme gegriffen. So ersuchte denn auch H. Blaize gleich in seiner Antrittsrede die USA und die sieben karibischen Staaten, ihre Soldaten bzw. „Friedenstruppe“ auf Grenada zu belassen; falls notwendig für mehrere Jahre bis sein Land eine voll ausgerüstete Streitmacht besitze.

Das einzige Mandat, das an die von dem ehemaligen Diktator Eric Gairy geführte rechtsgerichtete Grenadische Vereinigte Partei der Arbeit (GULP) mit 35,8% ging, lehnte diese jedoch unter Hinweis auf „Unregelmäßigkeiten“ bei der Wahl ab.

Die linksgerichtete Patrioticische Bewegung Maurice Bishop (MBPM) erreichte 4,9%.

El Salvador

Am 30.11.1984 fand in der Ortschaft Ayagualo die zweite Gesprächsrunde zwischen der salvadorianischen Regierung und der Befreiungsfront FMLN/FDR statt (siehe AIB 11-12/1984, S. 70ff.).

Diese hatte bei dem Treffen einen Friedensplan vorgelegt, der drei Etappen vorsieht. Danach soll sofort ein Einfuhrstopp für Waffen und Munition in Kraft treten, anschließend die US-Militärberater abgezogen und die Sabotageaktionen der FMLN eingestellt werden.

Die zweite Phase sieht eine Einstellung der Feindseligkeiten und eine Regierungsbeteiligung aller Verhandlungsparteien vor. In der dritten Etappe sollen eine „Regierung des nationalen Konsenses“ gebildet, die beiden Armeen zusammengelegt und Wahlen durchgeführt werden.

Staatspräsident Napoleon Duarte lehnte diesen Plan ab, weil er „verfassungswidrige Ele-

mente“ enthalte und auf eine Kapitulation der Regierung hinauslaufe. Für diese Haltung erteilte er das Lob des Faschistenführers Roberto d'Aubuisson.

Bei der Gesprächsrunde wurde lediglich vereinbart, daß zwischen dem 22.12.1984 und dem 2.1.1985 die Bewegungsfreiheit von Zivilisten auf den Straßen nicht behindert wird. Zu einer Feueereinstellung für diese Zeit kam es nicht, weil die Regierung einen einseitigen Waffenstillstand von der FMLN forderte. Die Gespräche sollen im Januar d.J. fortgesetzt werden.

Bolivien

Durch einen 16tägigen Generalstreik konnte der bolivianische Gewerkschaftsbund COB die Regierung Siles Suazo zu einigen Zugeständnissen in der Wirtschaftspolitik zwingen. Der am 13.11.1984 begonnene Ausstand, der von Putschdrohungen führender Militärs begleitet wurde, war nach 9 Tagen zunächst erfolglos abgebrochen worden. Nachdem aber die Regierung am 22.11.1984 den Peso um 350% abwertete, die Preise für Benzin um 600%, die für Grundnahrungsmittel um 200-300% und die Löhne nur um 550% an hob, wurde erneut gestreikt.

Die COB wertete die zugestandene Lohnerhöhung angesichts einer Inflationsrate von 2.100% (1.300% nach Regierungsangaben) als völlig unzureichend. Sie forderte außerdem die Verstaatlichung der Wirtschaft und staatliche Preiskontrollen.

Am 4.12.1984 lenkte die Regierung ein. Sie erhöhte den Mindestlohn auf 310 DM und froh die Preise für 10 der wichtigsten Lebensmittel für einen Monat ein. Lebensmittelkarten sollen eingeführt und die Warenbestände in den Läden von Hausfrauenkomitees überwacht werden.

Die beiden Minister der Kommunistischen Partei traten am 21.11.1984 aufgrund der Wirtschaftspolitik der Regierung von ihren Posten zurück.

Vor allem auf Druck der Rechtsparteien willigte Siles Suazo am 19.11.1984 ein, die für das Jahr 1986 vorgesehenen Wahlen auf den 16. Juni d.J. vorzuziehen.

Argentinien-Chile

Das im Oktober 1984 zwischen Argentinien und Chile ausgehandelte Beagle-Abkommen wurde am 25.11.1984 durch eine Volksabstimmung in Argentinien befürwortet. Bei einer Wahlbeteiligung von 73% und 77,5% Ja-Stimmen ist dies zugleich ein Erfolg des argentinischen Präsidenten Raul Alfonsin, der sich für eine Zustimmung ausgesprochen hatte.

Das Vertragswerk, das unter Vermittlung des Vatikan zustande kam, sieht vor, daß im Konflikt um den Beagle-Kanal, der Meeresstraße zwischen Atlantik und Pazifik, Chile die Inseln Lennox, Picton und Nueva zugesprochen werden. Entgegen den ursprünglichen chilenischen Forderungen sichert der Vertrag Argentinien eine umfangreiche bis zur Antarktis reichende Wirtschaftszone zu. Er gibt der Forderung Argentiniens nach Anerkennung seiner Oberhoheit über die atlantischen Gewässer statt. Der Längengrad, der von Kap Horn nach Süden verläuft, teilt die 200-Meilen-Wirtschaftszone der beiden Länder auf.

Nahostkonflikt

Auf einer Sondersitzung des ägyptischen Parlaments am 2.12.1984 haben sich Staatspräsident Hosni Mubarak und König Hussein von Jordanien auf eine neue Nahost-Initiative weitgehend geeinigt. Die Pläne des jordanischen Monarchen – die Einberufung einer internationalen Nahost-Friedenskonferenz unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen – waren am Tage zuvor von dem palästinensischen Nationalrat in Amman grundsätzlich gebilligt worden (siehe Beitrag in diesem Heft). Schon zuvor, anlässlich seiner Besuche in Paris und Bonn Ende Oktober 1984, hatte H. Mubarak die EG-Staaten aufgefordert, für eine Wiederbelebung der Friedensbemühungen in der Region einzutreten und ihre Nahost-Deklaration von Venedig aus dem Jahre 1980 zu bekräftigen. Diese forderte die Beteiligung der PLO an Friedensverhandlungen sowie den Abzug Israels aus den besetzten Gebieten.

Westsahara-OAU

Der 20. Gipfel der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) fand vom 12.-16.11.1984 in der äthiopischen Hauptstadt Addis Abeba statt. Zum neuen Präsidenten wurde der tansanische Staatschef Julius K. Nyerere gewählt. Herausragendes Ereignis der Konferenz war die Teilnahme einer Delegation der Demokratischen Arabischen Republik Sahara (DARS), geleitet von ihrem Präsidenten und Führer der Befreiungsfront POLISARIO Mohamed Abdelaziz.

Die DARS hatte bisher seit ihrer Aufnahme am 22.2.1982 auf ein Erscheinen auf OAU-Gipfeln verzichtet, um so eine mögliche Spaltung der Organisation zu vermeiden (vgl. AIB 3/1984, S. 21ff.). Ihre diesjährige Teilnahme zeichnete sich bereits im Vorfeld der Konferenz mit der Anerkennung der DARS durch Nigeria, einem der einflußreichsten Mitglieder der OAU, ab.

Wie nicht anders zu erwarten, trat Marokko daraufhin aus der OAU aus. Als Folge der de facto Aufnahme erkannte als erstes europäisches Land Jugoslawien die DARS an.

Angola-Namibia

Am 17. November 1984 unterrichtete der angolische Staatschef José Eduardo dos Santos den UN-Generalsekretär Pérez de Cuellar über die Schritte seiner Regierung zur Lösung des Namibia-Konflikts und zum Abzug der südafrikanischen Truppen aus Südafrika.

Ein angolischer Plan, der bereits am 9.10.1984 den USA unterbreitet worden war, und von Angola, Kuba, der Befreiungsbewegung Namibias SWAPO und Südafrika unterzeichnet werden soll, sieht den Abzug der kubanischen Truppen aus Angola innerhalb von 36 Monaten vor. Lediglich ein kleines Kontingent soll im Norden des Landes verbleiben. Bedingungen für diesen Abzug sind:

- die Anwendung der UN-Resolution 435 zur Unabhängigkeit Namibias (siehe AIB 7-8/1984, S.13);
- die Einstellung der südafrikanischen Unterstützung für die „Contras“ der UNITA und die Auflösung ihrer Basen in Namibia;
- der Abzug der südafrikanischen Truppen aus Angola.

Die ersten 5.000 Kubaner sollen bereits vor der Unabhängigkeit Namibias abziehen („eine Geste guten Willens unsererseits“, so dos Santos), sobald UN-Truppen in Namibia sind und die südafrikanischen Einheiten auf 1.500 Mann reduziert sind. Die Verwirklichung des angolischen Vorschlags, dem Kuba bereits zugestimmt hat, soll von der UNO überwacht werden.

Die USA und Südafrika vertreten den Standpunkt, daß Namibia erst nach dem Abzug der kubanischen Soldaten aus Angola unabhängig werden könne. Gespräche zwischen den USA und Südafrika über den angolischen Vorschlag haben bisher zu keinen positiven Ergebnissen geführt.

Tschad

Am 10.11.1984 gaben Frankreich und Libyen in einem gemeinsamen Kommuniqué bekannt, daß der am 17.9.1984 vereinbarte Truppenabzug aus dem Tschad (siehe AIB 11-12/1984, S. 32f.) abgeschlossen sei.

Von den abgezogenen 3.500 französischen Soldaten war bis dahin ein Großteil in die Nachbarstaaten Zentralafrikanische Republik, Kamerun sowie nach Gabun verlegt worden.

Libyen beließ jedoch 1.000 seiner Soldaten im Norden des Tschad und zog sie auch nach einem Gespräch zwischen den Staatschefs François Mitterrand und Muammar el Ghaddafi auf Kreta am 16.11.1984 nicht ab.

Der libysche Außenminister Ali Triki erklärte am 22.11.1984, daß dies auf technische Probleme zurückzuführen sei. Er kündigte gleichzeitig an, daß Libyen erneut im Tschad eingreifen würde, wenn die Truppen des Staatspräsidenten Hissène Habré gegen die Positionen der Regierung der Nationalen Einheit (GUNT) unter Goukouni Oueddei im Norden vorgehen würden.

Um angesichts dieser Blamage das Gesicht zu wahren, beabsichtigte Frankreich zwei Kompanien zurückzuverlegen. Die Regierung Habré lehnte dies jedoch ab und forderte stattdessen einen offensiven Einsatz französischer Truppen gegen die Libyer.

Informationsordnung

Mit der Neuen Internationalen Informationsordnung (NIO) befaßte sich vom 29.11.-2.12.1984 in Kabul die Organisation für Afroasiatische Völkersolidarität (AAPSO). Rund 100 Vertreter von Solidaritätskomitees, Befreiungsbewegungen, Journalisten- und anderen internationalen Organisationen aus 30 Ländern untersuchten den westlichen Medienimperialismus, dessen Auswirkungen auf die Dritte Welt und arbeiteten die Kernelemente des Alternativkonzepts der NIO (siehe AIB 2/1984, S. 46ff.) heraus.

Die Kabuler Abschlusserklärung betont, daß sich im Zuge der gegenwärtigen „Kommunikationsexplosion“ und aufgrund der ungleichen Verteilung der technologischen Neuerungen die Möglichkeiten der transnationalen Medienmonopole der imperialistischen Hauptmächte, voran der USA, „die öffentliche Meinung in den Entwicklungsländern zu unterwandern“, noch erweitern. Von daher sei der Entkolonialisierung und Demokratisierung der bestehenden Informationsordnung und der Vertiefung der Unabhängigkeit der nationalen Kommunikationsmittel ein erhöhter Stellenwert beizumessen.

In einer Botschaft an UNESCO-Generaldirektor M'Bow sicherte die AAPSO ihm Unterstützung zu. Sie wandte sich gegen „die Versuche der USA und Großbritanniens, ihren politischen und wirtschaftlichen Krieg gegen die UNESCO fortzuführen“.

AKP-Abkommen

Die Europäische Gemeinschaft und 66 Länder Afrikas, der Karibik und des Pazifiks (die sog. AKP-Staaten) haben am 8. Dezember 1984 in Togo das von 1985-89 laufende 3. Abkommen von Lomé über wirtschaftliche Zusammenarbeit unterzeichnet.

Strittig an Lomé III war bis zuletzt die Höhe der EG-Finanzhilfe. Sie wurde zwar auf 16,65 Mrd DM erhöht, liegt aber real unter der von Lomé II. Die AKP-Staaten bezeichneten diese Erhöhung als unzureichend, da sie mit der wachsenden Inflation, Verschuldung und Bevölkerungszahl in ihren Ländern nicht Schritt halte. Hinzu kommt, daß die Zahl der Vertragspartner mit Angola und Moçambique sich um zwei Staaten erhöhte.

Im Gegensatz zur früher angestrebten Industrieentwicklung in den AKP-Staaten legt das Lomé-III-Abkommen seinen Schwerpunkt auf die ländliche Entwicklung zur Sicherung der

Eigenversorgung mit Lebensmitteln. Durch einen „vertieften Dialog“ soll der EG die Mitsprache bei den entwicklungspolitischen Konzepten der einzelnen AKP-Länder eingeräumt werden. Eine Verbesserung des Schutzes ausländischer Investitionen ist in dem Vertragswerk ebenso enthalten wie eine von der EG geforderte Menschenrechtsklausel.

Neukaledonien

Anläßlich der Wahlen zur Territorialversammlung der französischen Kolonie Neukaledonien am 18. November 1984 kam es zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen Befürwortern und Gegnern der Unabhängigkeit der Pazifikinsel.

Die rechtsgerichtete Versammlung für Kaledonien in der Republik (RPCR) hatte 70% der Stimmen errungen. Die für die Unabhängigkeit kämpfende Kanakische Sozialistische Nationale Befreiungsfront (FLNKS) hatte zum Boykott der Wahlen aufgerufen.

Die melanesischen Ureinwohner der 2.000 km östlich von Australien gelegenen Insel, die Kanaken, machen durch die Zuwanderung von französischen Siedlern und Polynesiern nur noch 43% der Bevölkerung aus. Die Insel ist sowohl von großem strategischem als auch wirtschaftlichem Wert (drittgrößter Nickelproduzent der Welt) für Frankreich. Die Wirtschaft und die Verwaltung werden von den französischen Siedlern und multinationalen Unternehmen kontrolliert.

Die FLNKS fordert, das für 1989 vorgesehene Referendum über die Unabhängigkeit vorzuziehen, da sie befürchtet, daß dann in Frankreich wieder eine Rechtsregierung an der Macht sein wird, die die Unabhängigkeit verhindern würde. Sie wollen außerdem das Wahlrecht auf Personen beschränken, die im Lande geboren sind.

Um ihre Forderungen zu untermauern, rief die FLNKS am 1.12.1984 eine provisorische Regierung aus und organisierte Demonstrationen und Straßensperren. Dabei wurden 9 Kanaken von französischen Siedlern ermordet.

Um die Lage wieder in den Griff zu bekommen, hat die französische Regierung ihre Polizeieinheiten verstärkt und den ehemaligen EG-Kommissar Edgar Pisani als Sonderbeauftragten entsandt. Er soll mit den einzelnen Gruppen über die politische Zukunft der Insel verhandeln.



D 7426 E
Postvertriebsstück
Zeitungsgebühr bezahlt
AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg

Für's AIB werben lohnt sich!

Warum Bücher kaufen, wenn sie als Geschenk ins Haus kommen?
Für AIB-Abonnenten halten wir jeweils aktuelle Buchtitel als Geschenk bereit. Bücher, die für Dritte-Welt-Interessierte unentbehrlich sind. Unser Angebot wird alle zwei bis drei Monate aktualisiert.

Jeder AIB-Leser kann in den Genuß unseres Buchgeschenks kommen, wenn er

- das AIB bereits selbst abonniert hat,
- einen neuen Abonnenten für unsere Zeitschrift wirbt, und
- der neue Abonnent das Jahresabo bezahlt bzw. uns auf der Bestellkarte (siehe Heftmitte) eine Abbuchungsvollmacht erteilt hat.



Weitere Buchprämien sind aus unserem Gesamtverzeichnis zu entnehmen. Gesamtverzeichnis anfordern bei:
AIB, Liebigstraße 46, 3550 Marburg 1

Unser aktuelles Buchgeschenk